2. Kongreß der RGO Seite 4 und 5

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 4 vom 23. Januar 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



Mit einer Großveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle ging der 2. Kongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) zuende. Der Kongreß wie auch die Veranstaltung waren ein Ausdruck der Geschlossenheit der RGO, die sich auf revolutionären Grundlagen gefestigt hat und heute schon zu einem realen Faktor in der Gewerkschaftsbewegung geworden ist.

Metall-Tarifrunde

Warnstreiks gegen Unternehmerprovokation

Das Ziel heißt: Kein Abschluß unter 8 Prozent

Während die Preise, besondes für Benzin, wie verrückt steigen, sind die Kapitalisten zu einem brutalen Lohnraub-Feldzug angetreten. Sie wagten es, den Metall-Kollegen 2,5 Prozent brutto als Lohn„erhöhung" anzubieten! Wer sich diese Provokation bieten läßt, der entmündigt sich selbst. Die beste Antwort heißt: Streik für mehr Lohn! Und diese Antwort haben die Kollegen einiger Betriebe auch schon gegeben.

Zu Recht hat die IGM erklärt, die 2,5-Prozent-Zumutung sei als Verhandlungsgrundlage „nicht einmal vorstellbar". Für einen Arbeiter der unteren Lohngruppen reichen die 2,5 Prozent „nicht mal für ein Essen im Lokal", stellte Franz Steinkühler (IGM-Bezirksleiter von Baden-Württemberg) fest. Gleichzeitig betonten die Vorsitzenden verschiedener Gewerkschaften und mehrerer Tarifbezirke der IGM, die Reallöhne müßten gesichert werden.

Was wir gerechterweise erwarten könnten, wäre eine **Lohnsteigerung**. Die ist bei der 8-Prozent-Forderung aber schon gar nicht mehr drin. Wenn wir mit unseren Löhnen nicht total in den Keller geraten wollen, dann muß die Losung heißen: **Nichts läuft unter acht Prozent!**

Jetzt darf es keinerlei Abstriche mehr geben, kein „Entgegenkommen" von Forderung und Angebot. Das muß den IGM-Bonzen „nachdrücklich" klargemacht werden! Und die Kapitalisten machen mit ihrer Haltung deutlich: Wenn die Metaller das durchsetzen wollen, dann müssen sie kämpfen! Und zwar alle! Lassen wir keine Aufsplitterung des Kampfes und der mit Sicherheit notwendigen



Start zum Langlauf

Streikbewegung zu! Die geballte, einige Kraft der Gewerkschaften gegen die Herausforderung der Kapitalisten!

Bei Redaktionsschluß wurden erste Streiks aus Norddeutschland gemeldet, wo die IGM 7,7 Prozent mehr Lohn fordert. In Lübeck legten bei der Firma Orenstein und Koppel über 250 Kollegen die Arbeit nieder. Streikstimmung herrscht auch in anderen Betrieben. In verschiedenen Betriebsräten wurden Protestresolutionen verabschiedet, mit denen den Kapitalisten die Kampfbereitschaft der Belegschaften klargemacht wird.

Die Tarifverhandlungen sind in verschiedenen Bezirken schon nach kurzer Sitzung vertagt worden, weil überall die gleiche Provokation der Kapitalisten steht. Neben der Reallohnsicherung wollen die Kapitalisten auch noch die Festgeldabsicherung für die unteren Lohngruppen vom Tisch bekommen.

Was die Kollegen jetzt erwarten, ist eine rasche und konsequente Reaktion der zuständigen Gewerkschaftsgremien, eine Mobilisierung der Belegschaften zum Streikkampf. Nicht hier ein bißchen und da ein bißchen und dort erstmal abwarten, sondern die klare Antwort: Wir lassen uns nicht noch weiter ausplündern! Kein Abbau der Reallöhne!

Streik für die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen! 8 Prozent ohne Abstriche!

Ausweitung der Türkei-Hilfe angekündigt

BONN. — Am 14. Januar traf der stellvertretende Ministerpräsident der faschistischen türkischen Regierung zu Gesprächen mit Vertretern des bundesdeutschen Finanz- und Außenministeriums in Bonn ein. Er erhielt dabei nach eigenen Aussagen die Zusicherung, daß die Bundesregierung auch in diesem Jahr die Finanzierung des Militärregimes fortsetzen wird.

Angeblich „unprogrammgemäß" ergab sich auch eine Unterredung mit Bundeskanzler Schmidt.

Mit seiner Bekanntgabe der erweiterten Finanzhilfe sorgte Özal dann für einige Unruhe; offenbar sollte das gar nicht bekannt werden. Regierungssprecher Becker verkündete denn auch zuerst, er sehen keinen Anlaß, sich dazu zu äußern. Später gab er dann aber zu, daß es für die Bundesregierung auch nach dem Militärputsch „nie zur Debatte gestanden habe, die Hilfe an die Türkei abzubrechen". Damit kommt auf uns eine im Haushalt bisher nicht ausgewiesene zusätzliche Belastung von mehreren Hundert Millionen Mark zu, die wir durch Steuerzahlungen aufbringen sollen, damit die Junta unsere Klassenbrüder in der Türkei abschlachten und das Land als Aufmarschgebiet der NATO zur Verfügung stellen kann!

Bei einer anderen Gelegenheit äußerte Becker zu den Hungerstreiks gegen die türkische Junta, das Bundeskabinett „denke darüber nach", wie diese Demonstrationen „eingedämmt" werden könnten! Die Forderungen der Streikenden an die Bundesregierung würden nicht erfüllt, weil diese sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischen könne.

Im Interesse der NATO-Politik ist Bonn offensichtlich weiter entschlossen, über Leichen zu gehen. Özan und die Generäle können sich auf ihre Finanzgeber verlassen.

Alle freiheitlich denkenden Menschen aber müssen ihren Kampf gegen die Bonner Türkeihilfe verstärken!

Diese Woche

Bauern machen mobil

Demonstrationen angekündigt

Am 14. Februar wollen die Bauern in 110 Kreisstädten Demonstrationen durchführen, um gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lage zu protestieren. Aufgerufen dazu hat der Deutsche Bauernverband.

Allein in den letzten vier Jahren haben die Bauern einen Einkommensverlust von 30 Prozent erlitten. Dabei handelt es sich um eine Durchschnittszahl, in der auch die Einkommen von Großbauern und Agrarkapitalisten berücksichtigt sind. Bei den kleinen Bauern ist das reale Einkommen noch viel drastischer zurückgegangen.

Gerade sie müssen angesichts stagnierender Erzeugerpreise und ständiger Verteuerung der Betriebskosten einen harten Kampf um ihre nackte Existenz führen, bei dem immer mehr auf der Strecke bleiben. Daran ändern auch die vielberedeten Subventionen für die Landwirtschaft nichts. Denn die kommen ausschließlich den großen landwirtschaftlichen Betrieben zugute. Aus einer Erhebung, die der rheinische Landwirtschaftsverband kürzlich anstellte, geht hervor, daß über zwei Drittel der Betriebe in seinem Bereich von staatlichen Hilfen ausgeschlossen sind, weil sie nicht über die Mindestgröße verfügen.

Aus Anlaß der angekündigten Demonstrationen, die unsere Partei nachhaltig unterstützt, bringt der RM eine Reihe von Artikeln zu den Problemen der bäuerlichen Landwirtschaft und zum Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern (Seite 13).

Offensive der Befreiungsfront in El Salvador

USA drohen Mittelamerika mit Krieg!

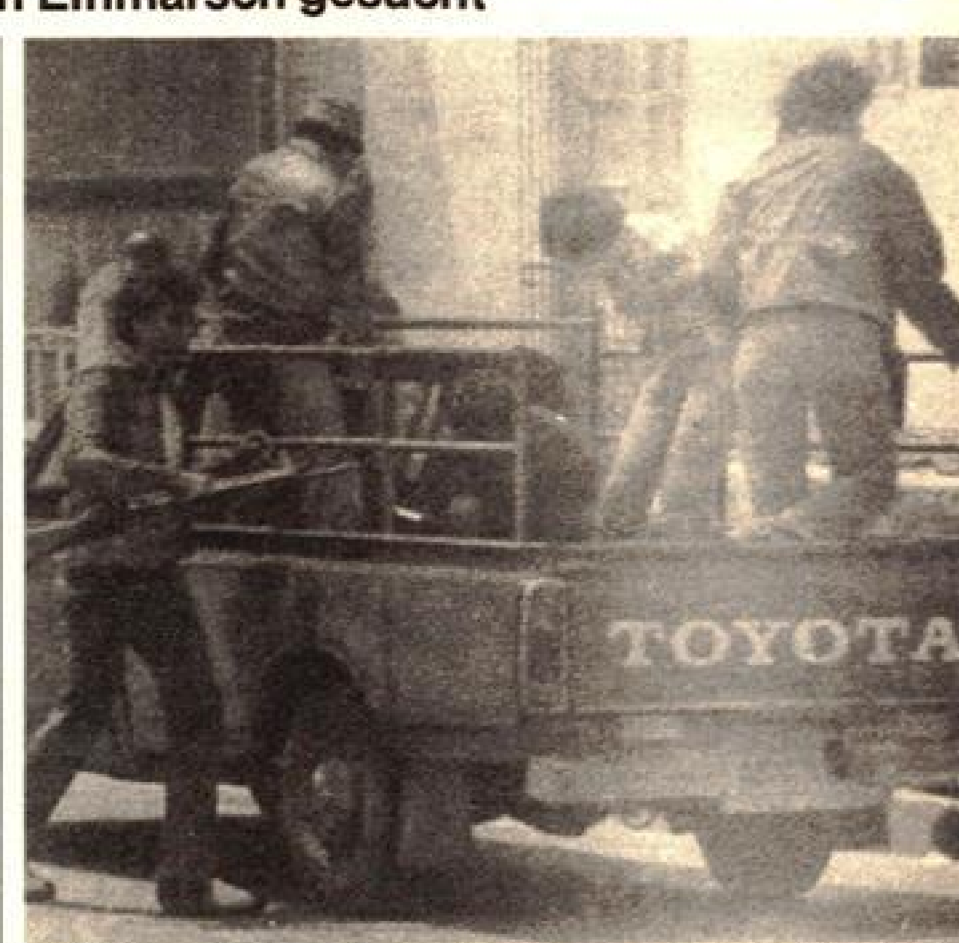
Vorwand für offiziellen Einmarsch gesucht

SAN SALVADOR. — Die Offensive der bewaffneten Einheiten der Demokratischen Revolutionsfront Salvadors (FDR) geht ungebrochen weiter. Mit Ausnahme der Hauptstadt selbst wurde auch der Aufruf zum Generalstreik weitgehend befolgt. Diese Entwicklung führt dazu, daß die USA offen mit militärischem Angriff auf Salvador und Nicaragua drohen.

Während die militärische Offensive große Erfolge in den Gegenden der Städte San Francisco, San San Miguel und Union erzielt und der Generalstreik weitergeführt wird, setzt die Junta alle Machtmittel ein, um mit einem Bombenkrieg gegen die Bevölkerung ihre Stellung zu halten. Die Waffenlieferungen aus den USA schwollen in den beiden letzten Wochen zu einem ununterbrochenen Strom an. Nachdem verschiedene Streiks der Hafenarbeiter dazu geführt hatten, daß diese Transporte stecken blieben, werden sie jetzt ganz in amerikanischer Regie durchgeführt.

Zur gleichen Zeit erhob ausgerechnet der Botschafter der USA, Robert White, gegen Nicaragua den Vorwurf, die sandinistische Regierung würde sich in Salvador einmischen, das würde nicht geduldet werden. Die USA würden alles tun, um eine kommunistische Machtübernahme in Mittelamerika zu verhindern. Das ist über Salvador hinaus die offene Drohung mit militärischer Aggression! Die Antiimperialisten der ganzen Welt müssen in diesem Augenblick die Forderung erheben:

Yankees — Hände weg von Salvador und Nicaragua!



Soldaten übergeben ihre drei Gefangene an Angehörige ziviler Mordbrigaden.

Kommentar der Woche

Der Zusammenbruch des SPD-geführten Senats in Westberlin wirft ein grelles Licht auf die gegenwärtige Krise sozialdemokratischer Regierungspolitik. Es war wohl das explosive Zusammentreffen zweier Faktoren, das den rasanten Niedergang des Stobbe-Senats ausgelöst hat. Da war einmal die Garski-Affaire aufgeflogen: Mehr als hundert Millionen Mark aus Steuergeldern sind an einen Spekulanten verschenkt worden, der mittlerweile flüchtig ist und sich auf den Bahamas schöne Tage macht. Zur gleichen Zeit unternahm der gegenüber diesem Verbrecher so großzügige Senat den Versuch, die krassen Wahnungsprobleme in Westberlin mit dem Gummiknüppel zu lösen.

Aber ist das alles nur eine typisch Westberliner Angelegenheit, wie jetzt allenthalben behauptet wird? Ein kurzer Blick auf die Situation in den anderen Bundesländern mit SPD-Führung belehrt einen da schnell eines Besseren. In Hessen hat sich Regierungschef Börner durch den mit brutaler Polizeigewalt vorangetriebenen Bau der Startbahn West, durch den Kahlschlag in der Bildungspolitik und das rigoros durchgepeitschte Atomprogramm nicht nur von der werktätigen Bevölkerung, sondern auch innerhalb der eigenen Partei weitgehend isoliert.

SPD in der Krise

In Hamburg hat der heftige Streit um eine Beteiligung am Bau des AKW Brokdorf inzwischen auch die Parteispitze entzweit. SPD-Alleinregent Rau in Nordrhein-Westfalen steht gegenwärtig unter massivem Beschuß der Gewerkschaften, unter anderem wegen seiner Vorreiter-Rolle bei den Angriffen auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und seiner reaktionären Schulpolitik.

Und die Bundesregierung selbst? Kanzler Schmidt erregte letzte Woche Aufsehen mit einer ungewöhnlichen Drohung an seine Minister, denen er für den Fall mangelnder Kabinettsdisziplin den Rausschmiß aus der Regierung androhte. Und das war wohl weniger an den Koalitionspartner gerichtet, als vielmehr an die Minister aus der eigenen Partei. Denn in der SPD gärt es, und auch die Führungsspitzen können davon nicht unberührt bleiben. Wo liegen die Ursachen für diese offenkundigen Krisenerscheinungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei?

Sie sind zu suchen in dem unlösbaren Widerspruch zwischen der nur den Interessen des Kapitals verpflichteten Politik der Führung und den Interessen der werktätigen Basis, beziehungsweise Anhängerschaft der SPD. Zwei Dinge vor allem haben diesen Widerspruch in den Monaten seit der Wahl zugespitzt. Einmal die jähe Vertiefung der wirtschaftlichen Krise und zum anderen der Regierungswechsel in den USA.

Beim einen stehen die SPD-Regierungen in Bund und Ländern heute nackter als je zuvor in der Handhabung kapitalistischer Krisenpolitik da, die ja bekanntlich im Abwälzen aller Lasten der Krise auf die Werktätigen besteht. Die nach wie vor gepflegte Nibelungentreue zum US-Imperialismus auf der anderen Seite erweist sich jetzt als bedingungslose Unterstützung für einen Mann, der deutlicher und unverhüllter als Carter nur ein Ziel verfolgt: die Erhaltung und den Ausbau der amerikanischen Weltmachtstellung mit allen Mitteln.

So sind wenige Monate nach der Wahl nicht nur Hoffnungen zerstört worden. Es sind auch Illusionen geplatzt, etwa darüber, daß der Wahlsieg über Strauß doch die Garantie für eine — wenn auch bescheidene — Reformpolitik wäre. Oder Illusionen darüber, daß zum Beispiel der berüchtigte NATO-Raketenbeschluß der Auftakt zu neuen „Abrüstungsverhandlungen" zwischen den Supermächten und ihren Militärblöcken sein könnte, wie es die Bundesregierung im letzten Jahr immer wieder behauptet hat. Dann kam Regan und erklärte mit der ihm eigenen Offenheit, daß es den amerikanischen Imperialisten gar nicht um Verhandlungen ginge sondern nur um Aufrüstung im eigenen Land und bei den NATO-„Partnern".

Wir haben in den letzten Monaten eine breite Protestbewegung gegen Apels Vereidigungs-Spektakel erlebt. Und daran hatten sich ganze Organisationen der SPD beteiligt. Es hat die großen Demonstrationen gegen die Sparpolitik im Bildungsbereich gegeben. Auch die Jusos waren dabei. Und das war nur ein Vorgeschmack für Schmidt und seine Leute. Der Widerspruch zwischen Führung und Basis der SPD wird sich notwendig weiter verschärfen und noch für manche Krise in Bundes- und Landesregierungen sorgen.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Westberliner Regierungskrise

Stobbe und sein Senat zurückgetreten

Mit einem Desaster, das in diesem Ausmaß wohl niemand erwartet hatte, endete am vergangenen Donnerstag der Versuch des regierenden Bürgermeisters Stobbe, die Regierungskrise in Westberlin durch die Umbildung des Senats zu lösen. Alle vier Kandidaten der SPD fielen bei der Wahl im Landesparlament durch.



Riebschläger (links) und sein Chef Stobbe — ein Foto aus besseren Tagen

Dort verfügt die Koalition von SPD und FDP zwar über eine Mehrheit von 72 gegen 63 Stimmen der CDU. Aber von den fünf Kandidaten, die für die zurückgetretenen oder abgelösten Senatoren in die Landesregierung nachrücken sollten, erhielt bei der Wahl nur der ehemalige EG-Beamte Brunner (FDP) die erforderliche Stimmenmehrheit. Die vier SPD-Kandidaten dagegen blieben auf der Strecke. Der Wehner-Vertraute Egert, vorgesehen als neuer Gesundheitssenator, bekam sogar nur ganze 60 Ja-Stimmen. Stobbe mußte die Konsequenzen ziehen und den Rücktritt des gesamten Senats erklären.

Wie im „Roten Morgen" schon berichtet, war einer der unmittelbaren Auslöser der jetzigen Regierungskrise die sogenannte Garski-Affäre, einer der vielen Spekulanten-Skandale, die sich durch die ganze Geschichte der Frontstadt Westberlin ziehen. Garski hatte umfangreiche Baugeschäfte, vor allem im Nahen Osten, mit Krediten der landeseigenen Berliner Bank finanziert. Seine kriminellen Methoden bei der Abwicklung seiner Geschäfte sind den Verantwortlichen schon lange bekannt gewesen. So arbeitete er etwa mit gefälschten Bilanzen, in denen Forderungen als Gewinne ausgewiesen wurden. Oder er verscherbelte Bauteile, die für seine Baustellen in Saudi-Arabien bestimmt waren, auf eigene Rechnung an andere Firmen weiter.

Den größten Coup landete er wohl, als er aus einem Fonds für Bestechungsgelder, mit denen er Politiker im Nahen Osten schmierte, elf Millionen Mark in die eingene Tasche schob. Und die hatte er wohl auch bitter nötig. Denn nur für private Luxusausgaben hat der Unternehmer, der übrigens FDP-Mitglied war, allein in den letzten zwei Jahren zwölf Millionen Mark verbraucht. Seit Jahren schon laufen gegen Garski staatsanwaltliche Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung und gefälschter Belege. Spätestens im Herbst 1979 war die Berliner Bank auch über die Bilanzfälschungen im Bilde. Dennoch wurde weiter Kredite an den Betrüger ausgegeben.

Und nicht nur das. Der Senat verbürgte diese Kredite auch noch zu 90 Prozent. Das bedeutet: Wenn die Bank ihre Forderungen gegenüber Garski nicht mehr eintreiben kann — wie es jetzt der Fall ist — bekommt sie 90 Prozent ihrer Verluste aus Steuergeldern ersetzt. Garski hat sich inzwischen abgesetzt — auf die Bahamas. Hinterlassen hat er 130 Millionen Mark Schulden bei der Berliner Bank. Und davon müssen die werktätigen Steuerzahler Westberlins jetzt 115 Millionen aufbringen. Es fragt sich nun natürlich, warum die Berliner Bank dermaßen großzügig mit den Krediten umgegangen ist, obwohl Garski schon lange als Betrüger bekannt war. Die Antwort darauf ist einfach: Die Bank hat selbst kräftig an den Geschäften des Spekulanten mitverdient — insgesamt rund 20 Millionen Mark. Und ein eventuelles Risiko konnte ja dank Senatsbürgschaft auf die Steuerzahler abgewälzt werden.

Bezeichnend für den Westberliner Sumpf ist dabei auch die Tatsache, daß die beiden Senatoren Riebschläger (SPD) und Lüder (FDP) nicht nur im Aufsichtsrat der Berliner Bank saßen, die dermaßen bei Garski mitprofitierte. Beide waren auch Mitglieder des Landesbürgschaftsausschusses, der über die Vergabe von Bürgschaften zu entscheiden hat. Als dann der Garski-Skandal aufflog, dachten beide Herren nicht im Traum daran, persönliche Konsequenzen zu ziehen. Wirtschaftssenator Lüder ließ sich vom Landesvorstand seiner Partei das Vertrauen aussprechen; erst die FDP-Fraktion drängte ihn angesichts der großen Empörung über die Garski-Affäre in der Bevölkerung zum Rücktritt.

Auch Riebschläger mußte erst aus dem Senat hinausgedrängt werden. Aber obwohl er einer der Hauptverantwortlichen für den Skandal ist, wurde er gleich darauf auch noch befördert: zum Fraktionsvorsitzenden seiner Partei im Landesparlament. Zudem stieg Riebschläger unmittelbar nach seinem Rücktritt auch noch als Vorstandsmitglied bei der Wohnungsbau-Kreditanstalt ein, ein sehr gut dotierter Posten. Mittlerweile ist auch bekannt geworden, daß Bürgermeister Stobbe schon im vergangenen Juli über die Garski-Affäre unterrichtet war und dennoch die Bürgschaft ten zugestimmt hat.

All das hat unter den Werktätigen Westberlins verständlicherweise große Empörung ausgelöst. Sie mußten erleben, wie einem kapitalistischen Verbrecher Millionenbeträge zugeschustert wurden, während auf der anderen Seite beispielsweise 80 000 Bürger der Stadt verzweifelt eine Wohnung suchen. Die Aufdeckung der Garski-Affäre fiel zusammen mit der Zuspitzung der Wohnungsnot in Westberlin und den sich daraus ergebenden Mieterkämpfen. Und es ist ja bekannt, wie der Senat darauf reagierte: mit einem sogar für diese Stadt beispiellosen Polizeiterror.

Unter diesen Umständen erlebte der Senat einen rapiden Vertrauensverlust bei den Werktätigen. Und Stobbes Kunststückchen mit der geplanten Senatsumbildung mußten wie ein Hohn erscheinen. Zumal beispielsweise der für die katastrophale Wohnungspolitik verantwortliche Bausenator Ristock zwar aus dem Verkehr gezogen, zu dessen Nachfolger aber ausgerechnet Peter Ulrich bestimmt wurde, der als Innensenator die Knüppelgarden der Polizei gegen Hausbesetzer kommandiert hatte.

Die Westberliner CDU versucht jetzt, aus dieser berechtigten Empörung gegenüber dem Senat Kapital für ihre eigene Politik zu schlagen, indem sie Neuwahlen fordert. Die CDU bemüht sich zudem intensiv um die FDP mit dem Ziel, die sozialliberale Koalition zu sprengen. Und es erscheint nicht abwegig, daß eine Reihe der Nein-Stimmen in der oben erwähnten Abstimmung im Parlament von Angehörigen des rechten FDP-Flügels stammten, der schon lange auf eine Annäherung an die CDU drängt. Aber auch eine von der CDU geführte Landesregierung würde natürlich weder die Probleme der Werktätigen lösen, noch den Korruptionssumpf in Westberlin trokkenlegen. Das beste Beispiel dafür ist eben die Garski-Affäre. Es war gerade der CDU-Chef Lorenz, der sich besonders stark gemacht hat für die Kredite und Bürgschaften. Kein Wunder: Er stand als „Berater" mit 8000 Mark jährlich auf der Gehaltsliste des Betrügers.

Diesmal ESSO als Vorreiter

Kartellamt — Feigenblatt der Preistreiber

Oder: Die Suche nach Akten, die es nicht gibt

WESTBERLIN. — Keine Handlungsmöglichkeiten sieht das Westberliner Kartellamt auch bei der neuesten Welle von Preiserhöhungen durch die Ölmultis. Obwohl einmal mehr innerhalb einer Woche nach der Preiserhöhung des ersten Multis, diesmal der ESSO AG, alle anderen nachgezogen sind, oder sich bereit erklärt haben nachzuziehen, sieht man „keine Möglichkeit zum Einschreiten".

Denn, so gab das Amt bekannt, Voraussetzung für ein Einschreiten seien konkrete Hinweise auf Preisabsprachen zwischen den Konzernen. Und da genügt es dem Kartellamt nicht, daß die ESSO am 12. Januar, die ARAL am 14. Januar und die SHELL am 15. Januar ihre Preise um denselben Betrag hochtreiben, daß BP und TEXACO dieselbe Erhöhung für die nächsten Tage ankündigen, und auch alle anderen mitziehen.

Da wartet man sozusagen auf Akten, sucht sie, wo man genau weiß, daß sie nicht existieren. Denn: Es ist ja bekanntermaßen gerade eine der Taktiken der „sieben Schwestern", daß ihre Absprachen stets per Handschlag besiegelt werden, daß sie in Preisfragen stets gemeinsam handeln.

Aber die leitenden Beamten des Kartellamts gehen noch weiter: nicht nur, daß sie so tun, als würden sie auf handfeste Beweise für Preisabsprachen warten, sie rechtfertigen diese Erhöhungen auch noch von ihrer Seite aus. Die allgemeine Lage am Mineralölmarkt müsse noch abgewartet werden, um zu sehen, ob diese erneuten Preistreibereien nicht etwa gerechtfertigt seien.

Und natürlich: Die Multis finden immer irgendwelche an den Haaren herbeigezogene Argumente, um sich zu rechtfertigen. Jetzt wieder einmal die teilweisen Opec-Preiserhöhungen zum 1. Januar. Dabei haben gerade die Hauptlieferanten für die Ölströme in die Bundesrepublik, Saudi-Arabien und der Irak ihre Preise nicht erhöht. Ganz abgesehen davon, daß das Öl, das heute verkauft wird, ja längst vor dem 1. Januar eingekauft wurde.

So erweist es sich einmal mehr, daß dieses Kartellamt nur die Rolle eines Feigenblatts für die Preistreiber spielt, das ihnen sozusagen noch den amtlichen, scheinbar neutralen Freibrief für ihre Preisabsprachen erteilt. Zu den Voraussagen der Ölkonzerne, sie würden den Benzinpreis in Kürze auf 1,40 DM hochtreiben schweigt man in Westberlin gänzlich.

Berichtigung

Im letzten „Roten Morgen" sind bei uns bei der Behandlung der Benzinpreise zwei Fehler unterlaufen, die zur Verwirrung des Lesers führen können. Bei dem Artikel Auf Seite 1 (Ölmultis beschleunigen...) steht, den Opec-Ländern blieben 14 Pfennig je Liter — das muß heißen 41 Pfennig, als Mittelwert, wie es auch bei dem Kommentar auf Seite 2 des letzten RM (Syndikat der Preistreiber) hervorgeht. Dort aber ist ein weiterer Fehler enthalten: es steht, der Benzinpreis sei in 14 Jahren um 33 Pfennig hochgetrieben worden und jetzt werde er in zwei Jahren abermals um denselben Betrag verteuert. Das aber muß in beiden Fällen 43 Pfennig heißen. Wir bitten um Entschuldigung.

Auseinandersetzungen um Waffenexport

Bonn will alle Beschränkungen beseitigen

Maßstab soll künftig „nationales Interesse" sein

Führende Vertreter der Koalitionsparteien haben in der letzten Zeit zu den umstrittenen Waffengeschäften mit Saudi-Arabien Stellung bezogen und klargestellt, daß sie den Export von Kriegsgerät in dieses Land befürworten würden.

Wie der RM bereits berichtete, geht es dabei um Lieferungen in großem Ausmaß von Waffen verschiedenster Gattungen. Allein vom Kampfpanzer Leopard 2 soll das saudische Regime nach neuesten Angaben 600 Stück bestellt haben. Der Export dieser Waffen würde aber eindeutig gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und darauf aufbauende Kabinettsbeschlüsse verstoßen, die eine Ausfuhr von Kriegswaffen in sogenannte Spannungsgebiete verbieten. Nach dem Gesetz muß die Bundesregierung eine Exportgenehmigung für solche Waffen dann untersagen, „wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriff verwendet werden." Im Falle Saudi-Arabiens ist nicht nur die „Gefahr" gegeben; das dortige Regime beteiligt sich schon seit Monaten an dem irakischen Aggressionskrieg gegen den Iran.

Bundeskanzler Schmidt hält sich in der Frage des Waffenexports nach Saudi-Arabien nach wie vor bedeckt. Einer seiner engsten Mitarbeiter jedoch, der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wischnewski, trat mit unmißverständlichen Äußerungen vor die Presse. Es entspreche zwar, so Wischnewski, „guter sozialdemokratischer Tradition, darum bemüht zu sein, daß wir in Fragen der Rüstungsexporte uns große Zurückhaltung auferlegen. **Nur, wir haben in jedem Einzelfall sehr genau zu entscheiden, was den Interessen unseres Landes mehr nutzt und was nicht.**"

Für den „Einzelfall" Saudi-Arabien führte Wischnewski an, daß dieses Land mit der BRD befreundet sei und somit ein Interesse an seiner „Sicherheit" bestünde. Darüber hinaus gebe es auch enge wirtschaftliche Beziehungen. Nahezu die gleichen Argumente brachte auch Außenminister Genscher, der sich in der vergangenen Woche ebenfalls für die Waffenexporte aussprach. Er wurde nur noch etwas deutlicher in der Formulierung der „Interessen unseres Landes" am saudischen Regime. Zum einen verwies er auf dessen „Mäßigung bei der Ölpolitik" und spielte damit auf die Tatsache an, daß dieses Regeme innerhalb der OPEC die Rolle eines Spalters und einer Agentur des westlichen Imperialismus spielt. Zum anderen nannte Genscher Saudi-Arabien einen „Stabilitätsfaktor" im Nahen Osten und stellte die geplanten Waffenlieferungen ausdrücklich in den Rahmen der NATO-Strategie in dieser Region. Wenn die Bundesrepublik schon keine Truppenkontingente an den Golf schicke, so der Außenminister, dann müsse sie wenigstens durch Waffenlieferungen ihren Beitrag im Zusammenhang der NATO-Strategie leisten.

Hier wird vollends deutlich, daß die gewaltigen Waffenexporte nach Saudi-Arabien nicht nur den unmittelbaren Profiten der Rüstungskonzerne dienen. (Nach den hier angeführten Äußerungen von Wischnewski und Genscher machten die Aktien des Leopard-Produzenten Krauss-Maffei — Bestandteil des Flick-Konzerns — einen Kurssprung um 120 Punkte.) **Es geht auch um die Interessen des westdeutschen Imperialismus insgesamt, Saudi-Arabien zu einer waffenstarrenden Bastion westlicher Raubinteressen auszubauen. Es soll die Funktion eines Wächters über die großen Ölreichtümer des Golfs übernehmen, die früher das Schah-Regime für die westlichen Imperialisten gespielt hat.**

Sowohl Wischnewski wie auch Genscher bestritten schlichtweg, daß Saudi-Arabien als „Spannungsgebiet" zu werten sei, um so den von ihnen geforderten Bruch des Kriegswaffenkontrollgesetzes zu verschleiern. Diese unverschämte Haltung hat vor allem innerhalb der SPD erheblichen Widerstand hervorgerufen. Kritik kam dabei jedoch auch aus unvermuteter Ecke, von den Rechtsaußen der Partei. So wandte sich etwa die Bundestagsabgeordnete Annemarie Renger gegen den Waffenhandel mit Saudi-Arabien, weil er „israelische Sicherheitsinteressen" gefährden würde.

Tatsächlich ist aber das saudische Regime alles andere als eine anti-israelische Kraft. Es spielt auch im arabischen Lager die Rolle eines Saboteurs und Spalters im Dienst imperialistischer Interessen. Und die israelischen Zionisten selbst sehen denn auch keine sonderliche Bedrohung ihrer „Sicherheit" durch dieses Regime. Das machte in der vergangenen Woche der stellvertretende israelische Parlamentspräsident Meran deutlich. Er protestierte zwar zuerst einmal pflichtgemäß gegen den geplanten Waffenhandel. Doch dann stellte er sofort Bedingungen für den Fall, daß dieser Handel doch zustande kommen würde. Israel will dann über Menge und Qualität der nach Saudi-Arabien gelieferten Waffen mitreden. Und es verlangt seinerseits großzügige Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik. **So dient das Geschrei über die angebliche Gefährdung der Sicherheit Israels offenbar nur dazu, nunmehr auch die Stimmung für einen umfangreichen Waffenhandel mit den zionistischen Aggressoren vorzubereiten.**

Neben Einwänden wie denen von Frau Renger gibt es aber auch eine ernsthafte Opposition in der SPD gegen das geplante Waffengeschäft mit Saudi-Arabien. Diese Opposition beruft sich auf einen Parteitagsbeschluß, der gerade ein halbes Jahr alt ist: „Wir vertreten weiterhin eine Beschränkung der Rüstungsexporte und unterstützen alle internationalen Bemühungen um die Einschränkung des Waffenhandels."

Als dieser Beschluß im vergangenen Juni gefaßt wurde, war die Bundesregierung keineswegs das Unschuldslamm im internationalen Waffenhandel, als das sich Schmidt und Genscher bei UNO-Konferenzen immer gerne hinstellten. Allein in den Jahren 1975 bis 1979 hatten die westdeutschen Waffenexporte einen Umfang von insgesamt sechs Milliarden Mark. Und diese Waffen wurden nicht nur in die Hände faschistischer Regimes zur Unterdrückung der eigenen Völker gelegt. Mit diesen Waffen war Bonn auch an den Aggressionen Israels gegen seine Nachbarn, am Überfall Chinas auf Vietnam, am Krieg zwischen Pakistan und Indien (auf beiden Seiten) und anderen kriegerischen Handlungen beteiligt. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, **daß im vergangenen Jahrzehnt die Bundesrepublik beim Waffenexport die höchste Steigerungsrate (16,8 Prozent) aller imperialistischen Länder hatte.** Dementsprechend stellte das schwedische Friedenforschungsinstitut SIPRI in seinem letzten Jahresbericht fest: „Die Bundesrepublik nimmt zunehmend den Rang eines Großwaffenexportlandes ein."

Die Realität widerspricht also schon lange dem angeführten Parteitagsbeschluß der SPD, dem die Führer dieser Partei heuchlerisch zugestimmt haben. Mit den geplanten Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien aber ist eine neue Stufe im Handel mit Kriegsgerät erreicht worden. Bislang nämlich ist ein gro-



Kampf um iranische Hafenanlagen

ßer Teil dieses Handels, (der sich ja zumeist unter Bruch des Kriegswaffenkontrollgesetzes vollzieht) mit allerlei schmutzigen Tricks abgewickelt worden. So wurden zum Beispiel Waffen als Zivilgüter deklariert. Oder es wurden Kooperationen bei der Rüstungsproduktion mit anderen NATO-Ländern aufgenommen und die Waffen dann aus diesen Ländern exportiert (siehe dazu auch den Artikel auf dieser Seite.)

Jetzt aber strebt die Bundesregierung die Abschaffung aller gesetzlichen Beschränkungen für den Waffenexport an. Das deutete sich in den Stellungnahmen von Wischnewski und Genscher zum Geschäft mit den Saudis schon an. Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete in der vergangenen Woche aus „Bonner Regierungskreisen", man sei dort zu der Auffassung gekommen, die weltpolitische Lage habe sich dermaßen grundlegend geändert, daß die Frage des Waffenhandels neu definiert werden müsse. Künftig soll dabei nicht mehr danach gefragt werden, ob es sich beim Empfängerland um ein „Spannungsgebiet" handle oder nicht. Ausschlaggebend soll allein das „nationale Interesse" der Bundesrepublik sein.

Was unter solchem „nationalen Interesse" zu verstehen ist, liegt auf der Hand: Die militärische Einmischung in alle Gegenden der Welt, um dort reaktionäre und faschistische Regimes aufzurüsten und den Einfluß des westdeutschen Imperialismus zu stärken. Weiter ein forciertes Ankurbeln der Kriegsproduktion in der Bundesrepublik und damit eine nicht zu unterschätzende Stärkung der Rüstungsindustrie. Nicht zuletzt wird auch die Bundeswehr davon profitieren. Denn mit erweitertem Waffenexport lassen sich die Produktionskosten für Rüstungsgüter senken, was der Bundeswehr umfangreichere Waffenbeschaffungen ermöglicht.

Es sind also keineswegs die „nationalen Interessen", die hier zur Debatte stünden, sondern die der reaktionärsten Elemente des Monopolkapitals, vor allem der Herren über die Rüstungskonzerne. **Im Interesse unseres Volkes liegt nicht die Ausweitung, sondern der rigorose Stopp jeder Art von Waffenexport.** Unsere Partei tritt entschieden für die Verwirklichung dieser Forderung ein, in der wir einen wichtigen Bestandteil unseres Friedenskampfes sehen. Und natürlich stehen wir dabei nicht allein. Ermutigend ist beispielsweise der Beschluß der Vertreterversammlung der IG Metall gegen die jüngsten Waffengeschäfte, obwohl die Waffenhändler und ihre Lakaien demagogisch die Sorge um den Erhalt von Arbeitsplätzen ins Spiel gebracht haben. Und auch innerhalb der SPD wird der offene Bruch der Parteitagsbeschlüsse durch die Führung die Widersprüche, die schon in anderen Fragen (Vereidigung usw.) aufgebrochen sind, noch weiter verschärfen.



Alpha-Jets

Die geheimen Waffengeschäfte mit dem Irak

Mit deutschen Waffen gegen den Iran

Seit Monaten schon dauert der blutige Aggressionskrieg des irakischen Regimes gegen die Völker des Irans an. Erklärtes Ziel der Aggressoren ist die Abtrennung der reichen Ölprovinzen vom Nachbarland und die nachhaltige Schwächung, wenn nicht der Sturz, der Khomeiny-Regierung. Und die Angreifer morden mit deutschen Waffen.

Die irakischen Militärs setzen zum Beispiel bei ihren Flügen gegen iranische Ortschaften und Armeeeinheiten den französischen Kampfhubschrauber Gazelle ein. Bestückt ist er mit Raketen vom Typ Hot. Und die werden gemeinschaftlich von französischen und westdeutschen Waffenschmieden produziert. Auf deutscher Seite ist daran der bayrische Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) beteiligt, der maßgeblich von Siemens kontrolliert wird.

Der Irak, der lange Zeit unter starken sowjetischen Einfluß stand, hat vor Jahren einen Kurswechsel vollzogen und sich immer stärker in das westliche imperialistische Lager eingegliedert. Das drückt sich unter anderem auch darin aus, daß die Grundausstattung der Streitkräfte noch immer sowjetisch ist (und trotz der Aggression gegen den Iran liefern die sowjetischen Imperialisten weiter Ersatzteile und Munition). Seit dem erwähnten Kurswechsel aber wird der Irak massiv vom Westen ausgerüstet. Das gilt vor allem für die Luftwaffe, der gerade jetzt bei der Aggression gegen den Iran eine Schlüsselstellung zukommt. Hauptlieferant ist Frankreich; und immer sind die westdeutschen Rüstungskonzerne mit dabei.

So hat das irakische Regime zum Beispiel 60 Kampfflugzeuge vom Typ Mirage in Frankreich gekauft. Sie sollen mit der Luft-Boden-Rakete ASMP ausgerüstet werden, an deren Produktion wiederum MBB beteiligt ist. Den größten Posten dieser deutsch-französischen Waffenlieferungen aber macht das Kampfflugzeug Alpha Jet aus. Schon im vergangenen September schrieb die französische Zeitung „Le Monde": „Die gegenwärtig laufenden Verhandlungen zwischen Bagdad und Paris betreffen den Ankauf von 150 Kampfflugzeugen Alpha Jet durch den Irak." Im November, zwei Monate nach Kriegsanbruch, wurden die ersten 26 Maschinen in den Irak geschafft; und zwar über Jordanien und Saudi-Arabien, was einmal mehr die Beteiligung dieser Länder an der irakischen Aggression unterstreicht. Fünf weitere Alphe Jets hat der Irak fest gekauft, an ihnen werden in Frankreich gegenwärtig Piloten ausgebildet.

Der Alpha Jet wird zu gleichen Teilen von den Konzernen Dornier (Friedrichshafen) und Dassault (Paris) hergestellt. Die Verkaufsverhandlungen aber werden ausschließlich über Frankreich abgewickelt. Mit diesem Trick wollen Dornier und die Bundesregierung das Kampfflugzeug als ein französisches Produkt erscheinen lassen, das nicht den in der Bundesrepublik geltenden Beschränkungen des Waffenexports unterliegen würde. Bezeichnend ist die Tatsache, daß die Bundesregierung in bezug auf den Export von deutsch-französischen Waffen auf jegliche internationale Abmachung verzichtet hat. Bei ähnlichen gemeinschaftlichen Rüstungsproduktionen mit anderen „befreundeten" Ländern hat sie sich immerhin noch ein Vetorecht einräumen lassen. Aber auch das gilt für die Kooperation mit französischen Rüstungskonzernen nicht.

So werden also über Frankreich massenweise westdeutsche Kriegswaffen ins Ausland verkauft, gerade auch in die sogenannten Spannungsgebiete, in die nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz ein Waffenexport verboten ist. Der Alpha Jet beispielsweise wird seit 1979 auch in das Ölscheichtum Katar geliefert; im vergangenen November hat Ägypten einen Vertrag über den Kauf von 30 Maschinen abgeschlossen. Raketen der Typen Roland und Milan — ebenfalls deutsch-französische Gemeinschaftsproduktionen — gingen nicht nur an den Irak, sondern auch an Saudi-Arabien, Kuweit und Abu Dhabi.

Die westdeutschen Rüstungskonzerne sind also heute schon nahezu überall am Persischen Golf mit ihren Waffen vertreten. Und sie verdienen kräftig mit am Feldzug, den das irakische Regime gegen die Völker des Iran führt.

Revolutionäre Linie der RGO bekräftigt

Hohes Maß an Geschlossenheit auf dem 2. RGO-Kongreß

FRANKFURT/KASSEL.— Am 10. und 11. Januar tagte in Frankfurt a.M. im „Haus der Jugend" der 2. ordentliche Kongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO). Der Kongreß konnte seine Aufgaben in einer begeisternden kämpferischen Atmosphäre und mit einem hohen Maß an Geschlossenheit erfolgreich bewältigen. Besonders ist hervorzuheben, daß die Delegierten einmütig ein klares Bekenntnis zu den revolutionären Grundsätzen und Zielen ablegten, wie sie vom Gründungskongreß der RGO im November 1978 festgelegt worden waren.

Die rund 170 gewählten Delegierten beratschlagten an den zwei Kongreßtagen ein umfangreiches Arbeitsprogramm: Insgesamt lagen ca. 200 Anträge, Entschließungen und Resolutionen zur Beschlußfassung vor; der Rechenschaftsbericht des bisherigen zentralen Vorstandes mußte entgegengenommen, diskutiert und verabschiedet werden, ferner hatte der Kongreß die Aufgabe, die Neuwahl des zentralen RGO-Vorstandes sowie des Vorsitzenden der RGO durchzuführen.

Für die Neuwahl des Vorstandes hatte der alte Vorstand einen Vorschlag unterbreitet, der vom Kongreß mit großer Einmütigkeit angenommen wurde. Bei der Wahl des ersten RGO-Vorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende Thomas Scheffer wiedergewählt. Er erhielt bei drei Enthaltungen 157 von 160 möglichen Stimmen.

Den Rechenschaftsbericht des RGO-Vorstandes hielt der Vorsitzende Thomas Scheffer. Der Rechenschaftsbericht wurde mit großer Einmütigkeit bei nur einer Gegenstimme von den Delegierten gebilligt.

Einstimmig wurde eine Reihe von Entschließungen zu Fragen von grundsätzlicher Bedeutung verabschiedet, so zur Einheitsgewerkschaft und zur Mitbestimmungsfrage (der RM wird in den folgenden Ausgaben Auszüge aus diesen Entschließungen abdrucken). Ebenfalls einstimmig verabschiedet wurde eine Entschließung, die das von Thomas Scheffer am 27. Juli 1980 gehaltene Grundsatzreferat *„Sozialpartnerschaft oder klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik?"* begrüßt und in seinen Hauptaspekten ausdrücklich bekräftigt.

Die RGO ist eine reale Kraft

Unter anderem zeigte Thomas Scheffer in seinem Rechenschaftsbericht auf, *„daß die RGO eine reale Kraft"* in der Gewerkschaftsbewegung ist, *„die mit ihrem praktischen Eingreifen eine Basis bei den Kollegen hat"*. Die DGB-Führung komme daran immer weniger vorbei. *„Wir lassen uns nicht beiseiteschieben"*. Das gelinge den Bossen und Bonzen zunehmend weniger. *„Wo haben sie es denn geschafft, z.B. RGO-Betriebsräte rauszuschmeißen oder mundtot zu machen? Solche reaktionären Versuche sind fast alle gescheitert!"*

Der spektakulärste Angriff der Bosse und Bonzen sei dann auch zu ihrer spektakulärsten Niederlage geworden: die fristlose Kündigung der beiden RGO-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer bei Hoesch in Dortmund.

Thomas Scheffer setzte sich ausführlich auch mit falschen, zurückweichlerischen Tendenzen auseinander, die sich manchmal in der RGO zeigen. So könne man nicht darauf verzichten, die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbonzen mit den Kapitalisten anzugreifen, nur weil sich dadurch auch ein Teil der Vertrauensleute angegriffen fühlen würde. Das sei insofern unvermeidlich, daß viele Vertrauensleute heute noch von der ganzen Ideologie der Sozialpartnerschaft beeinflußt sind, weswegen sie die entsprechende Politik in der betrieblichen Praxis an verschiedenen Punkten auch unterstützen und mittragen: *„Dieser Konflikt muß vor den Kollegen ausgetragen werden"*.

Es sei falsch, wenn einige meinen, man dürfe gar nicht mehr von einem reaktionären DGB-Apparat sprechen bzw. vom Verrat der Gewerkschaftsführung. *„Tatsache ist, daß es diesen Apparat gibt, daß seine Wurzeln bis in die Betriebsräte und Vertrauenskörper gehen, anders könnte der DGB seine verräterische Politik in den Betrieben auch gar nicht so durchsetzen"*.

Wörtlich sagte Thomas Scheffer weiter:

„Wir müssen in der RGO eines ganz klar haben: Die zunehmende Auseinandersetzung in den DGB-Gewerkschaften zwischen Basis und Führung (...) ist Klassenkampf!

Darin liegt doch die Notwendigkeit der RGO begründet. Gehe ich, wie die verschiedenen oppositionellen Gruppen und Strömungen im DGB, davon aus, daß es sich nur um Meinungsunterschiede und Flügelkämpfe im DGB handelt, dann brauche ich keine nationale Organisation. Deshalb konzentrieren sich diese Oppositionellen auch auf Gremienarbeit und nicht auf eine klassenkämpferische Mobilisierung der Basis."
(...)

„Kämpft die RGO für die Einheit im DGB? — Jawohl, aber für eine andere als die, die Vetter und Loderer meinen! Findet dieser Kampf innerhalb der DGB-Gewerkschaften statt? Jawohl, wir kämpfen für den klassenkämpferischen Zusammenschluß im DGB von der Basis her. Im betrieblichen Kampf wollen wir die Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen herstellen. Genau so ist es zu verstehen, wenn wir sagen, daß wir die Gewerkschaft erobern wollen."

Erfahrungen aus 2 Jahren Kampf

In verschiedenen Resolutionen bezog der Kongreß zu wichtigen aktuellen Ereignissen und Fragen Stellung. So solidarisierte der Kongreß sich mit dem Kampf der Arbeiter aus der Türkei gegen das dort herrschende faschistische Militärregime. In einer Protestresolution wurde der Gewerkschaftsausschluß des Kollegen Harald Schöpfer (Stuttgart) durch den Hauptvorstand der IG Druck und Papier wegen Mitgliedschaft im KBW scharf verurteilt.

Zur Frauen- und Jugendarbeit hatte der Vorstand Vorbereitungsausschüsse gebildet, die dem Kongreß Vorschläge für die Verbesserung und Verstärkung der Arbeit auf diesen Gebieten unterbreiteten. Die Delegierten billigten diese Vorschläge. Ebenso waren sie sich einig über die Verbesserung der Arbeit unter den ausländischen Kollegen, die in der Bundesrepublik und Westberlin leben und arbeiten.

Auf Zustimmung stießen auch Vorschläge, das Aktionsprogramm im Hinblick auf die heutige politische Entwicklung, die aktuelle Entwicklung des Klassenkampfes, zu überarbeiten und zu aktualisieren. Insbesondere soll der antifaschistische Kampf stärker betont und die Frage der Kriegsgefahr aufgenommen werden.

Der Kongreß beschloß ferner konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Schulungsarbeit, der Zusammenarbeit der RGO-Gruppen innerhalb der einzelnen Branchen und Industriezweige, sowie der Tätigkeit der Ortsvorstände der RGO. Einigkeit bestand auch darüber, daß die RGO verstärkt die Zusammenarbeit mit anderen oppositionellen Kräften in den DGB-Gewerkschaften im Hinblick auf konkrete Kampfziele und Aufgaben anstreben soll. Zu allen diesen Problemen wurden aus den Reihen der Delegierten viele konkrete Vorschläge gemacht, in denen sich die Kampferfahrungen widerspiegeln und die Erfahrungen des Aufbaus der RGO, die in den vergangenen zwei Jahren seit dem Gründungskongreß gewonnen werden konnten.

Zur Statistik des Kongresses

Auf dem Kongreß waren Kollegen aus 13 der 17 Einzelgewerkschaften des DGB vertreten. 28 der rund 170 Delegierten waren Kollegen, die mittels der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden. Die Zusammensetzung des Kongresses nach Mitgliedschaft in den verschiedenen Einzelgewerkschaften des DGB sah folgendermaßen aus:

IG Metall: 62; ÖTV: 24; IG Druck und Papier: 11; IG Chemie: 8; Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen: 5; IG Bergbau und Energie: 4; Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten: 4; Deutsche Postgewerkschaft: 3; IG Bau, Steine, Erden: 2; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: 2; Gewerkschaft Textil und Bekleidung: 2; Gewerkschaft Holz und Kunststoff: 1; Gewerkschaft Leder: 1.

Funktionäre der DGB-Gewerkschaften bzw. gewählte Interessenvertreter der Arbeiter im Betrieb waren folgendermaßen vertreten:

49 gewerkschaftliche Vertrauensleute, davon zwölf Mitglieder von betrieblichen Vertrauenskörperleitungen; 31 Betriebs- und Personalräte, darunter drei Betriebsratsvorsitzende; sieben Mitglieder von Vertreterversammlungen ihrer Gewerkschaft; sieben Mitglieder von gewerkschaftlichen Ortsjugend- bzw. Kreisjugendausschüssen; drei Jugendvertreter; 19 sonstige Funktionäre der DGB-Gewerkschaften.

Die Delegierten waren zu 16,6 Prozent Frauen. Ca. 30 Delegierte waren Arbeiter aus der Türkei; im neugewählten RGO-Vorstand sind ebenfalls Kollegen aus der Türkei vertreten.

2. RGO-Kongress



Für Arbeiterinteressen und klassenkämpferische Gewerkschaftseinheit! Gegen Bosse und Bonzen!



Proletarischer Internationalismus

Aus dem Ausland waren drei Delegationen befreundeter gewerkschaftlicher Organisationen gekommen, um als Gäste an den Arbeiten des Kongresses teilzunehmen: eine Delegation des Zentralrates des Gewerkschaftsverbandes der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, eine Delegation der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition Dänemarks („RFO") sowie eine Delegation der „TUAL" (Gewerkschaftliche Kampf-Liga) aus den USA. Diese Delegationen wurden von den Delegierten mit großer Begeisterung empfangen. Begeistert wurden auch Grußbotschaften der revolutionären Gewerkschaft „AOA" aus Spanien (Vereinigung der Arbeiter-Versammlungsbewegung) und der revolutionären Gewerkschafter in Kanada aufgenommen.

Der 2. RGO-Kongreß demonstrierte somit, daß der proletarische Internationalismus zu den Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung gehört, daß es die RGO ist, die heute konsequent an der großen internationalistischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung anknüpft und die daran arbeitet, diese Tradition in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu neuem Leben zu erwecken.

Fazit

Unsere Partei, die KPD, schickte eine Grußadresse an den 2. RGO-Kongreß. Sie wurde auf dem Kongreß verlesen und mit großem Beifall aufgenommen. Bekanntlich hat unsere Partei die Gründung der RGO und ihren Aufbau von Anfang an nach Kräften unterstützt. Die Kommunisten gehören zu den aktivsten Kämpfern in den Reihen der RGO.

Die KPD ist der Meinung, daß dieser zweite Kongreß der RGO als großer Erfolg für die revolutionäre Arbeiterbewegung zu bewerten ist. Er ist ein klarer Ausdruck für die Festigung dieser noch jungen Organisation, die sich die große und schwere aber absolut notwendige Aufgabe gestellt hat, die Gewerkschaften für den konsequenten Klassenkampf des Proletariats zu erobern, den Einfluß der reaktionären DGB-Führung zu brechen und damit die Kampfeinheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage der Klasseninteressen zu schmieden.

Wir sind uns in unserer Einschätzung des 2. RGO-Kongresses einig mit Thomas Scheffer. Der RGO-Vorsitzende faßte seine Wertung des Kongresses gegenüber dem „Roten Morgen" in einer kurzen Stellungnahme mit folgenden Worten zusammen:

„Auf der Grundlage einer intensiven und solidarischen Diskussion kam der Kongreß zu einer großartigen Einheit und Geschlossenheit in allen wichtigen Punkten, in den Prinzipien und der Politik der RGO. Ich meine, daß sich darin erweist, daß die RGO sich in den zwei Jahren ihres Bestehens gefestigt und weiterentwickelt hat. Auf dem Kongreß hat sich die Richtigkeit unserer Politik bestätigt. Dies wurde auch an den Diskussionsbeiträgen der Delegierten deutlich.

Auffällig war, daß in die Diskussion ganz stark praktische Kampferfahrung eingeflossen ist. An vielen lebendigen Beispielen machten unsere Kollegen klar, daß und wie sie die Politik der RGO erfolgreich in die Praxis umsetzen, und wie wir dabei vorwärtskommen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist der kürzlich errungene große Erfolg der von der RGO unterstützten Liste ‚Mehr Personal' bei den Personalratswahlen am Westberliner Krankenhaus Neukölln. Die Liste ‚Mehr Personal' konnte fast soviele Stimmen erringen wie die offizielle Liste der ÖTV."

Grußadresse der KPD an den 2. Kongreß der RGO

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Zentralkomitee der KPD sendet Euch, den Delegierten des 2. RGO-Kongresses, herzliche und kämpferische Grüße und wünscht Eurem Kongreß einen erfolgreichen Verlauf.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist noch jung. Aber sie hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits wichtige Erfolge erringen können. Hier sei nur an die Betriebsratswahlen 1978 erinnert, bei denen über 100 Kolleginnen und Kollegen der RGO als Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten gewählt wurden. Das war angesichts des erbitterten Widerstandes der Unternehmer und der Gewerkschaftsbonzen nur deshalb möglich, weil Tausende von Kollegen Eure Kandidatur unterstützten und dabei selbst persönliche Risiken nicht scheuten.

So bewies sich bei dieser Betriebsratswahl, daß in der Arbeiterklasse, in der Gewerkschaftsbasis eine starke oppositionelle Kraft vorhanden ist, die sich zum Kampf gegen Bosse und Bonzen mobilisieren läßt und auch dazu mobilisiert werden will. Insofern war es nur folgerichtig, daß sich im Ergebnis dieser Betriebsratswahlen die RGO als bundesweite, organisierte oppositionelle Kraft für den konsequenten gewerkschaftlichen Kampf gründete.

Bereits in den letzten Jahren hat sich gezeigt, wie notwendig die Arbeiterklasse die RGO für ihren Kampf braucht. In den kommenden Jahren wird die Bedeutung der RGO und ihrer Arbeit noch weiter zunehmen. Denn die Krise wird sich weiter verschärfen. Wir steuern im Laufe der 80er Jahre auf eine Wirtschaftskrise und auf eine Verschärfung der politischen Situation zu, wie wir sie in der Nachkriegszeit noch nicht erlebt haben.

Um den auf sie zukommenden Angriffen der Unternehmer und auch des Staates zu begegnen, braucht die Arbeiterklasse starke, kampfentschlossene und kampferprobte Gewerkschaften.

Schon heute aber ist klar, daß die DGB-Führung in diesem Kampf nicht die Interessen der Arbeiter vertreten wird. Gewerkschaftsbonzen wie Vetter, Loderer, Kluncker und Co. werden, wie sie es auch bisher tun, mit den Unternehmern zusammenarbeiten und ihren sozialpartnerschaftlichen Kurs den Gewerkschaften, der Gewerkschaftsbewegung aufzuzwingen versuchen.

Deshalb ist es von größter Wichtigkeit, daß sich die oppositionellen und klassenkämpferischen Kräfte im DGB zusammenschließen, daß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf der Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse hergestellt wird. Denn anders wird die Arbeiterbewegung der Offensive des Kapitals nicht begegnen können.

Wir sind sicher, daß Euer Kongreß die Weichen dafür stellen wird, daß die RGO die großen Aufgaben, die auf sie zukommen, mit Erfolg bewältigen wird. Ihr könnt sicher sein, daß unsere Genossen, daß unsere Partei, die KPD, Euch dabei immer nach besten Kräften unterstützen wird.

Mit revolutionären Grüßen
Zentralkomitee der KPD





Thomas Scheffer, der Vorsitzende der RGO, bei seiner Rede

Großveranstaltung in Dortmund

Gelungener Abschluß des RGO-Kongresses

Die Westfalenhalle II in Dortmund war bis auf den letzten Platz besetzt, als am Sonntagnachmittag Dithmars Theil vom RGO-Vorstand die öffentliche Abschlußveranstaltung des 2. Kongresses der RGO eröffnete. Etwa 1500 Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet waren gekommen. Eine beachtliche Zahl, wenn man die sehr schlechten Witterungsbedingungen auf vielen Anfahrtsstrecken bedenkt.

Die offizielle Begrüßung war jedoch nicht der Beginn des vielfältigen Programms, das an diesem Tag ablief. Die Veranstalter hatten eine gute Idee gehabt, indem sie schon ab Mittag ein Vorprogramm für ihre Gäste anboten. Da gab es zum Beispiel eine Filmecke in der Halle, wo Dokumentarstreifen über den Stahlarbeiterstreik und andere Kämpfe der letzten Zeit informierten. Im Foyer war eine Liederecke eingerichtet, in der die Liedermacher Werner Worschech und Hans Dinant, sowie der türkische Sänger Mehmet Erdogamus auftraten.

Wer mehr für Kabarett zu haben war, kam in der Arena am anderen Ende des Foyers voll auf seine Kosten. Hier lösen sich der Zeitzünder aus dem Rheinland und Ratte und Schmeißfliege aus Hamburg ab. Dazwischen gab es türkische Volkstänze, nicht nur zum Ansehen, sondern auch zum Mitmachen.

Darüberhinaus gab es noch viele andere Möglichkeiten, die Zeit bis zum offiziellen Veranstaltungsbeginn zu nutzen. Sei es, daß man sich an einem Stand der RGO-Betriebsgruppe HDW/Kiel über den Kampf gegen den geplanten U-Boot-Export nach Chile unterrichten ließ. Oder, daß man sich an einem der zahlreichen Verkaufsstände — darunter auch einer unserer Partei — mit Büchern, Zeitungen und Schallplatten eindeckte. Viele Teilnehmer haben die Zeit natürlich auch für eine kurze gewerkschaftliche Fachsimpelei mit Kollegen aus anderen Städten genutzt.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer an der Abschlußveranstaltung trug Hans Dinant zwei Lieder vor. Dann sprach der RGO-Betriebsrat bei Hoesch, Hartmut Siemon, über die aktuelle Situation in der Stahlstadt Dortmund, der nach den Plänen der Estel/Hoesch-Bosse nun die Stahlbasis genommen werden soll. Hartmut Siemon ging auf den konsequenten Kampf der RGO-Betriebsgruppe gegen die Arbeitsplatzvernichtung ein. Er betonte dabei, daß der Bau eines neuen Stahlwerks durchgesetzt werden muß und auch durchgesetzt werden kann, wenn die Hoesch-Arbeiter ihre Sache selbst in die Hand nehmen. Auf die Kämpfe bei Hoesch ging dann auch Werner Worschech in einem Lied ein, das im Rahmen der Solidatitätsbewegung nach der Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte Siemon und Bömer entstanden war.

Langanhaltenden Beifall gab es, als die Genossin Farie Salicaj ans Mikrophon trat, um die Veranstaltung im Namen des Zentralrates des Albanischen Gewerkschaftsverband zu begrüßen. Sie sprach als Gewerkschafterin aus einem Land, in dem die Arbeiterklasse der Ausbeutung die Grundlagen entzogen und selbst zur Herrin des Landes geworden ist. Beifall auch für die Gastdelegierten aus den kapitalistischen Länder, die alle die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes über die Grenzen hinweg betonten. Es sprachen Vertreter der revolutionären gewerkschaftoppositionellen Organisationen TUAL (USA), RFO (Dänemark) und AOA (Spanien), sowie ein Vertreter der britischen Stahlarbeiter, der auch für sein Land die Notwendigkeit einer organisierten revolutionären Opposition hervorhob.

Nach dem Auftritt einer Volkstanzgruppe, deren Mitglieder Kollegen aus der Türkei sind, sprach Thomas Scheffer, der wiedergewählte Vorsitzende der RGO. Er ging kurz auf die Zuspitzung der Krise in den letzten Monaten ein und erläuterte den scharfen Widerspruch, der sich hier zwischen dem Kapitulationskurs der Gewerkschaftsführung und der revolutionären Linie RGO aufgetan hat.

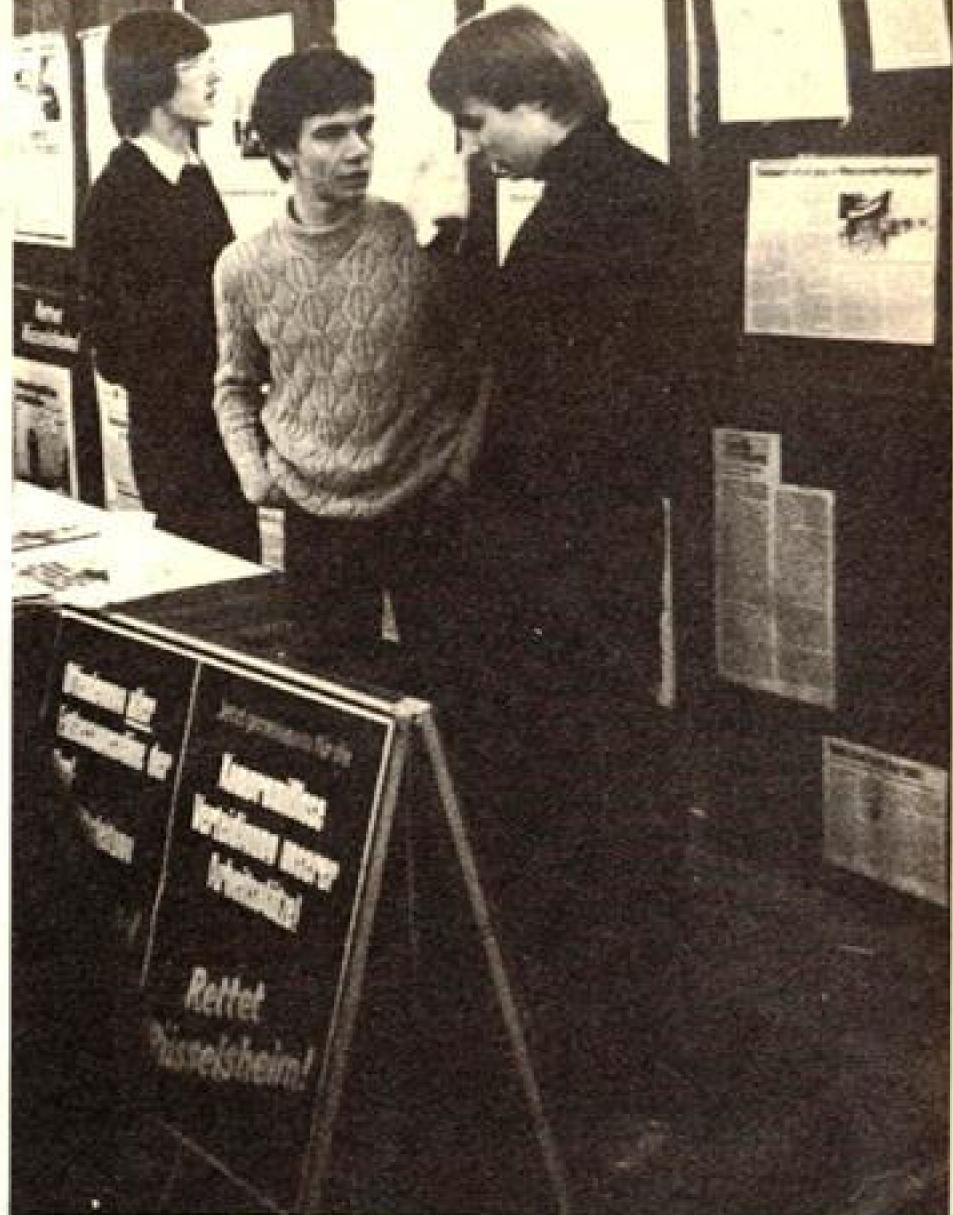
Die Politik der DGB-Führung basiert auf der Sozialpartnerschaft und nicht auf dem Klassenkampf. Sie ist somit auf die Spaltung der Arbeiterklasse angelegt. Die RGO dagegen kämpft für eine wirkliche Gewerkschaftseinheit, die sich von der Basis her auf dem Boden der Arbeiterinteressen verwirklichen muß. Dabei hat die RGO niemals die Konfrontation mit den Bonzen gescheut, denn nur so kann im praktischen Kampf die Ideologie der Sozialpartnerschaft überwunden, nur so können ihre Träger isoliert werden.

Thomas Scheffer wertete den Kongreß als Ausdruck der Geschlossenheit, der kämpferischen Kraft und des Mutes der RGO, die sich auf revolutionären Grundlagen konsolidiert hat und inzwischen zu einer realen Kraft in den Gewerkschaften geworden ist. Und das ist eine gute Vorraussetzung dafür, die kommenden Kämpfe mit noch mehr Erfolg zu bestehen.

Mit einem Auftritt des Zeitzünders ging die Abschlußveranstaltung des RGO-Kongresses zuende. Man spürte an der großen Aufmerksamkeit und an der kämpferischen Stimmung der Teilnehmer, daß ihnen dieser Tag viel gegeben hatte. Kongreß und Veranstaltung werden sicher zu einem neuen Aufschwung in der Arbeit und im Kampf der Betriebsgruppen führen.



Die Delegation des Albanischen Gewerkschaftsverbandes



Informationsstand der RGO-Betriebsgruppe bei Opel/Rüsselsheim



Die Betriebsgruppe HDW/Kiel der RGO informierte über den Kampf gegen die geplante U-Boot-Lieferung nach Chile.



Im Vorprogramm sorgte unter anderem der „Zeitzünder" für Stimmung.



Volkstänze aus der Türkei, aufgeführt von einer Volkstanzgruppe aus Witten

Neue Angriffe auf die Stahlwerker in Dortmund

Hoesch-Bosse wollen jetzt direkte Massenentlassungen

500000 qm Werksgelände von Hoesch-Union zum Verkauf ausgeschrieben

DORTMUND. — Während die IG-Metall-Bonzen gewerkschaftliche Aktionen gegen die Arbeitsplatzvernichtung praktisch abblocken, treibt der Konzernvorstand sein Vernichtungsprogramm Zug um Zug voran. Jetzt will er bereits zu offenen Massenentlassungen übergehen, die nicht mehr durch eine „soziale Abfederung“ verbrämt sind.

Anfang des Jahres ließ Konzernboß Rohwedder die neueste Katze aus dem Sack: Er kündigte die Betriebsvereinbarung zum „Interessenausgleich“ auf, auch „Sozialplan“ genannt. Und zwar will Rohwedder vor allem zwei wichtige Punkte erreichen: erstens sich freie Hand für direkte Massenentlassungen schaffen und zweitens den finanziellen Ausgleich für vorzeitig „ausscheidende“ Beschäftigte ab 59 Jahren abbauen.

In der Betriebsvereinbarung steht nämlich der Satz „Niemand wird entlassen“. Rohwedder will ihn jetzt gestrichen haben. Zwar wurden bereits im vergangenen Jahr bei Hoesch mehr als 3000 Arbeitsplätze vernichtet. Dies geschah jedoch nicht mit direkten sondern mit indirekten Massenentlassungen: Über das „vorzeitige Ausscheiden“ von Kollegen ab 59 Jahren, über die sogenannte „natürliche Fluktuation“, sowie über den „Abbau“ solcher Arbeitskräfte, die zwar auf den Hoesch-Werken beschäftigt, jedoch nicht bei Hoesch sondern bei Fremdfirmen angestellt sind (sogenannte Unternehmerleute).

Der andere Punkt: Rohwedder möchte eine Vereinbarung darüber durchsetzen, daß die „vorzeitig Ausscheidenden“ nur noch soviel Finanzausgleich von Hoesch zu ihrem Arbeitslosengeld erhalten, daß sie auf 75 Prozent ihres bisherigen Nettolohnes kommen, solange sie noch nicht Rente erhalten. Bisher erhielten diese Kollegen einen Ausgleich, der so hoch ist, daß sie praktisch keine wesentlichen Einkommensverluste in der Zeit bis zum Rentenalter hinnehmen müssen. Was sie aber nach der von Rohwedder nun verlangten 75-Prozent-Bemessungsgrenze erhalten würden, wäre nurmehr ein Aufschlag auf das Arbeitslosengeld um ca. 7 Prozent desselben.



Im Hintergrund dieser neuen Vorstöße der Konzernherren bei Hoesch steht der Plan, bis Anfang nächsten Jahres das Werk Union, eines der drei Dortmunder Hüttenwerke, dichtzumachen und dann bis Ende 1987 das zweite Werk, das Werk Phoenix, ebenfalls zu schließen. Gleichzeitig sieht dieser Plan vor, daß die bereits stillgelegten Siemens-Martin-Werke nicht durch das von den Arbeitern geforderte neue Stahlwerk ersetzt wird.

Die Rohstahlkapazität ist damit um schon die Hälfte abgebaut. Ab 1987 aber stünde dann die Frage, ob dann im Werk Phoenix jetzt noch betriebene Oxygenstahlwerk durch den Neubau eines Stahlwerks auf der Westfalenhütte ersetzt wird, oder ob die Stahlbasis um ein weiteres entscheidendes Stück vernichtet wird.

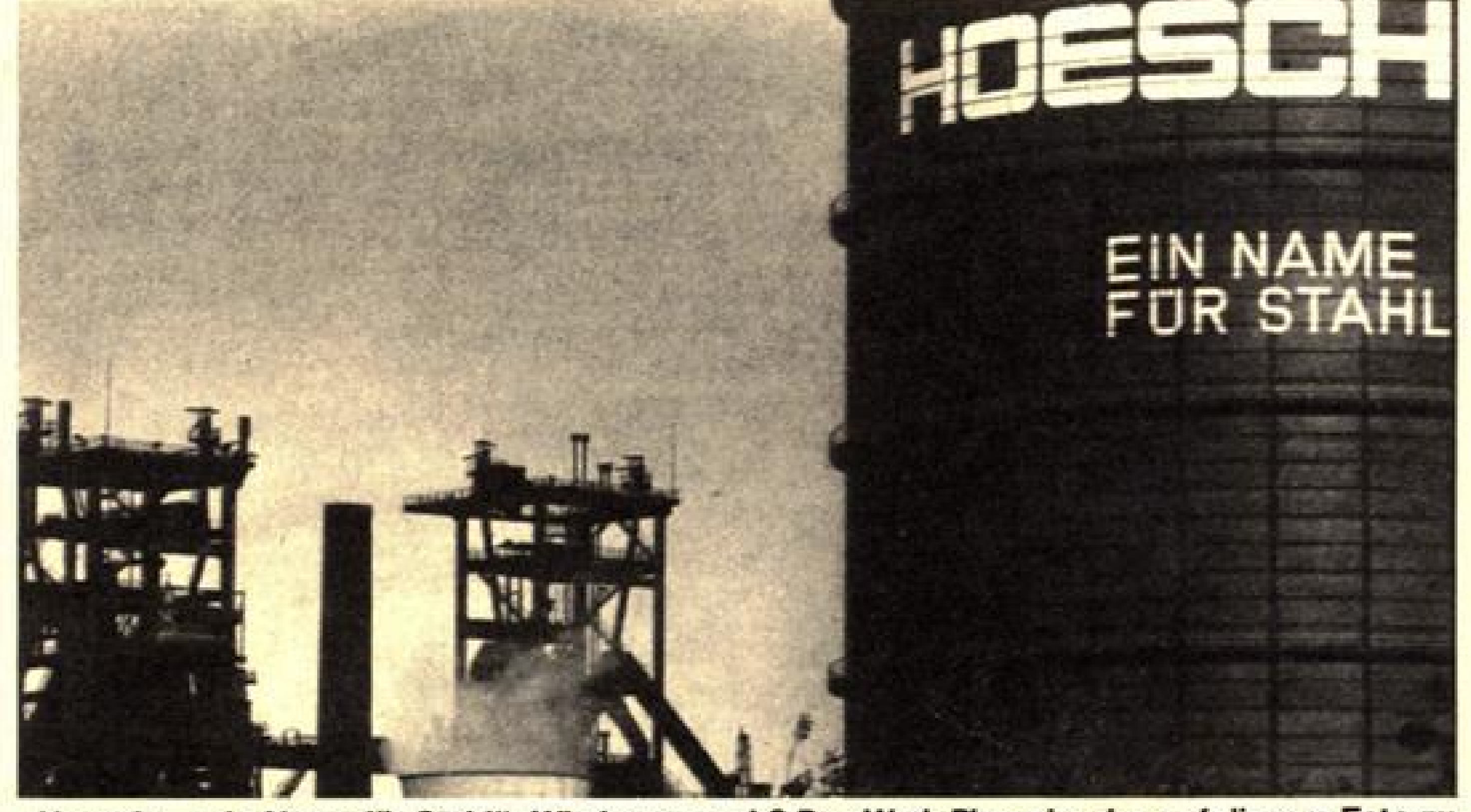
Zusätzlich steht im Hintergrund der Plan, ab sofort im Bereich der Hauptverwaltung sowie des Handelsunternehmens der Hoesch-Werke AG direkte Massenentlassungen vorzunehmen, deren Ausmaß noch unbekannt ist. In Bezug auf die Hauptverwaltung kursiert allerdings eine Zahl von 300 bis 400, die entlassen werden sollen.

Momentan erklären die Betriebsratsspitzen, direkten Entlassungen nicht zustimmen zu wollen. Angesichts der bisherigen Haltung des Betriebsrates bestehen allerdings berechtigte Zweifel, ob diese Erklärungen auch ernstzunehmen sind. Weder hat der Betriebsrat bisher auf die Weigerung der Bosse, das Ersatzstahlwerk zu bauen, mit der Verweigerung seiner Zustimmung zu weiterer Arbeitsplatzvernichtung reagiert, noch hat er sich für die Stärkung der Bewegung für die Forderung „Stahlwerk jetzt!“ ehrlich eingesetzt.

Die IG-Metall-Ortsverwaltung mit dem Bevollmächtigten Dieterich an der Spitze bemüht sich, diese notwendige Forderung „in Vergessenheit“ geraten zu lassen. Sie spekuliert mit Resignation unter den Hoesch-Arbeitern. Diesem Verrat sind bisher nur die RGO-Betriebsgruppe und die Betriebszelle der KPD konsequent entgegengetreten. Die RGO-Betriebsräte auf Union haben als einzige Betriebsratsmitglieder von Anfang an gegen die Arbeitsplatzvernichtung und gegen Entlassungen in jeglicher Form Stellung bezogen. Allerdings haben sie als Minderheit nicht die Möglichkeit, die Vorleistungspolitik, das heißt, die Politik der Zustimmung zur Arbeitsplatzvernichtung zu stoppen.

Es kommt jetzt darauf an, von unten her, aus dem Vertrauensleutekörper heraus und in den Abteilungen alle möglichen Schritte des Protestes und des Widerstandes zu tun, um eine starke Kampffront auf den Hüttenwerken zur Verteidigung der Arbeitsplätze und der Durchsetzung des Baus des neuen Stahlwerks zu organisieren. Ein Anlaß für Aktionen ist die nächste Aufsichtsratssitzung, die am 4. und 5. Februar stattfindet.

Es wird Zeit zu handeln: In der vergangenen Woche berichteten die Tageszeitungen, daß Hoesch die Hälfte des Werksgeländes von Union der Stadt Dortmund zum Verkauf angeboten hat. Es handelt sich um eine halbe Million Quadratmeter! Dieser freche Wink mit dem Ausverkauf beim Werk Union soll die Resignation schüren, die durch die Tatenlosigkeit der IGM-Organisation hervorgerufen wird.



„Hoesch — ein Name für Stahl“. Wie lange noch? Das Werk Phoenix, das auf diesem Foto zu sehen ist, soll laut Plan des Konzernvorstands bis 1987 dichtgemacht werden. Werk Union soll bereits Anfang kommenden Jahres geschlossen sein. Gegen den Vernichtungsfeldzug der ESTEL-Hoesch-Bosse muß jetzt verstärkt mit Kampfaktionen vorgegangen werden.

DGB-Bundesvorstand zum Internationalen Frauentag

Mann, oh Mann, ist das schwierig mit den Frauen!

Am 8. März ist der internationale Frauentag. Seit dem letzten 8. März ein Datum, das dem DGB-Bundesvorstand schwer im Magen liegt. Bekanntlich hatte der Bundesvorstand im letzten Jahr dem gesamten DGB jede Beteiligung oder eigene Aktivität zum Frauentag verboten.

Aber dieses Verbot hatte nicht nur nichts genützt, sondern es hat bewirkt, daß die DGB-Gewerkschafterinnen den Frauentag nun erst recht begingen, so kämpferisch und aktiv wie schon seit vielen Jahren nicht mehr. Zudem hagelte es danach über das ganze Jahr über Protesterklärungen aller möglichen gewerkschaftlichen Gremien bis hinauf zu Gewerkschaftskongressen.

Mit Grausen sahen daher die Damen und Herren Bonzen im Bundesvorstand den 8. März '81 näher und näher rücken. Mit einem Verbot war, wie sich gezeigt hatte, kein Blumentopf zu gewinnen. Was tun? sprach Zeus bzw. Heinz Oskar. Denn guter Rat war teuer.

Inzwischen liegt das Ergebnis schwerster Gedankenarbeit aus der Düsseldorfer DGB-Spitze schwarz auf weiß vor: ein Rundschreiben des DGB-Bundesvorstands an alle Vorstände der 17 Einzelgewerkschaften. Wir möchten es unseren Lesern wegen seines nahezu genialen Inhalts nicht vorenthalten und drucken es im Wortlaut ab:

„In Einzelfällen können auf Beschluß der DGB-Kreisvorstände und im Einvernehmen mit den DGB-Landesbezirken auch am 8. März gewerkschaftliche Veranstaltungen durchgeführt werden, die in der Verantwortung der DGB-Kreisvorstände liegen. Dabei muß es sich um eigenständige gewerkschaftliche Veranstaltungen ohne Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen handeln. Es ist darauf zu achten, daß interessierte politische Gruppierungen die DGB-eigenen Veranstaltungen nicht mißbrauchen können. Wir bitten um Kenntnisnahme und Beachtung.“

Donnerwetter! Da hat der Vetter aber mal wieder seine Führungsqualitäten unter Beweis gestellt. Jeder Kreisvorstand weiß jetzt genau, was er zu tun und zu lassen hat, es sei denn, er ist sich nicht schlüssig, ob er sich nun zu den „Einzelfällen“ rechnen darf oder nicht. Aber da genügt ja dann ein Anruf in Düsseldorf: „Heinz Oskar, sind wir ein Einzelfall?“

Ist man einer, dann gilt es nur noch, geschickt zu verhindern, daß irgendwelche „anderen gesellschaftlichen Gruppen“ sich heimtückisch in die „DGB-eigenen“ Veranstaltungen einschleichen können (vermutlich meint Heinz Oskar damit: Männer, Kernkraftgegner, Rentner, Zwitter, Vorbestrafte, Ausländer, Bauern, Nichtgewerkschaftsmitglieder, Strauß-Gegner und sonstige unberechenbare Elemente).

Allerdings gibt es nun leider auch bei den weiblichen DGB-Mitgliedern die kommunistische Unterwanderung (trotz Vetters unerschütterlichem Kampf dagegen). Deshalb droht selbst dann ein Mißbrauch der „DGB-eigenen“ Veranstaltungen, wenn die obengenannten „anderen gesellschaftlichen Gruppen“ erfolgreich ferngehalten werden können. Die Nichteinhaltung des Beteiligungsverbotes am letzten 8. März durch die DGB-Frauen beweist das nur zu deutlich!

Deshalb ist das DGB-Eigentum an Veranstaltungen zum Frauentag auch in dieser Beziehung sorgfältig zu schützen!

Wie das zu machen ist? Ganz einfach: Zusätzlich zur Eintrittskarte muß jede Besucherin ein politisches Leumundszeugnis vom Verfassungsschutz vorweisen. Damit wäre das Risiko eines Mißbrauchs sicherlich auf ein Minimum reduziert!

Außerdem halten wir auch einen Vorschlag für bedenkenswert, den die Zeitung „Die Neue“ in diesem Zusammenhang gemacht hat: „Die Feier müßte an einem geheimen Ort, im Dunkeln oder mindestens bei geschlossenen Fensterläden, möglichst ohne Musik stattfinden. Und jede Teilnehmerin müßte zu strengstem Stillschweigen verpflichtet werden, bzw. darf erst am nächsten 8. März darüber berichten.“

Nach dreitägigem Türkei-Aufenthalt:

Kluncker verteidigt die faschistische Militärdiktatur!

Skandalöse Stellungnahme des ÖTV-Vorsitzenden

STUTTGART. — Am Donnerstag vergangener Woche nahm der ÖTV-Vorsitzende Kluncker — von einem dreitägigen Aufenthalt in der Türkei zurückgekehrt — in skandalöser Weise zu dem dort herrschenden faschistischen Regime Stellung. In kaum verhüllter Form verteidigte der Gewerkschaftsführer das Regime und seinen faschistischen Terror und bescheinigte den Putschgeneralen „demokratische Absichten“.

Kluncker hatte das Land, das unter dem Joch einer faschistischen Diktautr stöhnt, in seiner Eigenschaft als Präsident der „Internationale der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes“ besucht. Schon dies bedeutet faktisch eine politisch-moralische Unterstützung des Regimes, dessen blutige faschistische Fratze seit der Machtergreifung der Putschgenerale im September vergangenen Jahres immer deutlicher sichtbar geworden ist.

Beinahe 100000 Menschen wurden seit dem Putsch aus politischen Gründen verhaftet. Die fortschrittliche Gewerkschaft DISK wurde verboten, 600 ihrer Funktionäre verhaftet. Und sogar die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit der unter faschistischer Führung stehenden Gewerkschaft Türk-Is ist weitgehend eingeschränkt. Das Streikrecht ist beseitigt. Die Presse geknebelt. Nicht nur jede revolutionäre Zeitung sondern auch jede kritische bürgerliche Zeitung wird inzwischen verboten.

Der blutige Terror des Regimes konzentriert sich vor allem auf die revolutionäre Arbeiterbewegung und die demokratischen und antiimperialistischen Organisationen. Seit dem Militärputsch wurden über 100 Todesurteile verhängt, wurden hunderte von Demokraten und Revolutionären durch das Regime ermordet bzw. in den Gefängnissen zu Tode gefoltert, wurde der 17jährige Erdal Eren wegen seiner revolutionären Gesinnung zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Kluncker sah sich zwar angesichts der Verurteilung des türkischen Putschregimes durch viele Gremien und Gewerkschaftstage der DGB-Gewerkschaften zu ein paar kritischen Bemerkungen über „Menschenrechtsverletzungen“ in der Türkei genötigt. Aber im wesentlichen verteidigte er die faschistische Diktatur! So heißt es in der „Frankfurter Rundschau“ vom 16. Januar 1981 zu seiner Stellungnahme:

„Zugleich gab er aber offenbar zustimmend die Einschätzung seiner türkischen Gesprächspartner wieder, daß das Land vor dem Eingreifen der Armee Ende September 1980 unregierbar gewesen sei und offener Terror auf den Straßen wieder ausbrechen würde, falls sich die Militärs ohne politisch-parlamentarische Vorbereitung plötzlich wieder von der Macht zurückzögen.“

Seine Gesprächspartner, darunter die früheren Ministerpräsidenten Ecevit und Demirel hätten ihm ihre Überzeugung versichert, daß die Armee die Rückkehr zur Demokratie anstrebe, erklärte der ÖTV-Boß. Außerdem habe das Regime *„Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen ausdrücklich bedauert und bereits auch exemplarische Strafen“* über verantwortliche Personen verhängt. Der Terror in der Türkei sei durch die Machtergreifung der Militärs nahezu überwunden und *„weite Teile des Volkes begrüßten dessen Ende mehr als das Fehlen politisch-parlamentarischer Freiheiten feststellten.“*

Zynisch wird hier eine faschistische Diktatur über das Volk von einem DGB-Führer gerechtfertigt, wird vom „Ende des Terrors“ gesprochen, während das Regime tagtäglich fortschrittliche Oppositionelle foltern und ermorden läßt. Kluncker verbirgt kaum seine Ansicht, daß dieser Terror berechtigt und anerkennenswert sei. So bezeichnete er *„die Wiederherstellung staatlicher Autorität“* als die wichtigste Voraussetzung für eine „Rückkehr des Landes zur Demokratie“.

Klunckers Stellungnahme ist ein gewerkschaftspolitischer Skandal ersten Ranges! Nicht nur, weil der ÖTV-Chef der internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung einen Schlag mitten ins Gesicht versetzt. Man muß sich darüber im klaren sein, daß Klunckers Rechtfertigungsargumente für die faschistische Militärdiktatur in der Türkei genausogut in einer zugespitzten Krisensituation in unserem eigenen Land die „Notwendigkeit“ einer faschistischen Diktatur „beweisen“ würden!

Es ist die Pflicht aller fortschrittlichen Kollegen im DGB, dafür einzutreten, daß Klunckers skandalöse Haltung angemessene Konsequenzen findet!

SEW-Schläger gegen Antifaschisten

Ehre dem Andenken Celalettin Kesims

WESTBERLIN.— Vor einem Jahr wurde der türkische Antifaschist Celalettin Kesim von Faschisten aus der Türkei umgebracht. Seine Mörder wurden von der Westberliner Justiz nicht oder nur sehr milde bestraft (siehe RM 1/81). Aus diesem Anlaß fand am 10. Januar in Westberlin eine Demonstration statt.



Aufstellung Kottbusser Damm/Maybachufer

An dieser Demonstration beteiligten sich auch die KPD und die VOLKSFRONT. In einem Flugblatt haben die Berliner Genossen scharf dagegen protestiert, daß die Mörder Celalettins im wesentlichen unbehelligt bleiben. Sie stellen das Urteil in dem Verfahren gegen zwei (von etwa 60!) Tätern in eine Reihe mit der von der bundesdeutschen Justiz betriebenen Schonung der Nazi-Terroristen und führen weitere Beispiele aus Westberlin an:

„ • In der letzten Woche wurde der Nazi Ralph Ollmann, Mitglied der ‚NSDAP‘ und ehemaliger ‚Gauleiter‘ der Wiking-Jugend Berlin, vom Vorwurf freigesprochen, verbotene Schriften zur Verbreitung faschistischer Ideen in Besitz gehabt zu haben. Seine ‚Verteidigung‘: Er habe vom Vorhandensein dieser Schriften in den Räumen der Wiking-Jugend ‚nichts gewußt‘! Derselbe Ollmann hat jedoch schon mal 21 Monate wegen Schändung eines jüdischen Friedhofs im Gefängnis gesessen.

• Gegen die Jugendlichen, die den türkischen Fußballverein FC Göztepe überfielen, wurde nichts unternommen.

• usw. usf. (...)“

Bei der Demonstration trat einmal mehr die Spaltertätigkeit der SEW-Revisionisten zutage, diesmal unterstützt von türkischen Revisionisten. Sie dokumentierten ihr Desinteresse an einer starken antifaschistischen Front, indem sie mit allen Mitteln die Teilnahme der VOLKSFRONT am Zuge zu verhindern versuchten. VOLKSFRONTlern wurden Flugblätter entrissen, ein Transparent wurde von einer Ordnerkette abgedrängt, Schlägereien sollten provoziert werden und ähnliches. Ein wahrhaft unwürdiges Schauspiel, über das sich die „Grauen Wölfe“ nur gefreut haben werden.

Die Berliner Genossen werden anhand von Fotos vor den Westberliner antifaschistischen Gruppen und der antifaschistischen Öffentlichkeit diese Spaltertätigkeit der SEW bloßlegen, um die Verantwortlichen zu isolieren. „Wir haben uns auf der Demonstration nicht provozieren lassen“, schreiben sie, „und wir werden weiterhin die Einheit im Kampf gegen die „Grauen Wölfe“ anstreben.“



SEW-Provokateur

Günter Zint wegen Foto von BGS-Offizier verwarnt

Pressefreiheit eingeschränkt

FRANKFURT.— Eine neue Einschränkung der freien Presseberichterstattung nahm am 12. Januar das Frankfurter Amtsgericht vor. Der Hamburger Pressefotograf Günter Zint wurde verwarnt, weil er ohne Genehmigung ein Portraitfoto eines Bundesgrenzschutz-Oberstabsmeisters gemacht und veröffentlicht hatte. Es zeigt den Beamten im Einsatz bei einer Anti-Kernkraft-Demonstration in Gorleben, wo er als Leiter einer „Dokumentationstruppe“ des BGS massenweise Demonstranten fotografierte.

Seine Weisung war angeblich, „Täter bei strafrechtlichen Handlungen zu fotografieren“; Tatsache ist, daß er unentwegt am Filmen und Fotografieren war. Tatsache ist auch, daß solche Filme und Fotos nicht nur bei sogenannten Straftaten Verwendung finden, sondern in die Datenzentralen der Bundesbehörden eingehen. Tatsache ist weiterhin, daß keiner der Demonstranten vorher gefragt wurde und sein „Recht auf das eigene Bild“ geltend machen kann, das dem Grenzschützer jetzt zugesprochen wurde.

Dabei ist doch klar, daß der Einsatz uniformierter Polizisten bei einer Demonstration, der öffentliche Einsatz staatlicher Macht, Gegenstand des öffentlichen Interesses ist.

In einer Presseerklärung der „Interessengemeinschaft Hamburger Pressefotografen“, die vor Prozeßbeginn veröffentlicht wurde, heißt es deshalb zu dem Verfahren gegen Zint:

„...Man hat aufgrund der Anzeige des Leiters der Film- und Foto-Dokumentationsgruppe das Strafverfahren eingeleitet und will nun am 5.1.1981 klären, ob sein Recht am eigenen Bild in Uniform, mit zwei aus Steuermitteln bezahlten Kameras vor der Brust, laut §§ 22/23 KUG schützenswert ist.

Der Prozeß ist für alle in der Bundesrepublik arbeitenden Pressefotografen von großer Bedeutung. Der Ausgang des Prozesses wird mit darüber entscheiden, wie riskant es künftig ist, eine Kamera während eines Auftretens der Staatsgewalt zu benutzen. (...)“

Es wird offenbar immer riskanter! Denn der Fall Zint ist ja nicht das erste Beispiel für diese Art der Einschränkung der Pressefreiheit. Der Staat will offenbar bei zukünftigen Polizeieinsätzen seine Handlanger von vornherein den Augen der Öffentlichkeit entziehen, um sie vor dem Erkennen und einer späteren Strafverfolgung — die oft genug angebracht wäre — zu entziehen. Manche Polizisten greifen da allerdings schon zu „Selbstschutzmaßnahmen“ und prügeln nur mit geschwärzten Gesichtern...

Die Verwarnung Günter Zints bedeutet eine Geldstrafe von 300 Mark „auf Bewährung“ — sie wird fällig, wenn Zint innerhalb der Bewährungsfrist von zwei Jahren wieder „straffällig“ wird, d.h., wenn er seinen Beruf weiter uneingeschränkt ausübt. Das im Besitz Zints befindliche Negativ sowie weitere Abzüge des Fotos von dem Grenzschützer — er heißt übrigens Alfons Panske — sind durch einen schwarzen Querbalken am Kopf unbrauchbar zu machen.



Auflage: Schwarzer Querbalken

Solidarität mit Christian Sigrist

Veranstaltung zum Prozeßbeginn

MÜNSTER.— Eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Münsteraner Professor Sigrist, der wegen Beleidigung der Duisburger Polizei vor Gericht steht, weil er sie öffentlich für den Tod des kommunistischen Arbeiters Günter Routhier verantwortlich gemacht hat, bildete am 13.1. den Auftakt einer Reihe von Aktivitäten demokratischer Kreise, die diesen Prozeß begleiten und zur Aufklärung der Öffentlichkeit dienen.

Christian Sigrist stellte ausführlich dar, wie es zu dem Verfahren gegen ihn gekommen war und welche Maßnahmen gegen ihn ergriffen wurden, weil er sich nicht davon abbringen ließ, die Wahrheit über den brutalen Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht 1974 zu sagen. (Siehe dazu RM 3/81). Er bekräftigte seine Entschlossenheit, zu einer gerichtlichen Aufklärung des Falles beizutragen, da nun erstmals die Gelegenheit zu einer Beweisführung über die damaligen Geschehnisse besteht.

Es sprach an diesem Abend auch Professor Schneider, gegen den in der gleichen Angelegenheit ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden war, das allerdings vor kurzen aufgehoben werden mußte.

Kurz vor Schluß der Veranstaltung ging dann der Genosse Hanfried Brenner ans Mikrophon. Hanfrieds Klage gegen die Firma Mannesmann, die ihn im Anschluß an einen sogenannten wilden Streik gekündigt hatte, war der Anlaß zu dem Arbeitsgerichtsprozeß gewesen, der nach Protesten der Zuschauer gegen die kapitalistenhörige Justiz durch den besagten Polizeieinsatz, bei dem Genosse Günter schwer mißhandelt wurde, ein jähes Ende fand. Hanfried zeigte vor allem auf, daß hier kein Ausrutscher passiert war, sondern daß die Gewalt der Polizei gegen die Arbeiter ein Bestandteil der kapitalistischen Ordnung ist.

Die Rote Hilfe Deutschlands, die die Hauptarbeit zur Unterstützung der in den „Routhier-Prozessen“ Verfolgten geleistet hat, war auf der Veranstaltung zugegen. Sie informierte mit einem neuen Faltblatt über den Sigrist-Prozeß und die Hilfstätigkeit der RHD.

Wallraff: Weitere Anti-BILD-Prozesse in Vorbereitung

„BILD“-Redakteure verurteilt

FRANKFURT.— Fünf Mitarbeiter der Springerschen BILD-Zeitung wurden am 8. Januar zu Gefängnisstrafen mit Bewährung bzw. Geldstrafen verurteilt. Ein weiterer wurde freigesprochen. Damit ging in erster Instanz (wahrscheinlich werden die meisten Redakteure in die Revision gehen) der Prozeß über den Einbruch der BILD-Reporter bei dem 24jährigen Michael K. zu Ende, der von der BILD-Zeitung in einem reißerischen Bildbericht als „Vampir von Sachsenhausen“, der „Mädchenblut trinkt und aussieht wie Rasputin“ verleumdet wurde.

Vor gut einem Jahr waren die BILD-Reporter Peter Keller und Matthias Beckmann in die Wohnung des unter dem Verdacht des Drogenmißbrauchs verhafteten Michael K. eingebrochen und hatten mehrere Fotos (Michael K.: „Es waren zwischen 60 und 100“) gestohlen. Peter Keller, der gegenüber der Polizei und dem Gericht alles gestanden hatte und inzwischen aus der Redaktion ausschied, war von seinen „Kollegen“, Vorgesetzten und der Springer „Rechts“-Abteilung massiv unter Druck gesetzt worden; schließlich versuchte man, ihm die Alleinschuld in die Schuhe zu schieben.

Flankiert wurde das Verbrechen der Springer-Leute durch eine Pressemitteilung der Polizei über Michael K., die selbst das Gericht als „reißerisch und bedauerlich“ darstellte. M. Beckmann hatte vor Gericht sogar ausgesagt, sie seien von einem „führenden Beamten“ im Frankfurter Polizeipräsidium zu ihrer Tat ermuntert worden: „Wenn ihr was wollt, dann geht doch rein“...

Endlich einmal wurde nun der Lumpenjournalismus der Springer-Presse bestraft. Mit seinem Urteil ging das Frankfurter Gericht noch über die Forderungen der Staatsanwaltschaft hinaus. Freiheitsstrafen mit Bewährung zwischen drei und fünf Monaten erhielten die Reporter Matthias Beckmann, Williy Machen und Ernst-Dieter Dankert, zusätzlich Geldstrafen zwischen 5 000 und 7 000 Mark.

Der ehemalige Leiter der Frankfurter Redaktion, Lothar Schindelbeck, wurde zu acht Monaten und einer Geldbuße von 15 000 Mark wegen Hehlerei verurteilt. Peter Keller muß 4 200 Mark zahlen. Ein weiterer Redakteur, Peter Voss, wurde trotz „erheblichen Verdachtes“ freigesprochen.

Der bekannte Schriftsteller Günter Wallraff bezeichnete diesen Fall als den Beginn einer Reihe von Prozessen, die die von ihm eingerichtete „Gegen-BILD-Stelle“ zur Zeit gegen Springers Hetzblatt vorbereitet. Diese Initiative sammelt Material über BILD und unterstützt Betroffene im Kampf gegen Springer. „Ein gutes Dutzend“ Verfahren sei für die nächste Zeit zu erwarten. Wallraff begrüßte eine zunehmende Ablehnung der BILD-Zeitung und die Weigerung etlicher Journalisten und Schriftsteller, weiter in der Springer-Presse zu schreiben. Das auf die Konten seiner Initiative eingezahlte Geld stellt die Finanzierung der Kampagne sicher, sagte Wallraff. Er wolle weitermachen, „bis es die BILD-Zeitung nicht mehr gibt.“

Doppelmörder Schubert beerdigt

Neue Terrorakte angekündigt

Nazi-Aufmarsch unter den Augen des Verfassungsschutzes

FRANKFURT. — Kurz nach der Dönitz-Beerdigung kam ein weiterer Faschist unter die Erde, diesmal aus der Neo-Nazi-Szene: Am 12. Januar wurde auf dem Waldfriedhof in Oberrad der Doppelmörder Frank Schubert begraben. Diese eigentlich recht erfreuliche Tatsache nahmen seine Kumpane zum Anlaß, wilde Racheschwüre auszustoßen und eine Fortsetzung ihres Terrors anzukündigen.

Etwa 50 Anhänger der faschistischen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“ (VSBD) marschierten in schwarzen Uniformen hinter Nazi-Fahnen zur Friedhofskapelle, wo Schuberts Sarg unter der schwarz-weiß-roten Kaiser- und Nazi-Flagge aufgebahrt war. Der VSBD-Vorsitzende, Friedhelm Busse tobte sich vor seiner Gefolgschaft aus: „Es gilt Schubert zu rächen!“ „Wir lassen uns durch nichts beirren! (...) der Sturm bricht los!“. Mit Hitler-Gruß und „Sieg-Heil“-Rufen begleiteten sie anschließend das Absenken des Sarges. Dieses ganze gespenstische Schauspiel vollzog sich unter den Augen von Beamten des Verfassungsschutzes, ohne, daß hier eingeschritten wurde.

Dieser Aufmarsch wird unsere führenden Politiker und Beamten sicher nicht von ihrer „Einzeltäter“-These abbringen. Der ganze VSBD ist wohl auch keine kriminelle Vereinigung sondern eine zufällige Vereinigung von Einzelpersonen! Wir aber dürfen nicht warten, bis wieder einer dieser „Einzeltäter“ zuschlägt. Wir fordern nachdrücklich das Verbot der VSBD wie aller anderer faschistischen Organisationen und die sofortige Inhaftierung all derer, die heute noch faschistische Propagandareden halten! Je länger der Bonner Staat zu den Untaten der Nazis schweigt, desto höher wird die Blutschuld, die die Bonner Politiker mitzutragen haben und für die sie sich einmal werden verantworten müssen.

Jugendliche kämpfen für Kommunikationszentrum

Volkskorrespondenz aus Detmold

Überall in der Bundesrepublik wehren sich die Menschen gegen die Spekulation mit leerstehenden Wohnungen angesichts großer Wohnungsnot und die Zerstörung von Wohnraum, die von Profitinteressen der Besitzer diktiert wird. In Detmold wurde am Morgen des 12. Januar die leerstehende Klingenbergsche Fabrik von einem riesigen Polizeiaufgebot geräumt und kurz darauf abgerissen. Der Bau war im November 1980 besetzt und in ein Kultur- und Kommunikationszentrum verwandelt worden. Dazu schrieb uns ein Leser aus Detmold:

Wegen „Linker und Krimineller": Regierungspräsident machte mobil

Auf einen Hausbesetzer kamen bei Detmolder Einsatz 6,3 Polizisten

Von Werner Uster

Detmold (lnw). Mit dem Straftatbestand Hausfriedensbruch und der Furcht vor „radikalem Widerstand und Brandstiftung" motivierten der Detmolder Regie- [...] und der Oberkreisdirektor des Kreises Lippe. [...] zur Verkehrsregelung benötigt worden. So hätte von vornherein Widerstand ver- [...]

(...) Die Jugendlichen in Detmold kämpfen schon seit Jahren für ein Haus Selbstverwaltung, in dem die verschiedensten Gruppen einen Raum bekommen könnten, wie zum Beispiel politische Jugendgruppen, Arbeitervereine, Seniorenvereine (...). So war die Besetzung auch ein entscheidender Schritt, um dadurch auch mehr Druck auf Stadtrat und Regierungs- bzw. Kreisstellen auszuüben. Vielen Jugendlichen ist in diesem Kampf klarer geworden, daß von den verantwortlichen Stellen nichts zu erwarten ist, wenn man in Ruhe abwartet. Durch die Besetzung wurden sie zum Teil ganz schön in die Enge getrieben. Sie mußten offen zugeben, daß sie für unsere Bedürfnisse kein Geld ausgeben, dafür aber pompöse Kreisverwaltungsgebäude für über 100 Millionen Mark bauen wollen, die gar nicht nötig sind.

Mit der Räumung durch mehrere Hundertschaften (!!!) ist für viele der Kampf jedoch nicht beendet. Er geht weiter: „Für ein unabhängiges Kommunikationszentrum!"

Bemerkenswert ist auch die Berichterstattung in der Presse: zuerst relativ objektiv, wurde schon nach ein paar Tagen klar, auf wessen Seite sie steht und wer dahinter steckt: der Regierungspräsident!

Polizei gegen Kultur und Kommunikation

Milde Strafe für Jung-Nazi

Volkskorrespondenz aus Bremen

Am 7.1. ging ich zu einem Jugendgerichtsprozeß.

Vor ca. zwei Jahren wurden im Buchladen Roter Morgen Scheiben eingeschlagen, Material gestohlen und faschistische Schmierereien angebracht. Der Aufmerksamkeit von Nachbarn war es zu verdanken, daß der Täter gefaßt wurde.

Ich dachte erst, da ist so ein armer Junge in diese Sache reingeschlittert. Er tat mir leid. Doch was dann passierte, war unglaublich: Zunächst ging es in dem Prozeß nur um den Einbruch. Der Richter erwähnte mit keinem Wort die Schmierereien. Warum machte er das nicht? War das denn nicht wichtig?

Der Richter wollte offensichtlich darauf hinaus, daß der Junge keine nennenswerte Tat begangen hat und mit einer möglichst geringen Strafe da raus kommen soll. Doch dann war der Staatsanwalt dran. Da kam raus, der Junge ist in der NRAF, einer terroristischen, faschistischen Organisation. Es wurde klar: dem ist ganz bewußt, was er da macht. Er ist offensichtlich ein überzeugter Faschist. Wegen faschistischer Aktionen hat er verschiedene Verfahren laufen, und der Staatsanwaltschaft bemühte sich, diesem Jungen schädliche Neigungen nachzuweisen, nachzuweisen, daß er Volksverhetzung begeht, daß er rassistisches, neonazistisches Gedankengut vertritt und verbreitet. Er forderte die Mindeststrafe nach dem Jugendstrafgesetz.

Der Jungfaschist wurde immer unruhiger, und auch dem Richter schien das nicht zu passen: er bekam ein ganz krauses Gesicht, er mußte sich beraten. Wir mußten für eine Zeit den Raum verlassen. Wir waren empört, weil das Gericht offensichtlich bemüht war, diese neofaschistischen Aktivitäten des Jungen herunterzuspielen. Nun waren wir gespannt, was das Gericht für ein Urteil erläßt.

Wir warteten alle auf den Staatsanwalt, er verspätete sich erheblich, eilte ins Zimmer und beantragte, noch mal in die Beweisaufnahme zu treten. Er hätte einen Brief erhalten aus Lüneburg (wo auch ein Verfahren gegen diesen Jungen läuft); das Gericht in Lüneburg hat einen Brief des Jungens beschlagnahmt, und den wollte der Staatsanwalt vorlesen. Es war ein Brief, gespickt mit Hakenkreuzen und SS-Runen, gespickt mit faschistischem, neofaschistischem Vokabular.

In diesem Brief bat er seine Kameraden, „die Anklageschrift nochmal durchzugehen", denn „das Judenpack hätte sich wohl was ausgedacht mit ihm". „Es wäre an der Zeit, daß sie wieder die Herren seien", „die Schweine von heute, sind die Schinken von morgen", „Was gibt es für ein Geräusch, wenn man einem Türken das Genick umdreht".

Wir waren empört, uns wurde übel. Das war nun ja wohl endgültig der Beweis der Gesinnung dieses Bürschchens! Und was passierte? Das Urteil lautete: drei Wochen Jugendarrest!

Also: verharmlosender kann man da wohl nicht reagieren! Was wohl passiert wäre, käme dieser Junge aus der linken Ecke! Ob der auch so glimpflich davon gekommen wäre?

Dieser Junge heißt Peter Fabel, er ist Anfang 20, arbeitet bei Klöckner. Er wohnt in Bremen-Walle.

Demonstration gegen Graue Wölfe

Korrespondenz aus Mannheim

Am Samstag, den 10. Januar, fand in Mannheim eine Demonstration gegen eine Kulturveranstaltung der Grauen Wölfe statt. Die faschistische Veranstaltung, die in einem Kino stattfand, wurde erst einige Tage vorher bekannt. Kurz danach bildete sich ein Komitee, um die Aktionen gegen die Faschisten vorzubereiten. Abends sammelten sich am Marktplatz ca. 600 Antifaschisten verschiedener deutscher und türkischer Organisationen. Um das Versammlungslokal der Faschisten zog die Polizei eine Bannmeile und riegelte das Gebiet hermetisch ab. In den Seitenstraßen waren noch zwei Hundertschaften versteckt. Die Demonstration, die sehr diszipliniert und kämpferisch ablief, forderte das Verbot aller deutschen und ausländischen faschistischen Organisationen, sowie die Einstellung der Türkei-Hilfe. Auf der Abschlußkundgebung, wo auch der Kreisvorsitzende der VOLKSFRONT noch einmal diese Forderungen bekräftigte, äußerten sich die Vertreter zufrieden über die breite Aktionseinheit und bezeichneten sie als einen Anfang zu einer Einheitsfront über die Grenzen von Weltanschauungen hinweg.

Einige Ansätze von Provokationen von seiten Mannheimer Anarchisten wurden im Keim erstickt.

Interessant war das Verhalten der Revisionisten, die in Mannheim sehr stark vertreten sind. Trotz eines Aufrufs in der lokalen Presse unterstützen sie diesen Kampf nicht, abgesehen von Beobachtern vom MSB und VVN, die aus großer Distanz die Demonstration beobachteten. Ein auf der Demonstration anwesender DKP-Betriebsrat war sehr erzürnt über das Verhalten seiner Partei, daß sie an dem Kampf gegen die türkischen Faschisten nicht teilnahm.

Abschließend ist zu sagen, daß diese Aktion ein guter Anfang zu einer breiten antifaschistischen Einheitsfront war, die einen vorläufigen Höhepunkt am Kampftag gegen Reaktion und Faschismus haben soll. Die Partei, deren Genossen sich in den Block von Halkin Kurtulusu einreihten, ist sehr zuversichtlich über die Entstehung einer breiten Einheitsfront in Mannheim.

Einladung zum Wochenend-Seminar der Roten Garde / Rheinland vom 6. bis 8. Februar 1981

Thema:

Wir heizen Bossen und Bonzen ein — unsere Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft

Auf diesem Seminar wollen wir vier Arbeitsgruppen bilden zu den Bereichen Metall, Druck, Chemie und Öffentlicher Dienst. In diesen Gruppen können Erfahrungen ausgetauscht und Fragen besprochen werden, wie zum Beispiel was können wir in unserer DGB-Jugendgruppe machen, lohnt es sich, betriebliche Gewerkschaftsjugendgruppen aufzubauen, wie kann man einem lahmen Jugendsekretär oder Jugendvertreter Dampf machen, was sagen wir zur Tarifrunde usw.?

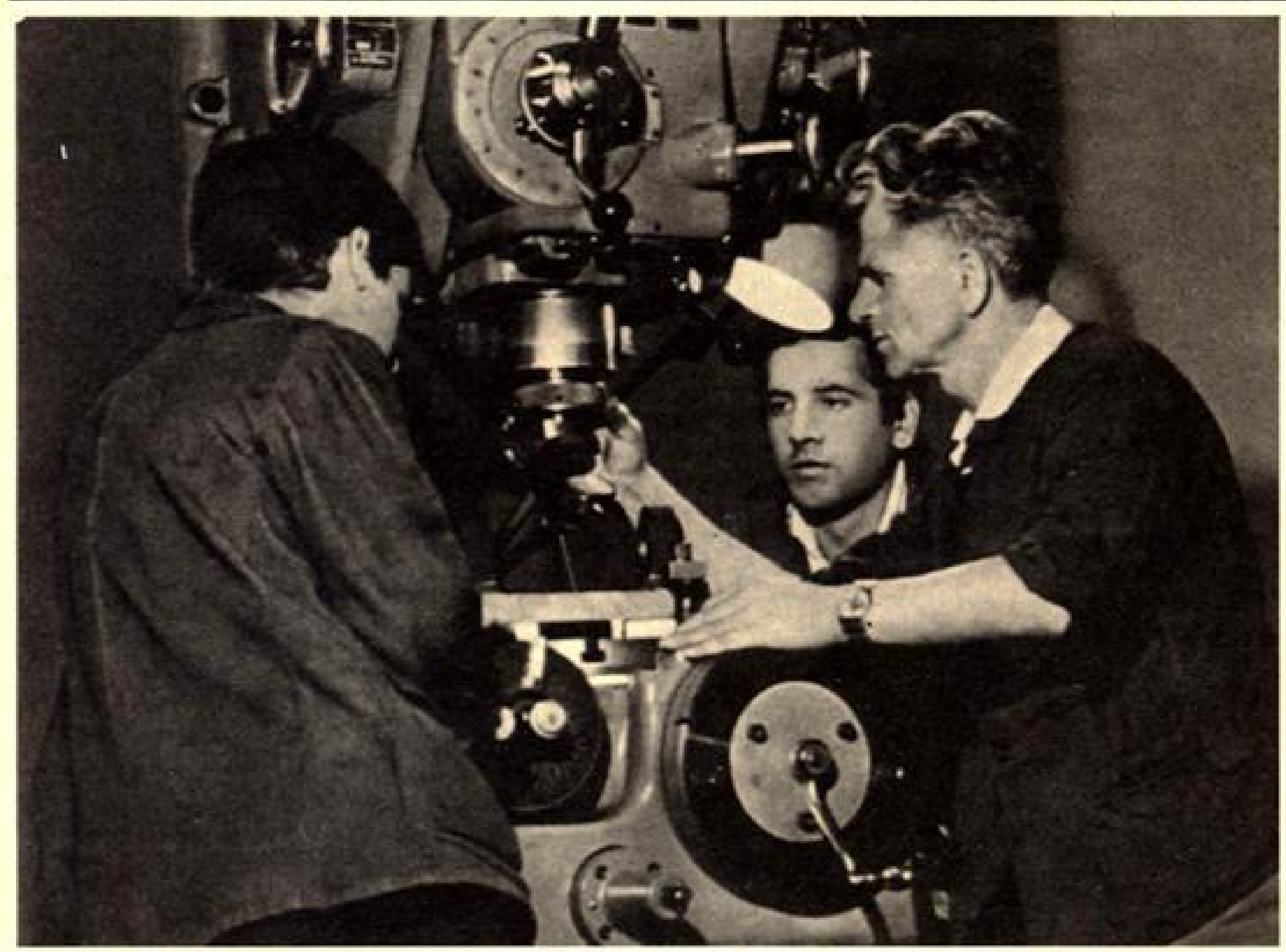
Für alle gibts dann noch eine Diskussionsrunde mit **Thomas Scheffer** zum Thema: DGB-Apparat: Wo ist der braune Fleck auf der Weste? Ein bischen dazu, wie der DGB entstanden ist und worüber der DGB **nicht** spricht.

Außerdem brandaktuell: Ein Jugend-Delegierter berichtet vom RGO-Kongreß.

In Vorbereitung: Mal wieder 'ne richtige Fete und eine Radtour am Rhein für Unentwegte.

Zu diesem Seminar, das in einer Jugendherberge in der Nähe von Düsseldorf stattfindet, möchten wir auch Freunde und Genossen der angrenzenden Landesverbände herzlich einladen.

Nähere Informationen und verbindliche Anmeldungen (bis spätestens zum 2.2.) bei Rosenow, Ludwigstr. 21, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211 / 21 27 69.



Jugendliche lernen aus der Erfahrung des Helden der Sozialistischen Arbeit, Abdyl Karakashi

Der Meister

Der Meister beobachtete von weitem den jungen Arbeiter, der anscheinend konzentriert an der Fertigung des Modells für das Werkstück arbeitete. Er war sehr aufmerksam und sorgfältig bei der Sache. Der Meister kam näher, legte die Hand auf seine Schultern und lächelte ihm zu:

„Wie geht die Arbeit, Gani?"

„Gut, Meister."

Gani blickte Abdyl Karakashin mit Respekt und liebevoll an, diesen robusten Mann mit dem grauen Haar. Er ist ein ruhiger, herzlicher Mensch, ein Meister in vielen Berufen. Wenn er Werkstücke und verschiedene Anlagen für Maschinen plant, arbeitet er selbst an der Fräse, da er sich dort perfekt auskennt, bearbeitet das Werkstück weiter am Drehstuhl, geht von einer Maschine zur anderen. Er ist mit dem Werk, dem Auto- und Traktorenkombinat „Enver Hoxha" in Tirana sozusagen aufgewachsen.

Abdyl entfernte sich zufrieden von Gani. In der Nähe arbeiteten gerade einige junge Mädchen an der Fertigung von Formen für Kolben. Dazu hatten neue Modelle in verschiedenen Größen angefertigt werden müssen, insgesamt 42. Die Zeit war knapp gewesen, der Plan mußte eingehalten werden. Abdyl hatte sich damals verpflichtet, die Skizzen der neuen Modelle auszuarbeiten. Er hatte sich stundenlang in der Abteilung oder in dem mit Neonlampen beleuchteten großen Büro aufgehalten, jeden Tag bis tief in die Nacht, bis alle Skizzen und Planungen fertiggestellt waren. Und nun beschäftigten sich gerade jene jungen Mädchen mit der Herstellung der Werkstücke. Die Arbeit ging gut. Der Meister hatte zusammen mit den anderen Arbeitern hart arbeiten müssen, um das zu erreichen.

Seine Hilfe wird überall gebraucht, und er zeigt sich immer bereit, dort zu sein, wo es am meisten Schwierigkeiten gibt. Die Kollegen von Abdyl zählen Hunderte von Skizzen und Planungen auf, die durch seine Hände gingen. Er war es, der alle Werkstücke, Anlagen und die verschiedenen Geräte für den ersten albanischen Kühlschrank, für die schweren Transporter des Wasserkraftwerks „Licht der Partei" in Fierza, für die verschiedenen Werkstücke für den Motor unseres ersten Traktors ausarbeitete...

Vor einiger Zeit meldete sich bei ihm der Leiter der Treibhäuser des landwirtschaftlichen Betriebs von Sukth im Bezirk Durrës. Dort bestand die Gefahr, daß die Pflanzen durch eine defekte Benzinpumpe beschädigt wurden. Es war Februar mit starkem Frost und viel Wind. Kein einziges Einsatzteil für eine solche Pumpe war vorhanden. Deswegen fuhr der Leiter des landwirtschaftlichen Betriebs nach Tirana.

Abdyl hörte ihm aufmerksam zu. Bald war Feierabend. Es fiel ihm ein, daß er genau an diesem Tag in die höhere Kunstschule „Jordan Misja" gehen wollte, um seine Tochter zu hören, die dort eine Klavierausbildung bekam. Aber da war nichts zu machen. Er mußte auf jeden Fall nach Sukth fahren. Aufmerksam sah er sich dort die Pumpe an. Sie war sehr kompliziert und bestand aus vielen Einzelteilen, deren Herstellung sehr schwierig war: Nach kurzer Zeit sagte er:

„Wir werden eine neue Pumpe machen, Marke: albanisch, damit die Pflanzen in den Treibhäusern nicht noch mal gefährdet werden."

Die Anwesenden blickten einander an. Wie lange würde wohl ihre Herstellung dauern? Einige Tage könnten sie warten, aber mehr...? Als ob er ihre Sorgen erraten hätte, erklärte ihnen Abdyl:

„Die Pumpe stellen wir innerhalb einer kurzen Zeit her."

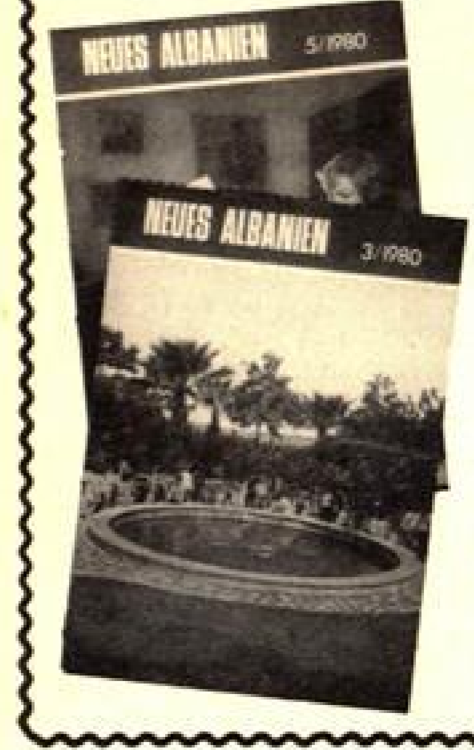
Der Versuch, das gegebene Wort zu halten, kostete ihn viele schlaflose Nächte. Auch seine Kollegen waren damit beschäftigt. Wie oft saßen sie über einer Zeichnung, über einem Werkstück und diskutierten sie, wie oft mußten sie die Arbeit von vorne aufnehmen, um den Fehler zu finden und ihn zu verbessern.

Nach einer Woche war alles bereit. Abdyl fuhr zusammen mit einem Ingenieur nach Durrës. Die erste Probe mußte an Ort und Stelle durchgeführt werden. Und sie klappte.

Er kam spät am Abend nach Hause. Seine große Tochter, Anila, schlief bereits. Ihre Partituren waren vom Sofa heruntergefallen. Abdyl beugte sich, hob sie auf und legte sie vorsichtig auf den Tisch. Für einen Augenblick betrachtete er seine Tochter. Unwillkürlich wanderten seine Gedanken zu seiner Kindheit. Sie war sehr traurig und düster. Zur Zeit der italienischen Besatzung verkaufte er Zigaretten an einer Straßenbiegung, um sich sein tägliches Brot zu verdienen. Erst nach der Befreiung standen ihm die Wege des Lebens offen. Als Arbeiter im Enver-Werk war er gleichzeitig auch ein ausgezeichneter Turner. Und auch hier hat er den Titel: Meister (des Sports). Eines Tages ernannte man ihn zum Vorarbeiter der Abteilung. Aber diese Aufgabe bereitete ihm Schwierigkeiten. Es fehlte ihm an Wissen.

„Ich bin Kommunist", dachte er, „um gut zu leiten, muß ich mehr wissen. Ich brauche eine Hochschulausbildung." Und er wählte die Fakultät für Ingenieurwissenschaften. Er studierte am Abend, ohne seine berufliche Tätigkeit zu unterbrechen. Doch der Titel Ingenieur verlangt von ihm, ständig zu studieren, da der Hochschulabschluß nur der Anfang auf dem Weg in die Geheimnisse des Berufes ist.

Im November vergangenen Jahres, am Vorabend des 35. Jahrestages der Befreiung des Vaterlandes erlebt Abdyl Karakashi eine unbeschreibliche Freude: Das Präsidium der Volksversammlung der SVRA verlieh im den höchsten Ehrentitel — Held der sozialistischen Arbeit.



Die auf dieser Seite veröffentlichten Reportagen stammen aus den letzten Nummern der Zeitschrift „Neues Albanien". Diese in Tirana herausgegebene Zeitschrift informiert mit anschaulichen Berichten und vielen Bildern über das Leben im sozialistischen Albanien. Jeder, der über die stürmische Entwicklung Albaniens auf dem laufenden bleiben will, sollte diese Zeitschrift abonnieren.

„Neues Albanien" erscheint sechs Mal im Jahr. Einzelpreis 2,— Mark. Jahresabonnement (incl. Porto) 10,25 Mark. Probehefte und Bestellungen: DAFG, Postfach 19-76 22, 2000 Hamburg 19.

Das Krankenblatt Nr. 528 ...

Im Dorf Vuksanaj, im entlegenen Berggebiet von Dukagjin im Norden Albaniens war alles verschneit. Obwohl der Schnee in diesem Alpengebiet ständiger Gast ist, finden die Kinder doch immer ihr Vergnügen an ihm. An jenem Januartag spielte auch Rita Ulaj voll Freude mit ihren gleichaltrigen Freundinnen. Sie hatten Winteferien und spielten ganz sorglos. Doch plötzlich überfiel das Mädchen eine Schwäche in den Beinen. Mit der Hilfe ihrer Freundinnen konnte sie gerade noch nach Hause kommen.

— Mutti, ich kann nicht mehr gehen...

Drania kam näher und musterte die Beine. Alle kannten Rita als das lebhafteste und heiterste Mädchen. Normalerweise geht sie nicht, sie läuft. Daher dachte die Mutter, sie sei gestürzt, wolle es aber nicht zugeben. Doch konnte die Mutter keine Verletzung an den Beinen ihrer Tochter feststellen. Drania hat eine dreijährige Hebammenschule besucht und versteht etwas von der Medizin.

Das Kind wurde in das naheliegende Krankenhaus von Breg-Lum gebracht. Nachdem der Arzt es untersucht hatte, sagte er zu dessen Eltern:

— Das Kind muß in das Krankenhaus von Shkodra. Ich werde dort anrufen, damit sie einen Krankenwagen hierher schicken.

Am Tag darauf lag die Kranke im Krankenhaus dieser Stadt. Doch ihr Zustand verschlechterte sich immer mehr; sie konnte nur noch schwer atmen, das Gesicht wurde täglich bleicher, und jetzt konnte sie auch die Hände nicht mehr bewegen.

Einen Tag später lag das Mädchen in einem Kinderkrankenhaus in Tirana. Die kleine Patientin befand sich ineinem sehr kritischen Zustand, so daß bei der sofortigen Beratung der Ärzte beschlossen wurde, einen Luftröhrenschnitt vorzunehmen und das Mädchen auf der Intensivstation zu behandeln.

Trotz der aufmunternden Worte der Ärzte begriffen ihre Eltern, daß sich ihr Kind in den Klauen des Todes befand.

Seither sind drei Monate vergangen. Rita Ulaj liegt immer noch in diesem Krankenhaus. Dem Luftröhrenschnitt folgten zahlreiche andere ärztliche Behandlungen. Wenn wir im Krankenblatt 528 dieses Mädchens blättern, so scheint es uns, als ob wir in einem Tagebuch blättern, in dem es um die Wiederbelebung eines 12jährigen Kindes geht. Hinter den knappen Sätzen verbirgt sich die große Fürsorge, die man bei uns für das Leben des Menschen zeigt: 25. Januar, 20.00 Uhr: Der Zustand des Kindes ist kritisch, es kann noch schwer atmen..., 21.00 Uhr: Nach dem Luftröhrenschnitt scheint das Kind ruhig, gutes Atmen. 21.30 Uhr: 39°C...23.00 Uhr: es ist ruhiger...24.00 Uhr: Im Schlaf hat sie 37,7°C Temperatur.

Solche Aufzeichnungen können wir in diesem Krankenblatt für jeden Tag, für jede kurze Zeitspanne finden. Sie sehen einer Kurve ähnlich, die zunächst steigt und sinkt, und dann ihre Normallage findet, was den verbesserten Gesundheitszustand der Kranken widerspiegelt.

Außerdem gehen aus diesen Aufzeichnungen auch die angewendeten Arzneien hervor. Sie sind zahlreich. Hier erfahren wir sogar die Speisekarte der Kranken. Auf jeder Seite steht: „Das Essen nach den Wünschen des Kindes richten".

Am 6. Februar tritt im Krankenblatt an die Stelle des „der Zustand ist weiterhin kritisch" der Satz: „Der Zustand ist mittelmäßig, ohne Fiber".

Ende April, nach drei Monaten ärztlicher Behandlung, beginnt Rita selbst zu essen, zu lachen und Scherze zu machen.

Während dieser ganzen Zeit ist auch die Mutter von Rita, Drania, hier im Krankenhaus. In den Kinderkrankenhäusern gibt es Mütterzimmer, wo jene Frauen wohnen, die Säuglinge oder schwerkranke Kinder im Krankenhaus haben. Hier trafen wir uns auch mit Drania. Man kann jetzt ruhig mit ihr sprechen. In diese Seelenruhe spiegelt sich die Elternfreude über die Überwindung einer Gefahr wider...

— Als ich die Diagnose der Krankheit meiner Tochter erfuhr hatte ich schon fast keine Hoffnung mehr... Jetzt scheint es mir, als ob ich träume. Rita ist wiedergeboren. Die Fürsorge der Ärzte rettete meine Tochter. Man muß die Arbeit, die hier geleistet wird, kennenlernen, um nicht die Hoffnungen zu verlieren.

— Die Fürsorge für mein Kind begann schon im Dorfkrankenhaus, als man sofort in Shkodra anrief und einen Krankenwagen bestellte. Früher gab es in unsern Dörfern weder Straßen noch Telefon.

Der Aufenthalt der Mütter, die ihre Kleinkinder im Krankenhaus haben, wird aus dem Fonds der Sozialversicherungen bestritten. Für Kinder im Schulalter, die im Krankenhaus sind, hat der Staat — für den Fall, das ihr Gesundheitszustand Unterricht erlaubt — Schulen in den Krankenhäusern organisiert. Jeden Tag besuchen sie, je nach ihrer Klasse, zu einer bestimmten Stunde die Schule. Wenn sie aus dem Krankenhaus entlassen werden, erhalten sie auch ein Schulzeugnis. Für alles brauchen die Eltern nichts zu bezahlen.

Als wir von Drania Abschied nehmen, sagt sie zu uns:

— Wäre ich oder irgendein anderer in der Lage gewesen, das Kind so lange auf eigene Kosten im Krankenhaus behandeln zu lassen?

Die fröhliche Mutter sagt das, weil in unserem Land alle Ausgaben für Bürger jedes Alters im Krankenhaus oder in anderen ähnlichen Institutionen vom Staat getragen werden.

Wieviele Mütter haben das Krankenhaus mit der gleichen Freude wie Drania verlassen!



Kinder in Albanien

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5960	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5960	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Walesa zu Besuch beim Papst

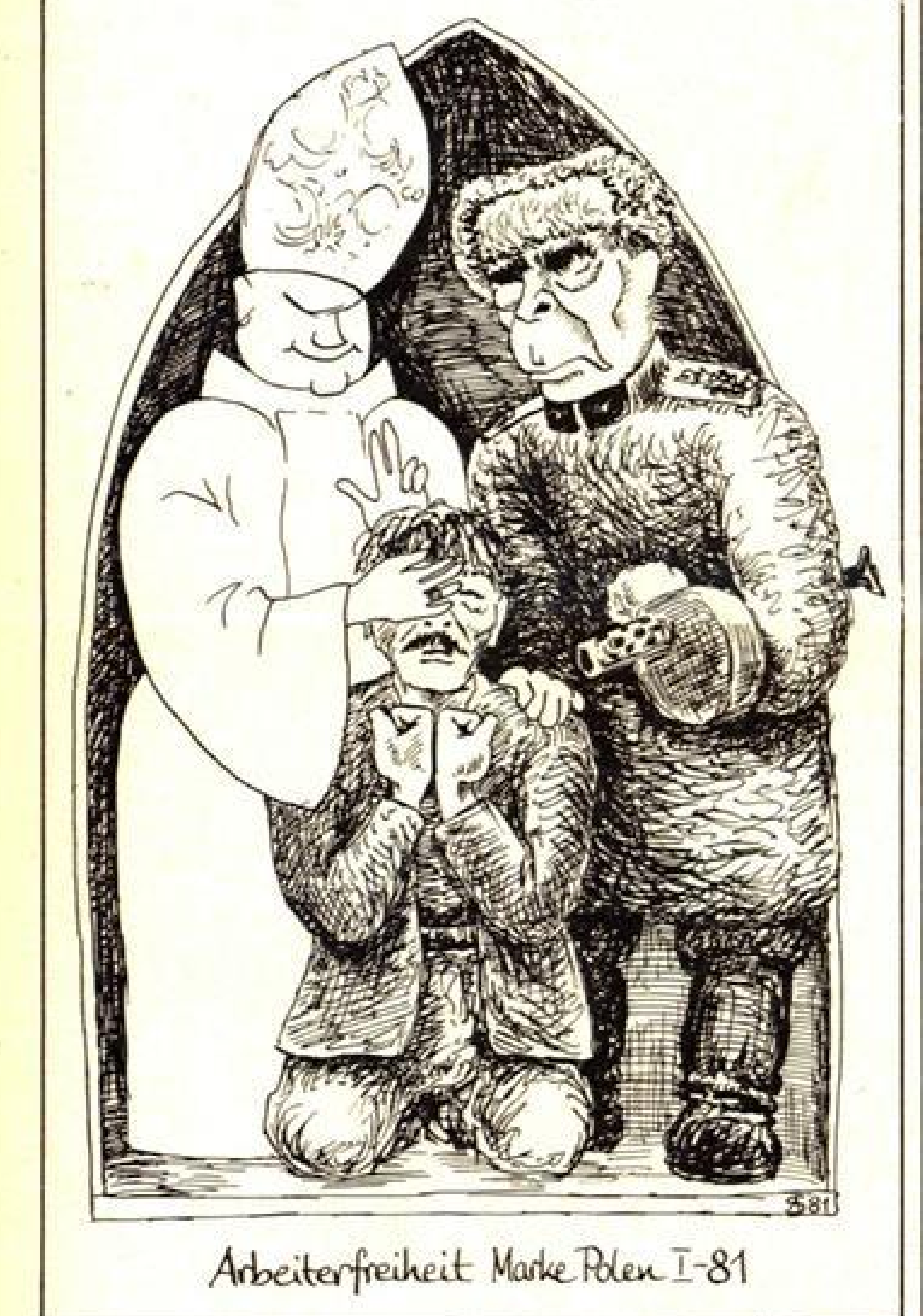
Der Vatikan sammelt seine Kräfte in Polen

Vor dem Besuch: Geheimverhandlungen mit Moskau und Warschau

ROM. — Zu seinem seit langem vorbereiteten mehrtägigem Besuch in Italien traf der Führer der polnischen Gewerkschaft „Solidarität" letzte Woche in Rom ein. Neben Kontakten mit den Führern der italienischen Gewerkschaften stand dabei vor allem ein Besuch beim polnisch-katholischen Papst auf dem Programm.

Der Besuch beim Papst, das war klar vorauszusehen, würde Aufschluß darüber geben, wie sich zur Zeit die Verbindung zwischen Kirche und Gewerkschaftsführung in Polen entwickelt und welche Rolle der Vatikan bei der inneren Entwicklung des Landes zu spielen gedenkt.

Daß der Einfluß der Kirche auf die polnische Gewerkschaftsführung, auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung stark ist, war von Beginn an deutlich. So hatten die streikenden polnischen Arbeiter neben vielen berechtigten Forderungen, die ihre eigene wirtschaftliche und politische Lage betrafen, auch solche erhoben, die der Verbreitung der Religion dienten.



Die katholische Kirche, die früher, als Polen ein sozialistisches Land war, das Zentrum der offen antikommunistischen Verschwörungen gegen Polen war, hat sich seit langem mit der revisionistischen polnischen Führung arrangiert. Sie ist an der Machtausübung im bürgerlichen polnischen Staat beteiligt. Und sie hat ebenfalls seit langem, bereits bei den Aufständen 1970, versucht, sich als Verteidigerin der Arbeiterinteressen aufzuspielen, was nicht ohne Erfolg blieb.

So war die katholische Intellektuellengruppe neben den Mitgliedern des KOR von Beginn an eine der zwei wichtigsten politisch führenden Gruppen in der neuen Gewerkschaftsbewegung, stellten sich von ihr geförderte Kader, wie eben Walesa, an die Spitze der Bewegung.

Dabei war die Rolle der katholischen Kirche von Beginn an zwiespältig. Während sie einerseits die Interessen des Vatikans und damit der westlichen Imperialisten vertritt, und auf der anderen Seite sich als Sachwalterin der Arbeiter ausgibt, tut der hohe Klerus doch alles, um dem polnischen revisionistischen Regime seines Reformfarce zu ermöglichen.

Gleichzeitig unternahm es die polnische Kirche zu verschiedenen wichtigen Zeitpunkten, die Arbeiter abzuwiegeln. Dreimal wurde während der großen Streikbewegung in Nordpolen ein solcher Versuch bekannt. Am deutlichsten wurde dies in der Predigt des Kardinals Wyzinski in Tschenschtochau, als er die Arbeiter offen zum Abbruch des Streiks aufrief, ohne allerdings irgendeinen Erfolg zu haben. Ebenso blieb dies in den beiden anderen Fällen ohne Erfolg. Die Kräfte der schwarzen Reaktion in Polen spielten in dieser Streikbewegung so einerseits die Rolle der Zwischenstation, die zu beiden Seiten Verbindung hielt.

Auf der anderen Seite nutzte die Kirche jede Möglichkeit, ihre eigene Position innerhalb des bürgerlichen polnischen Regimes zu verbessern, ihren Einfluß auch auf den Staatsapparat zu festigen und auszubauen. Nicht nur, daß sie den Zugang zu den offiziellen Medien erreichte. Auch die Kontaktkommission, die seit langem zwischen der katholischen Kirche und der revisionistischen polnischen Partei bestanden hatte, wurde weiter ausgebaut und zum staatlichen Organ aufgewertet.

Es ist im Laufe der Zeit ganz deutlich sichtbar geworden, daß innerhalb der „Solidarität" die katholischen Berater, die Kirche und ihre Kader ihren Einfluß im Vergleich zu dem der KOR-Leute vergrößern konnten.

Dabei stützen sie sich vor allem auf die Tatsache, daß an die Spitze von „Solidarität" eine Reihe katholischer Arbeiter traten, die dem Einfluß der Kirche von Beginn an nahestanden und sich ihm auch weiter öffneten.

So versucht der Vatikan, seinen reaktionären Einfluß innerhalb der „Solidarität" dazu auszunutzen, aus dieser Gewerkschaft eine Kraft zu machen, die den Unmut der Arbeiter in Grenzen hält und dazu dient, den Einfluß der Kirche, vorläufig zumindest noch innerhalb des Regimes, weiter auszubauen.

Damit wird für die Gewerkschaftsbewegung selbst eine große Gefahr heraufbeschworen und verstärkt, nämlich die, aus einer im Kampf entstandenen Interessenvertretung der Arbeiter zu einer Interessenvertretung der Kirche zu werden.

Tatsache ist, daß die polnischen Arbeiter aus ihren Erfahrungen der Jahre 1976 und 1970 gelernt hatten, daß Organisation für ihren Kampf eine dringende Notwendigkeit ist. Tatsache ist auch, daß die Organisierung in der Gewerkschaft „Solidarität" eben deshalb Millionenumfang annahm, weil die Keime dieser Organisation sich an die Spitze des Kampfes um die realen Arbeiterforderungen stellten. Ebenso ist unbestreitbar, daß sich in dieser Organisation Arbeiter verschiedenster politischer und ideologischer Richtungen zusammenschlossen, um eine einheitliche Kampforganisation zu bekommen, und daß sie eine Reihe von Erfolgen errangen, die sie bei weiterer Duldung der Rolle der revisionistischen Gewerkschaften niemals erreicht hätten. Daß dabei katholische Arbeiter die Führung übernahmen, widerspiegelt den großen Einfluß der Religion in Polen, braucht aber noch lange nicht bedeuten, daß sie sich gegen die Funktion einer Interessenvertretung der Arbeiter stellen.

Im konkreten allerdings zeigt sich seit einiger Zeit, daß es in der Führung von „Solidarität" Kräfte gibt, die dem Katholizismus auch in der Politik der Gewerkschaft die Führung einräumen wollen.

Noch längst sind die Rollen innerhalb von "Solidarität" nicht wirklich langfristig verteilt. Das zeigen verschiedene kämpferische Aktionen der letzten Zeit, die von der Gewerkschaftsbasis, von den eine sehr große Rolle spielenden Betriebsgruppen der Gewerkschaft ausgingen. Ebenso wie es auch, unter Einfluß bestimmter KOR-Vertreter, innerhalb der „Solidarität" Anhänger der absoluten Konfrontation, des Abenteurertums gibt.

Aber ebenso wie die obengenannten Fakten ist es eine Tatsache, daß sich Lech Walesa immer mehr zum Sprecher jener Kreise macht, die innerhalb der „Solidaritäts"-Führung den Katholizismus als leitende Ideologie durchsetzen wollen.

Sein Besuch beim Papst von Rom war dabei ein wichtiger Schritt. Die groß herausgestellte Einheit der Auffassungen zwischen beiden Gesprächspartnern zeigt dies in aller Deutlichkeit.

Der Papst gab den polnischen Arbeitern nämlich genau jene drei Ratschläge, wie man sie von diesem eingefleischten Reaktionär nicht anders erwarten durfte, und wie sie dem Kurs der polnischen Kirche, in der er ja selbst sein Handwerk gelernt hat, entsprechen.

Er begrüßte die Gründung der Gewerkschaft und forderte die Arbeiter auf, auf ihrem Recht zu beharren — da er hofft, sie über Walesa endgültig in die Hände der Reaktion zu bekommen und als Machtfaktor innerhalb des Regimes einsetzen zu können.

Er forderte die polnischen Arbeiter weiterhin zu einer mutigen Haltung auf, was heißt, daß sie weiterhin einen gewissen Druck auf das angeschlagene Regime der revisionistischen Partei Polens ausüben sollen, um diese zu weiteren Zugeständnissen an die Kirche zu erpressen.

Gleichzeitig forderte er sie aber auch auf, maßzuhalten und ausgewogen zu handeln, was nichts anderes heißen soll, als, daß die Arbeiter nur ja nicht weiter radikal werden sollen, nicht beginnen sollen, einen bewußten Klassenkampf zu führen. Wofür ja das Bestehen einer gewerkschaftlichen Organisation eine wichtige Voraussetzung ist.

So hat also der Papst die Linie der polnischen Kirche noch einmal bekräftigt und gutgeheißen, und Walesa dankte ihm für seine Ratschläge und erbat sie auch für die Zukunft. Das war der Inhalt seines römischen Kniefalls.

Wobei sich allerdings nach wie vor die Frage erhebt und in Zukunft noch stärker erheben wird, ob er damit für die ganze Gewerkschaft spricht, wo es zahlreiche Anzeichen dafür gibt, daß dem nicht so ist, und wieweit es der Kirche real gelingen wird, diese ganze Gewerkschaft in ihre schwarzen Fänge zu bekommen, was das Ende dieses erfolgreichen Kampfes um Organisationsrecht der polnischen Arbeiter bedeuten würde.

Mit diesen Bestrebungen allerdings steht die Kirche, stehen der Papst und Walesa nicht alleine. Vor dessen Reise nach Rom entwickelte sich eine geradezu hektische Aktivität.

Da reisten Geheimdiplomaten von Moskau aus nach Warschau und nach Rom, da trafen sich in Warschau Partei und Kirche, tagte die Kontaktkommission, gab es auch direkte Verhandlungen der polnischen Revisionisten-Partei mit dem Vatikan.

So sehr sie sich auch befehden sollten, in einem sind sich die reaktionären, die imperialistischen Kräfte einig: Die Arbeiterbewegung Polens muß in den Gleisen des Kapitalismus gehalten werden, koste es, was es wolle.

Krise in Afrika

Frankreich rüstet zum Krieg!

Die Ereignisse im Tschad sollen als Vorwand für die Aggression dienen

PARIS. — Das Ende des lange Zeit von Frankreich geschürten Bürgerkrieges im Tschad, der als Folge des Eingreifens libyscher Truppen mit dem Sieg der Anhänger Goukuni Weddeis endete, ist jetzt für die französischen Imperialisten Anlaß, die Völker Afrikas mit einer massiven Intervention zu bedrohen: Ende letzter Woche machte die französische Kriegsflotte in Toulon mobil!

Schon seit einiger Zeit war es deutlich geworden, daß Paris, je mehr ihm die Regie über die Ereignisse innerhalb des Tschad entglitt, sich auf eine aggressive Vorgehensweise vorbereitete. Dies zeigten die verschiedenen Drohungen gegen Libyen im Laufe des letzten Jahres ebenso, wie die französischen Truppenbewegungen in ganz Westafrika.

Schon während der Endphase des Kampfes zwischen den Truppen Weddeis und Hissan Habres hatte Frankreich seine acht Militärbasen rund um den Tschad nicht nur in Alarmbereitschaft versetzt, sondern auch verstärkt. Noch am selben Tag, da der Sieg Weddeis mit Hilfe libyischer Truppen bekannt wurde, traf die französische Regierung zwei Maßnahmen, die auf Vorbereitung einer abermaligen Aggression auf Afrika schließen ließen.

So wurden sechshundert der berüchtigten französischen Fallschirmjäger nach Westafrika geschickt, um dort die dem Tschad am nächsten gelegene Militärbasis weiter zu verstärken.

Und die Regierung verlangte von den Managern des halbstaatlichen französischen Erdölkonzerns ELF-Aquitaine einen bereits unterschriftsreifen Vertrag über die weitere Erdölprospektion in Libyen zurückzuziehen. Ein offener Affront, der die Stimmung aufheizen sollte.

Die Alarmbereitschaft wurde nur zwei Tage später auf den Stützpunkt Dijibouti in Ostafrika und die französischen Kriegsschiffe am Arabischen Golf ausgedehnt. Jetzt konnte der nächste Schritt nur noch sein, die französischen Mittelmeerflotte, die Westafrikaflotte und die Zentrale der französischen Kriegsmarine in Toulon in Alarmbereitschaft zu versetzen, auf den unmittelbaren Einsatz vorzubereiten und weitere Soldaten zu schicken. Das ist alles geschehen!

Während dieser Zeit entfalteten die französische Geheimdiplomatie und der Geheimdienst eine rege Aktivität. Verbindungen zu allen imperialistischen Partnern in der EG wurden geknüpft, Giscard telefonierte persönlich in alle Welt, fast eine Stunde lang mit Kanzler Schmidt. Dabei war, wie die französische Presse berichtete, auch das Thema „Westafrika" auf der Leitung. Offensichtlich bekamen die französischen Imperialisten grünes Licht bei den anderen EG-Mitgliedern. Währenddessen sorgten die Agenten des französischen Geheimdienstes, die, wie seit langem bekannt ist, in allen wichtigen Städten Westafrikas die unter der Oberherrschaft von Paris stehen, in allen Bereichen des Lebens vertreten sind, für eine breite Kampagne in der dortigen Presse. Der Inhalt: ganz Westafrika sei beunruhigt darüber, daß Frankreich dem Tschad nicht gegen Libyen zu Hilfe gekommen sei, und verliere das Vertrauen zu Frankreich, das man sich als Beschützer gewählt habe.

Nun trifft diese Behauptung wohl für jene neue bürgerliche Schicht zu, die sich im Rahmen der französischen neokolonialistischen Herrschaft in diesen Ländern herausgebildet hat, und die ihre Existenz mit der Macht des französischen Imperialismus verknüpft weiß. Und diese Leute mögen tatsächlich auch darüber beunruhigt sein, daß Frankreich nicht sofort Truppen geschickt hat.

Für die Völker dieser Staaten aber trifft etwas ganz anderes zu: nämlich die Furcht vor einer erneuten französischen Aggression, unter der diese Region der Welt so lange Kolonialjahre hindurch zu leiden hatte und noch heute leidet. Zu Recht fragt man sich nicht nur im Tschad, ob man morgen von Frankreich überfallen wird, sondern auch in den anderen Ländern, ob die französischen Soldaten, die gestern und heute kamen, irgendwann auch wieder gehen werden, oder ob jetzt die Besatzung neu auferlegt wird.



Französische Soldaten in Afrika sind in rund einem Dutzend Länder als Besatzungsmacht anwesend.

Diese Politik der französischen Imperialisten wird den Widerstand der Völker West- und Zentralafrikas gegen den Neokolonialismus einen neuen Aufschwung geben. Dort hatten sich schon im Verlaufe des letzten Jahres in nahezu allen Staaten verschiedene Kräfte zusammengeschlossen, die dafür eintraten, daß die französischen Monopole ihre Hände von diesen Ländern lassen sollten. Genau diese Forderung müsse nun alle antiimperialistisch gesinnten Menschen verstärkt vertreten!

Französische Truppen raus aus Afrika!

Bilanz nach vier Monaten

NATO-Generale herrschen mit Mord und Folter

Die Propagandakampagne der westdeutschen Medien ist gescheitert

ANKARA. — Das neue Jahr begann in der Türkei mit einer drastischen Verschärfung der Strafgesetze. Der Katalog für Todesstrafen wurde erweitert, die Strafandrohung für verschiedene Vergehen erschwert. Streiks im öffentlichen Dienst beispielsweise können jetzt bis zu einem Jahr Gefängnis bringen. Immer neue Tatsachen, die das brutale Regime der Evren-Junta entlarven bringen auch die Propagandakampagne in den westdeutschen Medien zum Scheitern. Die nahezu gleichgeschaltete Berichterstattung der ersten Wochen wurde aufgebrochen.



Alltag in der Türkei: Militärrazzia in Istanbul.

Rund 30 Menschen wurden in den vier Monaten seit dem Militärputsch zu Tode gefoltert. Darunter solche „Verbrecher" wie die Verleger und Übersetzer marxistischer Literatur oder Inhaber „verbotener Bücher". Drei Revolutionäre wurden durch Gerichtsurteil von den Militärjuristen ermordet, rund 250 bei Fahndungen erschossen.

zu Hunderten verhaftet und in die Gefängnisse eingeliefert, wo sogenannte "Untersuchungsteams" als spezielle Foltereinheiten tätig sind. Eines der Zentren der Folter, wo die Tätigkeit des dortigen Untersuchungsteams auch bereits an die Öffentlichkeit drang, ist das Marmak-Gefängnis von Ankara.



Demonstration in Westberlin gegen den Militärputsch.

Die Terroristenjagd der „tugendhaften Generäle" wie sich Evrens Killergarde gerne nennen läßt, gilt allem, was irgendwie oppositionell ist — den verbotenen Parteien, Zeitungen und Gewerkschaften ebenso wie den Kurden. Im kurdischen Teil der Türkei werden ganze Dörfer zusammengeholt und systematisch verprügelt und gefoltert.

Nach den unterschiedlichsten Schätzungen, gibt es heute in der Türkei rund 80000 politische Häftlinge, die allesamt wegen „Terrorismus" angeklagt werden. Terrorismus ist dabei nach Meinung der Generale, wenn ein Kurde in einer kurdischen Organisation ist, oder ein Arbeiter in einer Gewerkschaft, die nicht vom Militär befehligt wird. So werden die Mitglieder revolutionärer Organisationen

Demgegenüber haben die Militärs kein einziges ihrer großmäuligen wirtschaftlichen Versprechen gehalten. Die Inflationsrate ist auf sage und schreibe 100 Prozent angestiegen, wobei vor allem die Grundnahrungsmittel in einem Monat um 30 Prozent teuerer geworden sind.

War vor dem Putsch Evrens noch jeder fünfte türkische Staatsbürger ohne Arbeit, so ist es heute schon jeder vierte: 26 Prozent beträgt die Arbeitslosenrate.

Dafür bestehen Lohnstopp und Streikverbot und der „Feuer-frei"-Befehl. Das Land soll, ganz nach den NATO-Vorstellungen, in eine einzige Kaserne verwandelt werden. So müssen denn auch die Gefangenen Lieder zum Lobe auf das türkische Militär singen, in denen solche Aussagen wie „wir werden das Mittelmeer mit den Schädeln unserer Feinde füllen" die Regel sind.

Während sich international die Kritik an der faschistischen Diktatur der türkischen Generale verstärkt, wozu auch die Kampagne gegen die Ermordung Erdal Erens beigetragen hat und heute die Hungerstreikaktionen beitragen, stehen die Bonner Regierung und die USA nach wie vor voll auf Seite der Faschisten.

Der Türkei-Sachbearbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Henze, der bis zum Putsch Leiter der CIA-Station in Ankara war und von daher die Vorgeschichte sehr genau kennen dürfte, betonte jetzt in der Öffentlichkeit, die Türkei sei „ein Modell".

Die Türkei, so Henze, werde ein ähnlich stabiles Land werden wie es seiner Meinung nach heute Chile ist, und so ein Vorbild für den Nahen Osten und Lateinamerika. Wobei der Sachverhalt wohl eher umgekehrt liegt, denn das Modell für die Diktatur der faschistischen türkischen Generale darf man bei den Videla und Pinochet suchen.

Die USA also sind zufrieden, und die türkischen Kapitalisten sind es ebenso. Schließlich ist der türkische Generalstab selbst, und hier liegt ein gewisser Unterschied zu Lateinamerika, der drittgrößte Unternehmer des Landes. Zufrieden ist auch die Bonner Regierung, die im amerikanischen Auftrag die türkischen Generale mit der sogenannten Türkei-Hilfe bezahlt und aushält.

Aber gerade dagegen mehrt sich nun auch selbst innerhalb der SPD der Widerstand — zu deutlich wird es allmählich, daß hier Blutgeld bezahlt wird, daß hier Mörder und Folterknechte finanziert werden.

Deshalb werden auch die Forderungen, die die KPD und andere Antifaschisten und Antiimperialisten von Beginn an erhoben haben, immer mehr Unterstützung finden:
Nieder mit der faschistischen türkischen Junta!
Schluß mit der Türkei-Hilfe!

Vorgezogene Wahlen in Israel

Begin am Ende

Kürzungen zugunsten der Armee als Auslöser

TEL AVIV. — Knapp 45 Monate nach seinem Amtsantritt im Mai 1977 ist der Likud-Block, die reaktionäre Koalition der Zionisten unter Führung Menachim Begins am Ende. Im Juni, ein halbes Jahr vor der Zeit, werden in Israel Neuwahlen durchgeführt werden.

Auslösendes Moment dieser neuen, letzten Krise im Likud war die Demission des Finanzministers Hurowitz, der gegen eine abermalige Kürzung des Staatshaushalts zugunsten der Armee auftrat, da er fürchtete, ihm und seiner dreiköpfigen Rafi-Fraktion werde das bei den kommenden Wahlen angelastet.

Dadurch hat die Likud-Koalition keine im Parlament tragfähige Mehrheit mehr, denn schon seit Monaten waren immer mehr Gruppen, die diese bisher größte rechtsradikale Blockbildung mitgetragen hatten ausgeschert, beginnend mit Moshe Dayans Leuten.

Begin ist mit seinem Kurs der gesteigerten Militarisierung und der aggressiven zionistischen Ausdehnungspolitik gescheitert, weil die breiten Massen der Werktätigen immer weniger bereit waren, die wirtschaftlichen Opfer für dieses Vorgehen zu tragen. Eine Inflation, deren Höhe zwischen 120 und 140 Prozent angegeben wird, wachsende Arbeitslosigkeit und wachsende internationale Isolierung waren die Folge des offen aggressiven Kurses Begins.

Natürlich waren Begins Hoffnungen auch dieses Mal auf Amerika gerichtet gewesen, denn es sind ja die USA, die Israel nicht nur als ihre aggressive Speerspitze in Nahost benutzen, sondern auch den Staat finanziell und militärisch aufrechterhalten haben. Mit dem Regierungswechsel zur rechten Republikanischen Partei und Ronald Reagans Amtsantritt hoffte Begin, dort wieder die Unterstützung zu bekommen, die ihr Carters Demokratische Partei, die enge Verbindungen zur sogenannten Arbeiterpartei hat, nicht mehr gab.

Dabei darf allerdings nicht in den Fehler verfallen werden, ein möglicher Machtwechsel hin zur sozialdemokratischen Gruppe der Zionisten würde einen grundlegenden Umschwung im Nahen Osten bedeuten. Simon Peres, der Führer der Sozialdemokraten hat zwar angekündigt, die rassistische Siedlungspolitik Begins im Westjordanland nicht weiter zu verfolgen, hat aber gleichzeitig betont, die bereits errichteten zionistischen Stützpunkte im fremden Land würden aufrecht erhalten werden.

Die Hoffnungen der amerikanischen Imperialisten, der Hintermänner Israels und der eigentlichen Verantwortlichen für die heutige Lage an der Grenze zwischen Afrika und Asien gehen klar in eine Richtung.

Mit einem „gemäßigten" Zionismus nach Art der Arbeiterpartei, die versucht, die in Israel erstarkende „Frieden-jetzt"-Bewegung völlig unter ihre Kontrolle zu bringen auf der einen Seite und dem USA-Knecht Anwar el Sadat auf der anderen auch bei einer Reihe reaktionärer arabischer Regierungen eine Einbruch zu erzielen, Billigung für — ein vielleicht leicht verändertes — Camp-David-Abkommen zu finden.

Dies wird die Regierung Reagan durch verstärkten militärischen Druck zu erzwingen suchen — schon jetzt laufen, mit Kissingers Sonderreise die Vorbereitungen für den Ausbau der Militärstützpunkte in der gesamten Region des Nahen Osten einschließlich Ostafrika auf Hochtouren. Die Waffenlieferungen und Militärkredite vor allem an Israel aber auch an Ägypten werden weiter verstärkt werden.

Während also im Inneren des Landes der Widerstand gegen die zionistische Politik anwächst und jetzt eben zum Zerfall des Likud-Blocks geführt hat, während die Zionisten sich gezwungen sehen, etwas gemäßigter vorzugehen, wächst von außen, von den USA aus, der Druck auf die Camp-David-Partner Israel und Ägypten, sich noch stärker in die Kriegsvorbereitungen des Pentagon und der Wall Street einspannen zu lassen.



Demonstration gegen die Kürzung der Subventionen für Grundnahrungsmittel in Tel Aviv im letzten Jahr.

Madagaskar: Führer der Monima verschleppt

Freiheit für Monja Jaona!

TANANARIVE. — Am Morgen des 30. November letzten Jahres verhaftete der Chef des madegassischen Generalstabs den Vorsitzenden der Nationalen Bewegung für die Unabhängigkeit Madagaskars, Monja Jaona in einem Hotel der madegassischen Hauptstadt. Das pseudosozialistische Regime in Tananarive versucht so, den Kampf für die wahre Unabhängigkeit des Landes zu verhindern.

Die Nationale Bewegung für die Unabhängigkeit Madagaskars (Monima) kämpft seit der politischen Unabhängigkeitserklärung des Landes für die wahre und allseitige Souveränität Madagaskars. Bei den großen Volksbewegungen im Jahre 1977 stand sie an der Spitze der Kämpfe für die wirtschaftlichen und demokratischen Forderungen der Bevölkerung.

Als jetzt, im November 1980 abermals auf verschiedenste Weise sich die große und wachsende Unzufriedenheit der werktätigen Massen ausdrückte, begannen die herrschenden Kreise mit einer allseitigen Kampagne gegen die Monima, von der die Verhaftung des Vorsitzenden der schwerste Schritt war. Zuvor hatten Presseorgane eine Kampagne geführt in der stattgefundene Plünderungen der Monima angelastet wurden.

Wenige Tage danach kam dann eben diese Verschleppung. Dabei wurde in den Tagen danach alles abgestritten, was von der Monima an Vorwürfen erhoben wurde, eine Woche lang war völlig unklar, wo Monja Jaona geblieben war.

Erst eine Woche danach wurde über andere Monima-Mitglieder, die ebenfalls verhaftet worden waren bekannt, daß Jaona in dem Militärcamp von Ankilivondrake interniert war. Die letzten Nachrichten von Ende Dezember besagen, daß er dort in absoluter Isolierung gehalten wird, keinerlei Besuche von Angehörigen, Freunden oder auch nur Anwälten erhalten darf.

Monja Jaona führt dort einen Hungerstreik durch, mit dem er gegen die Unterdrückung seiner Partei protestiert. Die Folgen für den siebzigjährigen Mann erregen in der demokratischen Öffentlichkeit Madagaskars große Besorgnis.

Denn Jaona ist eine der großen Figuren des madegassischen Befreiungskampfes, der seine Partei, die Monima seit fünf Jahren auch im Kampf gegen die pseudosozialistische Regierung führt. Die Monima hat in dieser Zeit immer betont, daß das Regime, das sich hier als revolutionär und sozialistisch bezeichnet, diesen Namen in keiner Weise verdient.

Seit 1975 hat sich die Unabhängigkeit Madagaskars nicht verstärkt, sondern die Positionen des Landes sind wieder schlechter geworden.

Der französische Imperialismus besitzt nach wie vor großen Einfluß im Land, auch innerhalb des niemals irgendwie reformierten oder gar revolutionierten Staatsapparates, und dazu kommen zahlreiche Versuche anderer imperialistischer Staaten, Einfluß in Madagaskar zu gewinnen, dieser so reichen und strategisch wichtigen Insel.

Auf diesem Hintergrund hat die Monima im ganzen Land eine große Kampagne gestartet zur Freilassung ihres Vorsitzenden. Dabei wurden zahlreiche Genossen beim Verteilen von Flugblättern und beim Anbringen von Parolen verfolgt, eine Reihe auch verhaftet.

Um die Solidaritätsbewegung zu stärken, hat sich Monima auch an die Kräfte des Antiimperialismus und der Demokratie in zahlreichen Ländern Europas gewandt, darunter auch an unsere Partei.

Deshalb ruft der „Rote Morgen" seine Leser auf, solidarisch zu sein mit den Forderungen der Monima:

Sofortige und bedingungslose Freilassung für Monja Jaona!

Proteste sollten an den Präsidenten der Demokratischen Republik Madagaskar oder an die madegassische Botschaft gerichtet werden.



Ermittlungen gegen Duogynon eingestellt

„Leben erst nach der Geburt geschützt"

WESTBERLIN. — Das Ermittlungsverfahren gegen die Firma Schering wegen des Hormonpräparats Duogynon wurde am 12. Januar von der Staatsanwaltschaft am Westberliner Landgericht eingestellt. Die für diese Entscheidung angeführten Gründe sind von einem menschenverachtenden Zynismus geprägt, der sich über die erwiesene Schädigung ungeborener Kinder im Mutterleib hinwegsetzt und die Opfer wie auch ihre Eltern in grausamer Weise verhöhnt.

Wie berichtet, hatte im November 1978 ein Vertreter der „Interessengemeinschaft Duogynongeschädigter Kinder" Strafanzeige gegen Verantwortliche von Schering gestellt, weil der begründete Verdacht bestand, die Einnahme des Präparats rufe schwere Mißbildungen hervor, wie Schädigungen des Herz- und Kreislaufsystems, Wasserkopf, Mißbildungen an Genitalien, Blase, Gliedmaßen; Hasenscharte und Wolfsrachen. Oft finden die Kinder aufgrund ihrer Mißbildungen einen frühen Tod.

Mit der vor einiger Zeit vollzogenen Umbenennung in Cumorit versuchte die Firma, sich durch einen Trick ihre Marktposition angesichts des gewachsenen Mißtrauens zu behaupten. In der Begründung zu der angeblichen Zurücknahme von Duogynon gab Schering selbst zu: „... ein derartig vermuteter Zusammenhang (zwischen der Einnahme und den Mißbildungen - Red.) (läßt sich) nicht mit naturwissenschaftlicher Sicherheit ausschließen."

Während sich das Verfahren gegen Schering in Westdeutschland hinschleppte, wird es in Schweden, Finnland, Italien, Holland, Australien, Spanien und England seit längerem nicht mehr verschrieben, weil hier der erwähnte „Zusammenhang" als erwiesen angesehen wird.

Die Berliner Staatsanwaltschaft aber leugnet diesen Zusammenhang — er sei nicht nachweisbar. Mit blankem Zynismus erklärt sie, einen Beweis dafür könnten auch allenfalls „klinische Versuche an Menschen" erbringen, die jedoch „aus ethischen und rechtlichen Gründen" auszuschließen seien.

Damit stelle der Vertrieb des Präparats, das zuletzt nicht mehr als Schwangerschaftstest, sondern nur noch als Regulativ beim Ausbleiben der Monatsblutung angeboten wurde, keinen Verstoß gegen das Strafgesetz oder das Arzneimittelgesetz dar.

Aber es kommt noch schlimmer. Selbst bei einer Anerkennung des Vorwürfe gegen das Medikament könnte es zu keiner Bestrafung der Hersteller kommen. Die „Gründe":

- Körperverletztung als strafrechtliches Vergehen scheide aus, da die unterstellten Wirkungen des Präparats schon vor der Geburt eingetreten seien. Strafrechtlich geschützt sei menschliches Leben aber erst nach der Geburt!
- Fahrlässige Tötung scheide als Straftatbestand aus denselben Gründen aus, auch wenn die Kinder später infolge der Mißbildungen sterben.
- Körperverletzung der Mutter sei ebensowenig gegeben, weil „ihre Gebärfähigkeit nicht auch nur vorübergehend beeinträchtigt" sei.

Es ist kaum faßbar, wie hier mit juristischen Spitzfindigkeiten das Leid der betroffenen Menschen übergangen wird.

Aber schließlich ist das Kind im Mutterleib ja noch gar keine Person — es ist nicht registriert, taucht nicht in den Computern auf, hat keinen Personalausweis und keine Kennummer — da kann man von einer deutschen Behörden auch nicht erwarten, daß sie es zur Kenntnis nimmt. Und die Mütter — was wollen die eigentlich? Das eine mißgebildete oder früh gestorbene Kind — was liegt daran? Sie sind doch noch gebärfähig, sollen sie doch ein neues machen!

„Schutz ungeborenen Lebens" — damit kommen die erbärmlichen Heuchler nur, wenn sich eine Frau aus sozialer und persönlicher Not heraus zu einer Abtreibung entschließt. Das wird heute noch diskriminiert und bestraft.

Mitglied der Grauen Wölfe als Lehrer bestätigt

Bayrisches Kultusministerium als Förderer der Faschisten

MÜNCHEN.— Besondere Freunde haben die in der Bundesrepublik lebenden Faschisten aus der Türkei nach wie vor in Bayern. Dort wurde zum Beispiel dem Vorsitzenden des „Türkischen Idealistenvereins" in München, M. Pilavci, der früher in der Türkei für die faschistische MHP, deren Führer Türkes ist, und der auch die Grauen Wölfe angehören, kandidierte, vom Kultusministerium ausdrücklich in seinem Amt als Lehrer bestätigt.

Auf die vor mehreren Monaten eingebrachte Anfrage einer SPD-Abgeordneten, die schon im letzten Sommer die Ablösung Pilavcis forderte, versicherte ein Sprecher der Behörde, gegen Pilavcis Tätigkeit sei nichts einzuwenden!

Pilavci ist Lehrer für türkische muttersprachliche Klassen an der Volksschule in Neufahrn bei Freising, wo er die Schüler erwiesenermaßen im Sinne der MHP beeinflußt und Fremden- und Judenhaß verbreitet. Darüberhinaus schlägt er die Kinder im Unterricht, um in der Klasse eine von ihm angestrebte Disziplin durchzusetzen.

Mit ihrer Schützenhilfe für Pilavci erweisen sich deutsche Behörden als aktive Förderer der Verbreitung faschistischen Gedankenguts. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen!

Sofortige Entlassung des Faschisten Pilavci aus dem Schuldienst!

Für das Verbot der Grauen Wölfe und die Bestrafung aller ihrer Aktivitäten!

„Illegale Medikamentenbeschaffung"

Bundesminister hetzt gegen Türken

DORTMUND. — Parallel zur allseitigen Unterstützung des türkischen Militärregimes durch die Bundesregierung verstärkt sich die regierungsamtlich betriebene Hetze gegen fortschrittliche Menschen aus der Türkei, die in der Bundesrepublik leben, auf allen Gebieten.

Ein neuerliches Beispiel entnehmen wir dem Quartalsrundschreiben IV/80 an die Kassenärzte der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Bezirk Ruhr.

Illegale Beschaffung von Medikamenten

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit hat unter dem 20. Oktober 1980 mitgeteilt, daß nach ihm vorliegenden Informationen sich Angehörige linksextremistischer türkischer Organisationen unter Vortäuschung von Krankheiten Arzneimittel verschreiben lassen, um sie in großen Mengen "zwecks Unterstützung revolutionärer Gruppen" in die Türkei zu schaffen. Lt. Ministerium gibt es Anzeichen dafür, daß sich der Schwerpunkt dieser Vorfälle in Nordrhein-Westfalen befindet.

Diese Information erhalten Sie auf Veranlassung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein.

Eine absehbare Auswirkung dieser Mitteilung ist ein erhöhtes Mißtrauen der Ärzte gegenüber Patienten aus der Türkei und eine noch schlechtere ärztliche Versorung.

Davon einmal ganz abgesehen, ist sicherlich die ärztliche Versorgung der Bevölkerung in der Türkei und besonders der Menschen, die den faschistischen Militärs heldenhaften Widerstand entgegensetzen, denkbar schlecht und sie bräuchten auch auf diesem Gebiet Hilfe. Klar, daß die Bundesregierung sich hierüber keine Sorgen macht. Sie finanziert ja die Militärs, die auf diese Menschen schießen, sie foltern und umbringen!

Haftentschädigung für „Blutige Brygida"!

DÜSSELDORF. — Die faschistische Mörderin Hildegard Lächert, bekannt als die „Blutige Brygida" aus dem immer noch nicht abgeschlossenen Majdanek-Prozeß, hat in der Bundesrepublik Haftentschädigung nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz erhalten! Das kam durch einen Zufall in der Hauptverhandlung am 13. Januar heraus.

Nach einer zehnjährigen Haftstrafe, die sie in Polen verbüßte, kam die SS-Aufseherin von Majdanek in die Bundesrepublik. Hier stellte sie am 18.12.1957 einen Antrag auf Haftentschädigung und erhielt 6480 DM ausbezahlt! Die Behörden erkannten die von ihr vorgeschobenen Gründe an, wonach sie als Angestellte des „Reichsministeriums des Inneren" und der „Spionageabwehr" in Polen zunächst zum Tode verurteilt und dann begnadigt worden sei. Darüberhinaus wurde sie in einer Gemeinde bei Heidelberg als „sozialhilfeberechtigte Person" anerkannt.

Dieser ungeheuerliche Skandal kam heraus, als das Gericht bei der Suche nach einem Gutachten über einen angeblichen Gehirntumor, mit dem die vielfache Mörderin ihre „Schuldunfähigkeit" nachweisen wollte, auf die Unterlagen über die Haftentschädigung stieß.

Statt Nazi-Verbrecher hinter Gitter zu bringen, werden sie bei uns auch noch finanziell gefördert. Angesichts der Tatsache, daß viele von den Nazis verfolgte Menschen, noch keinen Pfennig für das ihnen zugefügte Unrecht gesehen haben, wirft das ein bezeichnendes Licht auf die



Einstellung der westdeutschen Behörden. Mit allen Antifaschisten fordern wir jetzt erst recht die strengste Bestrafung der Massenmörderin Lächert durch das Düsseldorfer Gericht!

Die Auflösung unseres Preisrätsels in der Weihnachtsausgabe lautet: „Aussperrung verbieten!". Inzwischen sind den drei Gewinnern die als Preis ausgesetzten Platten mit Liedern von Hanns Eisler zugegangen. Herzlichen Glückwunsch!

Allen anderen Lesern, die uns ebenfalls das Lösungswort zugeschickt haben, danken wir für ihre Teilnahme.



Samstag, 24. Januar,
18.30 Uhr, WDR III
Die Buchstaben der Revolution. Werner Biermanns Film berichtet über die Beseitigung eines der großen Probleme, die das gestürzte Somoza-Regime dem mittelamerikanischen Land Nicaragua hinterlassen hat: den Analphabetismus.

***

Samstag, 24. Januar,
21.05 Uhr, WDR III
Das höchste Gut einer Frau ist ihr Schweigen. Ausgehend von einer realen Biographie stellt Gertrud Pinkus mit Spielszenen das Leben einer italienischen Frau nach, die mit ihrem Mann in die Bundesrepublik gekommen ist.

***

Sonntag, 25. Januar,
20.15 Uhr, ARD
Stine. Der DDR-Regisseur Thomas Langhoff hat den gleichnamigen Roman von Theodor Fontane verfilmt, der die Zerstörung einer Liebesbeziehung durch die gesellschaftlichen Bedingungen im Preußen des ausgehenden 19. Jahrhunderts schildert.

***

Montag, 26. Januar,
23.00 Uhr, ARD
Das Schloß im Spinnewald. Der japanische Regisseur Akira Kurosawa, von dem im Kino zuletzt der Film Kagemusha zu sehen war, hat in diesem 1957 gedrehten Film das Shakespeare-Drama Macbeth auf die japanische Feudalgesellschaft übertragen.

***

Dienstag, 27. Januar,
21.15 Uhr, WDR III
Der letzte Kuß. Mit diesem Film beginnt das dritte Programm des WDR eine Reihe unter dem Titel „Frauen-Studien". beim „Letzten Kuß" von Riki Kalbe geht es um Probleme von türkischen Arbeiterinnen mit der Akkordarbeit in einer Westberliner Schokoladenfabrik.

***

Freitag, 30. Januar,
23.20 Uhr, ZDF
Wege zum Ruhm. Bevor der amerikanische Regisseur Stanley Kubrick das Horror-Spektakel Shining drehte, hat er eine Reihe von guten Filmen produziert. Dazu gehört auch der 1957 entstandene Antikriegsfilm Wege zum Ruhm, der die Folgen einer militärischen Durchhalteaktion im Ersten Weltkrieg darstellt. Mit Kirk Douglas, Ralph Meeker und Adolphe Menjou.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/52 39 66

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

Bundesweite Bauerndemonstrationen:

Für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern!

Bundesweit wollen die deutschen Bauern am 14. Februar demonstrieren. In ca. 100 Städten der Bundesrepublik wollen sie auf die alarmierende Lage der bäuerlichen Landwirtschaft aufmerksam machen. Die KPD unterstützt die Kämpfe der werktätigen Bauern aus vollem Herzen, auch wenn die reaktionäre Verbandsführung um Freiherr von Heereman versucht, die Bauern für ihre finsteren Ziele einzuspannen.

In den letzten vier Jahren hat die Landwirtschaft einen realen Einkommensverlust von annähernd 30 Prozent gehabt. Während das durchschnittliche Reineinkommen 1976 noch über 25 000 DM pro Arbeitskraft und Jahr betrug, sank es 1980 auf fast 20 000 DM. Hinzu kommen noch die jährlichen Inflationsraten. Bei diesen Zahlen handelt es sich um Durchschnittszahlen, in ihnen sind die Einkommen der Großbauernschaft, Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten genauso enthalten wie die der kleinen und mittleren Vollerwerbsbauern. Die kleinsten Höfe fließen allerdings mit ihren Betriebsergebnissen nicht in den Bonner Agrarbericht ein, weil sonst die Durchschnittseinkommen noch weiter gedrückt und die Agrarpolitik zu schlecht wegkommen würde.

Das Einkommensgefälle in der offiziell erfaßten Landwirtschaft beträgt eins zu sieben, so konnten die Großbauernschaft, Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten 1978 ein Einkommen von 55 000 DM verzeichnen, während die unteren 10 Prozent des Agrarberichtes nur 8 300 DM im Jahr zur Verfügung hatten. Gehen wir von diesen Einkommensunterschieden aus, dann dürften die Großen 1980 ihr Einkommen verbessert oder zumindest gehalten haben, während der Ruinierungsprozeß der bäuerlichen Landwirtschaft vorangeschritten ist. **Aus den durchschnittlichen 30 Prozent Einkommensverlusten dürfte für die bäuerliche Landwirtschaft real ein Minus herauskommen, das noch unter der 40-Prozent-Marke liegt.**

Im Reineinkommen der Bauern ist nicht nur das Arbeitsentgeld erfaßt, sondern auch Ersatz- und Neuinvestitionen sind davon zu tragen. Bei 8 300 DM im Jahr wahrlich keine leichte Sache, es sei denn, man ist ein Hungerkünstler. Die Landmaschinenindustrie merkt seit gut zwei Jahren die Flaute in der bäuerlichen Landwirtschaft, weil die gesunkenen Reineinkommen keinerlei Investitionen aus eigener Kraft mehr zulassen. Allein im letzten halben Jahr haben über 20 Landmaschinenhersteller Konkurs angemeldet, darunter auch solche, die bisher Erzeugnisse herstellten, die in der Landwirtschaft Klang und Namen hatten. Zahllose andere Firmen machen Kurzarbeit, selbst der größte Hersteller in der Bundesrepublik, die Klöckner-Humboldt-Deutz AG, ist in ihren Landmaschinenwerken dazu gezwungen.



Demonstrierende Bauern

Die Erzeugerpreise der Bauern sinken

Vielfache Ursachen sind Schuld an dem Sinken des Reineinkommens der werktätigen Bauern. Auf der Einnahmenseite sind die niedrigen Erzeugerpreise zu nennen. Zahllose landwirtschaftliche Produkte haben ein Preisniveau wie vor vielen Jahren. Für Schweinefleisch bekommt der Bauer zur Zeit einen Erzeugerpreis, den er auch schon vor 20 Jahren bekommen hat.

Die Verbraucher bemerken davon allerdings nichts, sondern ganz im Gegenteil, sie müssen für landwirtschaftliche Produkte immer mehr Geld auf den Ladentisch legen. So versteckte ein Bauer in die von ihm erzeugten Kartoffeln einen Brief, in dem er den Käufer aufforderte, sich bei ihm zu melden. Als Preis setzte der Bauer dafür einen Zentner Kartoffeln aus. Eine Hausfrau aus Hagen meldete sich und gemeinsam wurden die Preise verglichen. **Während der Bauer pro Zentner 6,50 DM bekam, mußte die Hausfrau dafür 59 DM bezahlen, also das Neunfache des Erzeugerpreises.**

Solche „Handelsspannen" sind bei landwirtschaftlichen Produkten keine Seltenheit, auch wenn sie als Verpackungs-, Transport- und Sortierungskosten nur verdeckt sichtbar werden. Der Zwischenhandel räubert so die Bauern aus, wobei die Größten in der Branche Unilever, Nestle und Oetker sind.

Nun kann man sich nicht allein mit der Feststellung begnügen, die Erzeugerpreise für die Bauern sind gesunken, sondern berücksichtigt werden muß auch, welche Rationalisierungsprozesse in dieser Zeit eingetreten sind. Zweifelsohne hat die notwendige Arbeitszeit für die Erzeugung eines Produktes sich für den Bauern stark verringert. Gerade in dem Sinken der Arbeitszeit zeigt sich die massenhafte Ruinierung der Bauern durch die Großindustriellen, die die Technik vermehrt einsetzen können, um die notwendige Arbeitszeit noch weiter zu drücken.

In der Zeitung „Freies Landvolk", der Zeitung für die freie Landvolkbewegung, wurden die unterschiedlichen Produktionsbedingungen bei den Schweinen errechnet. Während ein werktätiger Bauer bei der Mast von 100 Schweinen 2,83 Stunden pro Schwein an Arbeit aufbringen muß, verringert sich diese Zeit in einem vollautomatischen Stall mit 2500 Schweinen auf 0,78 Stunden. Bei dem Beispiel erzielte der kleine Mäster einen bereinigten Rohertrag von 13,80 DM in der Stunde, während der Großmäster 60,30 DM einstekken konnte.

Aus diesem Beispiel wird deutlich, daß die gesunkenen oder niedrigen Erzeugerpreise nicht alle treffen, die großen Agrarfabriken können trotz dieser Erzeugerpreise noch größere Gewinne abwerfen, zumal in ihnen auch noch Landarbeiter ausgebeutet werden. In diesem Beispiel wird die Überlegenheit der Großproduktion deutlich, die auch dadurch nicht geschmälert wird, daß im Kapitalismus diese Produktion sich oftmals gegen die Bevölkerung wendet. Stichworte wie Östrogenskandal und Antibiotikaspritzen haben ihren Ausgangspunkt in diesen Agrarfabriken, deren Besitzer es nur um den Profit geht. In großen Tierbeständen gibt es eine erhöhte Seuchengefahr, die im Kapitalismus ausschließlich mit chemischen Mitteln gelöst wird, ohne an die Folgen für die Verbraucher zu denken.

Die Überlegenheit der Großproduktion wird auch von der Kommunistischen Partei herausgestellt und sie strebt deshalb im Sozialismus die Kollektivierung der Landwirtschaft an. In genossenschaftlichen Zusammenschlüssen der Bauern kann mit verringertem Arbeitsaufwand ein vervielfachtes Produkt erschaffen werden. Dazu werden wir allerdings später noch kommen.

Wir Kommunisten aber zucken nun natürlich nicht die Achseln und sagen in den Bauern, daß ihre Ruinierung das Natürlichste auf der Welt sei und die Ursache in der Überlegenheit in der Großproduktion habe. Die Ruinierung der Bauern käme sogar unserem Ziel sehr nahe, brauchten wir im Sozialismus doch nur noch die Agrarfabriken übernehmen und müßten uns nicht mehr mit den Bauern rumschlagen, von denen es heißt, sie seien sehr dickköpfig.





Bauern bei der Ernte

Die Bauern werden vielfältig ausgeplündert

Eine solche Betrachtungsweise hat nichts mit uns Kommunisten gemeinsam. Genauso könnten wir sagen, wir kümmern uns nicht um die Lohnkämpfe der Arbeiterklasse, bei ihrer vermehrten Ausbeutung werden sie schneller in Richtung Sozialismus steuern. **Auch wenn die Bauern nur noch knapp 7 Prozent der Werktätigen bilden, müssen wir ihre Kämpfe für richtige Ziele unterstützen. Auch heute noch gilt, daß der werktätige Bauer der engste Bündnispartner für das Proletariat ist. Obwohl der Bauer über Produktionsmittel verfügt, beutet er keine Lohnarbeiter aus, sondern im Gegenteil, er schuftet auf seinem Hof mit der ganzen Familie von früh bis spät und wird vom Kapital wie eine Weihnachtsgans ausgenommen.**

In der Bundesrepublik ist die Klöckner-Humboldt-Deutz AG der größte Landmaschinenhersteller, annähernd 70 Prozent aller Umsätze werden in diesem Bereich von diesem Konzern getätigt. Diese Monopolstellung wird gegenüber den Bauern rüde ausgenutzt, vergleichbare Traktoren von KHD werden zum Beispiel in Großbritannien, Dänemark und in den Niederlanden bis zu 40 Prozent billiger angeboten.

Auch die chemische Industrie beteiligt sich an der Ausplünderung der bäuerlichen Landwirtschaft. Die Herstellungskosten von Stickstoffdünger betragen nur 10 Prozent des Verkaufspreises. Die BASF, die Hoechst AG und die Bayer AG teilen unter sich in der Bundesrepublik zu über 90 Prozent den Markt mit der Landwirtschaft auf. Die gleichen chemischen Produkte werden im Ausland bis zu 50 Prozent billiger angeboten, weil dort die Konkurrenz größer ist.

Noch nie sind von Seiten der Führung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) dieses Tatsachen angegriffen worden, vielmehr hetzten sie gegen die „hohen Löhne" der Arbeiter. Dabei müßte DBV-Präsident Heereman es eigentlich besser wissen, sitzt er doch in den Aufsichtsräten von Klöckner-Humboldt-Deutz und der Bayer AG Leverkusen.

Auch die Banken fallen über die Bauern her und halten sie in ständiger Zinsknechtschaft. Immer größer ist der Kreditbedarf der bäuerlichen Landwirtschaft, um trotz sinkendem Einkommen zumindest den technischen Ausrüstungsstand auf dem Hof halten zu können. Für die bäuerliche Landwirtschaft gibt es auf diesem Gebiet kaum verbilligte Gelder und die Kredite müssen so auf dem freien Markt beschafft werden.

Selbst Raiffeisen-Genossenschaftsbanken verlangen bis zu 14 Prozent Zinsem im Jahr dafür. Durch die Arbeit des Bauern aber kann sich das investierte Geld bestenfalls um 3 - 5 Prozent vermehren, so daß ein immer größerer Zahlungsverzug auftritt. Da die Bauern aber Wertgegenstände, besonders in Form des Bodens, besitzen, geben die Banken für diese Zinszahlungsverzögerungen weitere Kredite. Die Verschuldung der bäuerlichen Landwirtschaft wird so immer größer. **Über ein Viertel sämtlichen bäuerlichen Vermögens gehört faktisch den Banken, jeder Hektar in der Bundesrepublik ist im Durchschnitt mit über 2 800 Mark verschuldet.**

Der besonderen Willkür der Banken sind die kleinsten Bauern ausgesetzt. Weil ihre Sicherheiten von den Banken nicht so hoch eingeschätzt werden, bekommen sie fast nur spezielle Kredite. So zum Beispiel den Pächterkredit, der sehr hohe Zinsleistungen beansprucht und von der Bank täglich ohne besondere Begründung gekündigt werden kann. Dann ist dieser Kredit sofort zu zahlen, ansonsten stimmt der Bauer vertraglich einem Zwangsverkauf von Vieh und landwirtschaftlichen Maschinen zu. Nicht ganz so erpresserisch ist der Weidekredit, der von den Banken vor dem Weideauftrieb ausgegeben wird. Am Ende der Weideperiode wird dieser Kredit in voller Höhe samt satter Zinsen fällig. Der Bauer verkauft so schon einen großen Teil der Früchte seiner Arbeit vorher den Banken. Tritt eine schlechte Ernte ein oder es hat sich ein ungewöhnlich hoher Tierverlust eingestellt, dann befindet der Bauer sich unversehens im Würgegriff der Banken, aus dem er nur schwer entkommen kann.

Zunehmend wird auch die Frage des Bodens für die bäuerliche Landwirtschaft zu einem großen Problem. Immer mehr wird der Boden zum Objekt von Händlern und Spekulanten. Kapitalkräftige Käufer legen immer größere Werte im Boden fest. Dadurch steigt der Bodenpreis immer mehr an. In der Folge davon klettern auch die Pachtpreise. Die bäuerliche Landwirtschaft wirtschaftet zu über 40 Prozent auf gepachteten Flächen und die Rentabilität der Arbeit hängt zu einem großen Teil vom Pachtpreis mit ab. In den letzten drei Jahren ist der Pachtpreis in breiten Teilen der Bundesrepublik um bis zu 200 Prozent gestiegen. Die werktätigen Bauern können bei solchen Preisen natürlich nicht mehr mithalten und der Boden „wandert zum besseren Wirt", wie es dann so schön heißt. Dieser „bessere Wirt" ist dann ein Großbauer oder Agrarkapitalist.

Im nächsten RM bringen wir den zweiten und letzten Teil dieses Artikels. Darin wird die Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung und der EG dargestellt und unter anderem aufgezeigt, was es wirklich mit den berühmten Subventionen für die Bauern auf sich hat. Weiter wird der zweite Teil des Artikels auf die Rolle des Bauernverbands und seiner Führung eingehen und sich mit den von diesem Verband erhobenen Forderungen auseinandersetzen.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi: 4 23 Ocak 1981 | Yıl: 15 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



2. RGO Kongresi Kapanış Toplantısı Dortmund-Westfalenhalle'de yapıldı. Gerek kongre, gerekse de kapanış toplantısı devrimci ilkelerini pekiştiren ve sendikal hareketin gerçek bir faktörü haline gelen Devrimci Sendika Muhalefeti'nin kararlılığını ifade ediyordu.

Toplu sözleşme turları başladı

Ücretlerin düsürülmesine karşi ikaz grevleri

Pahalılığın alabildiğine sürüp gittiği bugünlerde, kapitalistler büyük bir çabayla ücretleri yağmalama seferlerine başladılar. Kapitalistler, metal işçileriyle alay edercesine yüzde 2,5 ücret artışı önerisinde bulunmaktadırlar. Bu provakasyona karşı en iyi cevabımız şu olmalı: Daha fazla ücret için, greve! Ve şimdi bu cevabı birçok işletmedeki işçi arkadaşlar vermektedirler.

Emekçi yığınların hayat şartları gün geçtikçe kötüleşmektedir. Daha dün benzin fiatlarına yüzde dört zam geldi ve bir litre benzinin fiatı 130 Pfennig'e çıktı. Son bir yıllık süre içinde fiatlara ortalam yüzde 8 cıvarında zam geldi. Kapitalistler, fiat artışları gündeme geldiğinde daha fazla, daha fazla diye çığlık atmaktadırlar. Ama, sıra ücret artışlarına gelince yüzde 2,5'ten fazla olmaz diyorlar. Yüzde 2,5 ücret zammı; ayda 1500 DM kazanan bir işçinin ücretinin 80 DM düşürülmesi demektir.

IGM (Metal İşçileri Sendikası), yüzde 2,5 ücret zammı önerisinin toplu sözleşme görüşmelerine başlamak için bir temel oluşturmadığını açıkladı. IGM Baden Württemberg bölge yöneticisi Franz Steinkühler, haklı olarak yüzde 2,5'in düşük ücret grubunda olan bir işçi için "lokantada bir defalığına yemek yemek için" dahi yeterli gelmediğini söylüyordu. Metal işkolundaki birçok sendika başkanları da, gerçek ücretlerin güvence altına alınması gerektiğini vurguladılar.

Bugün biz işçilerin haklı olarak beklediği şey, gerçek ücretlerin artırılmasıdır. Ama, yüzde 8 ücret zammı gerçek ücretleri bile güvence altına almamaktadır. Şayet ücretlerimizin düşürülmesini istemiyorsak, tek çözüm yolu; yüzde 8'in altında ücret artışını reddetmek ve bunun için tavizsiz bir biçimde mücadele etmektir. İşçiler kendi mücadeleleri ile bunu IGM sendika ağalarına da kavratmak zorundadırlar. Kapitalistler ücretlerin artırılmasına karşı takındığı tavırlarla işçilerin ne yapmak zorunda olduklarini açıkça göstermektedirler. Eğer metal işçileri talepleri hayata geçirmek istiyorlarsa, mücadele etmek zorundadırlar. Ve bu mücadelede en büyük silahımız grev olmalıdır. İşçilerin kapitalistler ve sendika ağaları tarafından bölünmeleri engellenmelidir!

Gazetemiz baskıya verildiği sırada ilk grev haberi Kuzey Almanya'dan gelmişti. Bu bölgede IGM yüzde 7,7 ücret zammı talep etmektedir. Lübek şehrinde "Ohrenstein und Koppel" fabrikasında çalışan işçiler, kapitalistlerin önerdiği yüzde 2,5 ücret zammına karşı ikaz grevine gittiler. Diğer işletmelerde de işçiler greve gitmeye hazırlanmaktadırlar. Birçok işyerinde işyeri işçi temsilcileri, kapitalistlerin provakasyonlarına karşı işçilerin mücadeleye hazır olduğunu belirten protesto açıklamalari yaptılar. Kapitalistler sadece ücret zamlarını reddetmiyorlar, aynı zamanda düşük ücret grubunda olan işçiler için talep edilen en düşük ücret miktarı zammını da kabul etmemektedirler.

Bugün işçilerin IGM sendikalarından beklediği birşey varsa, o da ileri sürdükleri yüzde 8'lik ücret zammının alınması için yaygın bir biçimde greve gitmektir. Kapitalistleri dize getiren en doğru eylem biçimi, toplu sözleşme kapsamına giren tüm işletmelerde bir anda greve gitmektir.

Kapitalistlerin bizi daha fazla soymasına müsade etmeyelim! Yüzde 8 ücret atışı değil; sadece bugünkü ücretlerin korunmasıdır.

(Warnstreiks gegen Unternehmerprovokation RM/Nr. 4, S. 1)

Turgut Özal Bonn'da

„Türkiye-Yardımı" genişletilecek

BONN. — 14 Ocak'ta faşist Türk Hükümeti'nin Başbakan Yardımcısı Turgut Özal Federal Alman Maliye ve Dış İşleri Bakanlıklarının temsilcileriyle Bonn'da görüştü. Özal'ın kendi açıklamasına göre, Federal Hükümet bu yıl da faşist cuntayı finanse etmeye devam edecek.

Federal Başbakan Schmidt ile faşist Başbakan Yardımcısı arasında güya "programsız" bir görüşme yapıldı.

Özal, "Türkiye-Yardımı"nın genişletildiğini açıklamakla, bazı huzursuzlukları da beraberinde getirdi. Doğrusu Bonn Hükümeti bunu gizli tutmak istiyordu. Hükümet Sözcüsü Becker, Türkiye-Yardımı'nın genişletildiği hakkında bir açıklamada bulunulması için ortada herhangi bir neden olmadığını söylüyordu. Ama, sonradan kendisi de, askeri cuntanın işbaşına gelmesinden sonra da Federal Hükümet için "Türkiye'ye verilen yardımın kesilmesinin hiç bir zaman tartışma konusu olmadığını" ifade etti.

Bu durumda emekçilerin ödediği vergi paralarından birkaç yüz milyon daha ayrılarak, faşist cuntanın kasalarına gönderilecek ve bunun ile o, bir taraftan Türkiye'de sınıf kardeşlerimizi katledecek, diğer taraftan ise ülkeyi NATO'nun bir saldırı merkezi haline getirecek.

Becker açıkça şöyle diyordu; Türkiye ile olan ilişkilerimiz "iki ülke arasındaki geleneksel iyi ilişkiler"in yanında, "ülkenin batı ittifağı için sahip olduğu stratejik konumunun öneminden" ve "AET ile olan sıkı ilişkileri"nden ileri geldiğini söylüyordu.

Bonn Alman emperyalist burjuvazisi ve NATO'nun çıkarları doğrultusunda Türkiye'de katliamlara yardım etmeye devam ediyor. Ülkemizin antifaşist ve demokrat güçleri Bonn-un "Türkiye-Yardımı"na karşı mücadeleyi güçlendirmelidirler. Türkiye Yardımına son!

(Ausweitung der Türkeihilfe angekündigt RM/Nr. 4, S. 1)

Köylüler eyleme gidiyor!

110 şehirde yürüyüşler yapılacak

Köylüler, sürekli kötüleşen durumlarını protesto etmek için 14 Şubat günü Almanya'nın 110 şehrinde yürüyüşler yapmak istiyorlar. Eylemlere Alman Köylü Birlikleri tarafından çağrı yapıldı.

Sadece son dört yıl içinde Federal Almanya'da köylüler yüzde 30 gelir kaybına uğradılar. Bu yüzde 30 sadece ortalama bir rakamdır. Çünkü, zengin köylüler ve toprak kapitalistleri de burada dikkate alınmaktadırlar. Küçük köylülerin gerçek gelirleri bir başına ele alınıp hesaplanacak olursa, bu rakam daha yüksek olacak.

Bugün köylüler tarım ürünlerinin fiatlarındaki durgunluk ve üretim için kullandıkları malzemenin sürekli pahalılaşması yüzünden varlıklarını koruyabilmek için çetin bir mücadele vermek zorundadırlar. Bu durumda üzerinde çok konuşulan devlet yardımları da birşey değiştirmemektedirler. Çünkü, devlet yardımları yalnız büyük tarım işletmesi olan zengin köylülere ve toprak kapitalistlerine verilmektedir. Küçük köylüler bu yardımlardan az da olsa yararlanamamaktadırlar. Rhein Tarım Birliği, bundan kısa bir süre önce yaptığı bir açıklamada, bölgesinde kalan köylülerin üçte ikisinin devlet yardımlarının dışında bırakıldığını açıklamıştı. Tabii ki, bu üçte iki küçük köylülerden oluşmaktadır. Bir köylünün devlet yardımından yararlanabilmesi için yeteri büyüklükte toprağa veya tarım işletmesine sahip olması gerekmektedir.

Partimiz KPD, emekçi köylülerin bu haklı mücadelesini desteklemektedir.

(Die Bauern machen Mobil RM/Nr. 4, S. 1)

Kurtuluş cephesi birçok sehri ele geçirdi

ABD Orta Amerika'yı savaş ile tehdit ediyor

Açık işgal için bahane aranıyor

SAN SALVADOR. — El Salvador Demokratik Devrim Cephesi silahlı birliklerinin faşist cuntaya karşı saldırıları aralıksız devam ediyor. Genel grev çağrısına, başkentin dışında ülkenin hemen hemen her yerinde uyulmaktadır. ABD emperyalizmi gelişmeler karşısında El Salvador ve Nikaragua'yı açık işgalle tehdit ediyor.

El Salvador'da Demokratik Devrim Cephesi'nin (FDR) saldırıları gittikçe yoğunlaşmaya başladı. Faşist güçler geriliyor ve ordu içindeki yurtsever unsurlar kurtuluş birliklerine katılıyor. FDR, radyo ve diğer yayın organlarıyla, halkı devrim güçleri yanında yer almaya ve gerilla birliklerine yardımcı olmaya çağırdı. San Franciscu, San Miguel ve Union şehirleri silahlı devrim güçleri tarafından ele geçirildi. Genel grev bütün ülke çapında gittikçe yaygınlaşıyor. Faşist cunta iktidarı elden bırakmamak için elindeki bütün araçlarla halka saldırıyor, köyleri ve şehirleri bombalıyor.

ABD emperyalistleri cuntayı ayakta tutabilmek için özellikle son iki hafta içinde silah sevkini gittikçe yoğunlaştırdılar. El Salvador'da liman işçilerinin greve gitmesiyle beraber silah sevki engellendi. Ama ABD emperyalistleri cuntayı silahsız bırakmamak için değişik çarelere baş vuruyor, özellikle hava yoluyla silah gönderiyorlar.

Bu arada ABD'nin büyük elçisi Robert White Nikaragua'yı suçlayarak Sandanist Hükümeti'nin El Salvador'da kurtuluş birliklerine yardımda bulunduğunu ileri sürdü ve ABD'nin Orta Amerika'da komünistlerin iktidara gelmesini engellemek için elindeki tüm çabaları harcayacağını söyledi. Bunun ile ABD emperyalizmi El Salvador'u askeri işgalle tehdit etmektedir. **Bütün ülkelerin anti-faşist ve anti-emperyalist güçleri bu tehditleri protesto etmeli ve El Salvador halkının mücadelesini desteklemelidirler.**

Kahrolsun ABD emperyalizmi!

(USA drohen Mittelamerika mit Krieg RM/Nr. 4, S. 1)



„Farabundo Marti" (Demokratik Devrim Cephesi) silahlı birlikleri El Salvador'da ülkenin büyük bir bölümünü ele geçirdiler.

KLUNCKER ASKERI FAŞİST DİKTATÖRLÜĞÜ DESTEKLİYOR

ÖTV sendika ağası üç gün Türkiye'de kaldı

STUTTGART. — Üç günlük Türkiye ziyaretinden sonra ÖTV (Kamu İşçileri Sendikası) Başkanı Kluncker geçen hafta Perşembe günü Türkiye'deki faşist cunta hakkında görüşlerini açıkladı. Sendika ağası Kluncker, pek az kapalı bir biçimde askeri faşist rejimi ve estirdiği terörü savunuyor ve cunta generallerini, "demokratik görüşlere" sahip kişiler olarak nitelendiriyor.



DISK'in 1967'de İstanbulda yaptığı 1 MAYIS mitingi

Klunker, askeri faşist diktatörlüğün boyunduruğu altında inleyen bir ülkeyi "Kamu Hizmetlileri Enternasyonal Sendikaları" Başkanı olarak ziyaret etmişti. Sadece bu sıfatla yapılan bir ziyaret bile, faşist rejimi ve onun estirdiği terörü hoş göstermek ve ona politik bir yardım sağlamaktan başka birşey değildir.

Yaptığı açıklamada, Türkiye'de terörür hemen hemen son bulduğunu ve halkın geniş kesimlerinin askeri cuntadan memnun olduğunu söylüyordu. Aynen faşist generallerin açıkladığı gibi. Onlar da iktidara bütünüyle el koyduklarında, kardeş kanı dökülmesine ve teröre son vereceklerini söylüyorlardı. Ama dün sivil faşist çetelerle beraber estirdikleri terörü, bugün yalnız başına estirmektedirler. cunta gerçekleştikten bugüne kadar, yaklaşık 100000 insan tutuklandı. Bütün sendikal faaliyetler yasaklandı, işçilerin grev, toplu sözleşme ve örgütlenme hakları gasbedildi. İlerici bir sendika olan DİSK yasaklandı ve 600 yöneticisi tutuklandı. Devrimci yayın organları başta olmak üzere, cuntaya muhalefet eden bütün yayın organları yasaklandı.

Faşist terörün esas amacı; özellikle işçi sınıfının devrimci hareketini yoketmek, devrimci demokratik ve anti-faşist örgütleri ortadan kaldırmaktır. 12 Eylül'den bugüne kadar 100'e yakın ölüm cezası verildi, Erdal Eren ve iki devrimci idam edildi. 30'un üzerinde insan işkencede ve 200'ün üzerinde insan sokak ortalarında ve operasyonlarda faşist ordu tarafından katledildi.

ÖTV sendika ağası, bu gerçekleri görmemezlikten gelmekte ve bunları bir terör olarak görmemektedir. Birçok DGB sendika kurultaylarında ve sendika yönetim organlarında cunta teşhir edildiği halde, Kluncker onu desteklemektedir. Dolaylı olarak "insan haklarının çiğnendiği" ile ilgili birkaç söz söylüyor ama, bunları cuntaya mal etmiyor. Cuntanın, insan haklarını çiğneyen sorumlu kişileri cezalandırdığını ve işkenceden yana olmadığını söylüyordu.

16 Ocak tarihli "Farkfurter Rundschau" gazetesinde Klunker'in görüşleri şöyle yazılıyordu: **Şayet ordu, politik-parlementer bir hazırlık yapmadan iktidardan geri çekilecek olursa, Türkiye 12 Eylül'den önce olduğu gibi yönetilemez duruma gelir ve sokaktaki terör yeniden başlamış olur. Terör hemen hemen ortadan kaldırılmıştır, ordu demokrasiye dönmek için çaba harcamaktadır. Geniş halk kesimleri yönetimden memnundur. Klunker, esasen bir ülkenin politik yöneticisi olarak orduyu doğru bulmadığını, ama devlet oteritesini kurmak ve terörün sebeplerini ortadan kaldırmak için kaçınılmaz olduğunu söylüyordu.**

Klunker, bugün Türkiye'deki askeri faşist diktatörlüğü haklı göstermek için ileri sürdüğü görüşleri, yarın krizin derinleştiği şartlarda ülkemizde de bir faşist diktatörlüğün kurulması "gerekliliği"ni ispatlamak için ileri sürecektir.

DGB içindeki ilerici ve demokrat işçi arkadaşların görevi; Klunker ve diğer sendika ağalarının Bonn Hükümeti'yle beraber gerici ve faşist rejimleri desteklemelerini teşhir etmek ve işçi sınıfından tecrit etmek olmalıdır.

(Kluncker verteidigt die faschistische Militärdiktatur RM/Nr. 4 S. 6)

MHP eski milletvekili adayının öğretmengliği onaylandı

Bavyera Kültür Bakanlığı faşistleri aktif bir biçimde destekliyor

MÜNİH. — Federal Almanya'da yaşayan Türk faşistleri, eskiden olduğu gibi bugün de en büyük rahatı Strauss'un başbakan olduğu Bavyera eyaletinde buluyorlar. Bavyera Kültür Bakanlığı, eski MHP milletvekili adayı ve Münih "Türk İdealist Derneği" Başkanı faşist M. Pilavcı'nın öğretmenlikte kalmasını onayladı.



Bielefeld'de 5.7.80'de faşist „Bozkurtlar"ın yasaklanmasi için yapılan kitle eylemi.

SPD Bavyera eyalet parlementeri Bayan Carmen König, bundan birkaç ay önce M. Pilavcı'nın öğretmenliğine son verilmesi için bir soru önergesi vermişti. Bavyera Kültür Bakanlığı'nın bir sözcüsü bu soruya verdiği bir cevapta, M. Pilavcı'nın öğretmenlikten alınması için herhangi bir gerekçenin olmadığını açıkladı.

M. Pilavcı, Neufahrn-Freising'deki Volksschule'de (ilkokul) Türkçe ders yapan sınıflara öğretmen olarak gitmektedir. Azılı bir faşist olan Pilavcı, öğrencileri MHP'nin faşist düşünceleri, yabancı ve yahudi düşmanlığıyla etkilemeye çalışmaktadır. Bunun dışında öğrencileri ders esnasında feci şekilde tokatlamakta ve kafasındaki faşist disiplin ile onları yetiştirmeye çalışmaktadır.

Alman resmi kurumları M. Pilavcı'yı korumakla ve onun öğretmenliğe devam etmesini onaylamakla, faşist düşüncelerin yayılmasına aktif bir biçimde yardımcı oluyorlar. Biz antifaşistler ve devrimciler, faşist öğretmenlerin görevden alınması ve gerici faşist düşüncelerin körpe beyinlere yerleştirilmesini engellemek icin mücadele etmeliyiz.

Faşist M. Pilavcı öğretmenlikten derhal alınmalıdır!
Faşist Bozkurtlar yasaklanmalı ve yöneticileri cezalandırılmadıdır!

(Mitglied der "Grauen Wölfe" als Lehrer bestätigt RM/Nr. 4, S. 12)



1969 yılında Hoesch demir-çelik işçilerinin yaptığı grev

KPD ve Almanya'da sınıf mücadelesi (1919-1980)

Yazımızın ilk bölümünde; KPD'nin 1956 yılında Federal Anayasa Mahkemesi tarafından yasaklanmasına kadar, Almanya işçi sınıfının mücadelesini kısaca anlatmıştık. KPD kurulduğundan 1956 yılına kadar ilk defa yasaklanmıyordu. Bu, birçok yasaklanmadan sadece bir tanesiydi. KPD, en zor illegal şartlar altında dahi başarılı bir mücadele verilebileceğini kendi mücadele tarihinde birkaç defa ispatlamıştı. Ama, bu defa geçmiş dönemlerdeki gibi olmadı: Partinin yönetimini ele geçiren oportunistler, komünistlerin mücadelesini bastırabilmek ve partiyi reformist bir çizgiye çekebilmek için, yasaklanmayı bir araç olarak kullandılar.

Modern revizyonistlere karşı mücadele

Kruşçev, SBKP'nin (Sovyetler Birliği Komünist Partisi) 20. Kongresinde modern revizyonist, karşı devrimci platformu açıkladıktan sonra, buradaki oportunistler de Alman komünistlerin Sosyalist Sovyetler Birliği'ne olan derin sempatisinden yararlanarak parti içinde daha çok güç aldılar.

Partinin yasaklanmasından sonra, çok sayıda parti örgütünün merkez yönetimle olan bütün ilişkileri kesilmişti. Diğer bir çoğu ise, düzenledikleri kitle eylemleri için parti merkezinden yasaklanma kararı bile alıyorlardı. O dönemde Alman komünistleri, Dünya komünist hareketi arasındaki çatışmalardan en ufak bir bilgi veya haber alamıyorlardı. Bu durum birkaç yıl devam etti ve KPD'nin zayıflamasına yol açtı. Çok sayıda yoldaş mücadeleden geri çekildi, doğrusu mücadele azmini kaybettiler. Parti içinde azınlıkta olan muhalefet, merkezin modern revizyonist çizgisine karşı, KPD'nin devrimci çizgisini savundu. Ama, modern revizyonistler devrimci çizgiyi savunanları partiden ihraç ettiler ve devrimcilere iftira atarak karalamaya çalıştılar.

Dünya komünist harekei içindeki karşı devrimcilerle çatışmalar ilk olarak 1963 yılında su yüzüne çıkmaya başladı. Arnavutlu Komünistlerin ve o dönemdeki Çin Komünistlerinin (sözde komünist) modern revizyonistlere karşı yürüttükleri mücadele ortaya çıkmıştı. Aynı yıl içinde Arnavutluk Emek Partisi ve Çin Komünist Partisi Almanca olarak da propaganda materyalleri yayınlamaya başladılar. Proleteryanın bu enternasyonal yardımı, Alman Marksist-Leninistleri'ne yeni bir güç verdi.

Uluslararası politik gelişmeler sonucu daha da güçlenen Alman Komünistleri, gittikçe örgütlenmeye ve siyasi çizgilerini kitleler arasında yaymaya başladılar. Bu gelişmelerin en önemlileri şunlardı: Çin Hindi halklarının, özellikle de Vietnam halkının Amerikan emperyalizmine karşı güçlü bir biçimde gelişen ayaklanması; devrimin ülkede zaferinin pekiştirilmesi ve devamı için, Arnavutluk Emek Partisi'nin 4. Kongresinde aldığı kararlar; o zamanlar modern revizyonistlere karşı mücadelede bir araç olarak görülen Çin Kültür Devrimi. Ama, Almanya'daki gelişmelerin kendisi de, KPD'nin yönetimindeki modern revizyonistlerin iddia ettiği gibi, Marksizm-Leninizm'in çağının geçmediğini ve asla onun eskimediğini göstermekteydiler.

1966 yılından sonra sınıf mücadelesi gelişti

Batı Alman emperyalizmi 12 yıl sonra ilk olarak derin bir ekonomik bunalımın içine düştü. Bu bunalım sonucu 1966-1967 yıllarında büyük bir işsizlik meydana geldi ve maden işçileri kitlesel yürüyüşlere gittiler.

Emperyalizme karşı, özellikle de ABD emperyalizminin Çin Hindi ülkelerini işgal etmesine ve İran'da faşist Şah rejimini desteklemesine karşı, gençlik kitleleri içinde güçlü politik bir hareket yayılıyordu. Özellikle üniversiteli gençik içinde gelişen bu hareket, giderek, yeniden oluşan ve Amerikan emperyalizminin işgalci politikasını kayıtsız şartsız destekleyen Batı Alman emperyalizmine karşı da yöneliyordu.

Komünistler, bu somut şartlar altında KPD'nin modern revizyonist yönetimi ile kendi aralarına kesin bir çizgi çekerek, parti içindeki muhalefeti; gerçek komünistleri birleştirmeye başladılar. Bu sıralarda yayın hayatına başlayan "Roter Morgen" çeşitli Marsist-Leninist gruplar için politik bir yayın organı olarak hizmet ediyordu. Daha bu dönemlerde, partinin yeniden kuruluşundan önce, komünistler, o zamanlar Batı Almanya'da güncel olaylar durumuna gelen emperyalizme ve gericiliği karşı geniş kitle eylemlerine katılıyorlardı ve kitleler içinde etkinlik sağlamaya çalışıyorlardı.

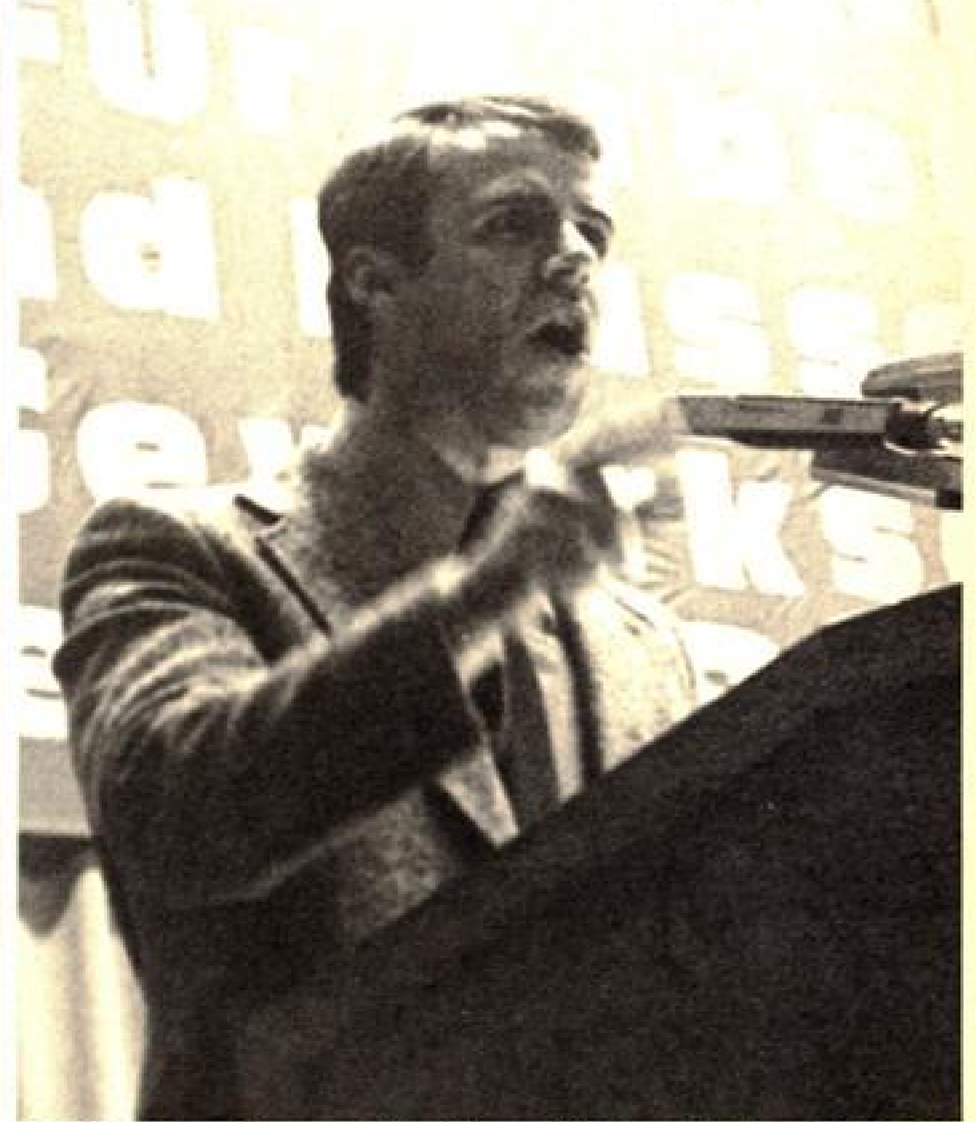
KPD/ML'in Kuruluşu

Batı Alman tekelci burjuvazisi gelişen sınıf mücadelesini başka yöntemlerle engelleyemeyeceğini anlayınca, taktik bir oyuna başvurdu: Revizyonistlere legal örgütlenmeleri için izin verdi. Ama, KPD'nin yasak kalması ve bunun her devrimciye karşı bir tehdit olarak kullanılması koşuluyla, onlar modern revizyonist Alman Komünist Partisi'ni (DKP) kurdular. O sıralarda gerçek komünistler de, proletaryanın devrimci partisini yeniden kurmak için mücadeleyi hızlandırdı ve çalışmalırını yoğunlaştırdılar. Modern revizyonist DKP'nin karşı devrimci programını eleştiren komünistler, Marksizm-Leninizm'i ve şanlı KPD'nin devrimci mirasını savundular. Gerçek komünistler 1968'in sonu ve 1969'un başlarında KPD'nin kuruluşundan 50 yıl sonra, partiyi yeniden kurdular. Parti, kendi devrimci ilkelerini, revizyonistler tarafından yıkıma uğrayan eski partiden ayırmak için KPD(Marsist-Leninist) ismini aldı. Yoldaş Ernst Aust'un yönetiminde, partinin kuruluşuna belirleyici katkıları olan "Roter Morgen", KPD/ML'in merkez yayın organı oldu.

Parti, kuruluşu ile beraber hedeflerini açık bir biçimde ortaya koymuştu. Bağımsız, birleşik ve sosyalist bir Almanya için ileri. Ve bu ancak iki Alman devletinde; Doğu Almanya ve Batı Almanya'da şiddete dayanan proletarya devrimi ile gerçekleşebilirdi. Partimiz bu hedeflerine ulaşmak için, sadece Marsizm-Leninizm'in ideolojik ve politik ilkelerini değil, aynı zamanda onun örgütlenme ilkelerini de reddeden modern revizyonist DKP'nin aksine, başından itibaren Leninist partinin bolşevik ilkeleriyle örgütlendi. KPD/ML'in kuruluşuyla beraber Alman işçi sınıfı, sosyalist devrimin temel koşullarını ortaya koyan ve bunun için mücadele eden gerçek bir Alman Komünist Partisi'ne yeniden kavuşmuş oldu.



2. RGO Kongresi kapanış toplantısı proletarya enternasyonalizmin güzel bir örneği oldu. Toplantıya 1 500'ün üzerinde kitle katıldı.



RGO Başkanı Thomas Scheffer, „DGB sendikaları içinde taban ile yönetim arasındaki mücadele, sınıf mücadelesidir"

RGO'nun devrimci çizgisi güçleniyor!

"Patronlar ve sendika ağaları mücadelemizi engelleyemez"

2. RGO Kongresi başarıyla kapandı.

FRANKFURT/KASSEL. — 10-11 Ocak tarihleri arasında Frankfurt'ta Devrimci Sendika Muhalefeti'nin ikinci olağan kongresi yapıldı. Kongre önüne koyduğu görevleri coşkulu ve mücadeleci bir hava içinde başarıyla tamamladı. Kongreye katılan delegeler, RGO'nun kuruluş kongresinde tespit edilen ilkeleri ve hedefleri oybirliğiyle onayladılar.

Kongreye Almanya çapından yaklaşık 170 delege katıldı. İki gün devam eden 2. RGO Kongresi'nde toplam 200'e yakın önerge görüşüldü ve bunlara uygun kararlar alındı. Ayrıca eski RGO Merkez Yönetim Kurulu'nun faaliyet raporu okundu, üzerinde tartışıldı ve oylamaya sunuldu. RGO yeni Merkez Yönetim Kurulu ve Başkanı seçildi.

RGO yeni Merkez yönetim kurulunun seçimi için eski merkez yönetim kurulu tarafından kongreye sunulan öneri oybirliği ile kabul edildi. Eski RGO Başkanı Thomas Scheffer, salonda bulunan 160 delegeden 157'sinin oylarını alarak, yeniden RGO Başkanı seçildi. Geriye kalan üç delege tarafsız oy kullandılar.

Kongre, birlik sendikası ve yönetime katılma gibi temel sorunlarla ilgili birçok konuyu tartıştı ve bunlarla ilgili bir dizi kararlar aldı. Ayrıca Thomas Scheffer'in 27 Temmuz 1980'de açıkladığı "Toplumsal anlaşma mı, yoksa sınıf mücadeleci sendika politikası mı? raporu da kongre de geniş biçimde ele alındı ve delegeler tarafından onaylandı.

RGO Gerçek bir güçtür

RGO Merkez Yönetim Kurulu'nun raporunu Thomas Scheffer okudu. Faaliyet raporu ele alınıp, üzerinde tartışıldıktan sonra, oylamaya sunuldu ve bir tek karşı oyun dışında, oybirliği ile kabul edildi. Scheffer, faaliyet raporunda diğer şeylerin yanısıra şunları açıklamıştı: Sendikal hareket içinde "RGO, pratik faaliyetleri ile işçiler arasında sağlam bir temele sahip, gerçek bir güçtür. Sendika ağaları ve patronlar mücadelemizi engellemek istemektedirler, ama onlar bunu hiç bir yerde başaramadılar. RGO işyeri işçi temsilcilerini sendikadan ve işten atmayı nerede başardılar ki? Bu gibi gerici çabalar hemen hemen her yerde bütünüyle boşa çıkarıldılar. Örneğin Dortmund'da Hoesch işyeri işçi temsilcileri Hartmut Siemon ve Nobert Böhmer'i süresiz işten atma çabaları. Bu, sendika ağaları ve kapitalistler için önemli bir yenilgiydi."

Thomas Scheffer, RGO içinde ara sıra ortaya çıkan yanlış görüşleri de acımasız bir biçimde eleştirerek, teşhir etti: Sadece işyeri sendika temsilcileri incitilmiş olur diye, sendika ağalarının kapitalistler ile işbirliği yaptığını teşhir etmekten ve bunu işçiler önünde ortaya çıkarmaktan geri duramayız. Pek çok sendika temsilcisinin, sosyal ortaklık ideolojisinen etkilendiği inkâr edilemez bir gerçektir. Bu etkilenme sonucudur ki, onlar işyerlerindeki pratikte çeşitli noktalarda buna uygun bir politika izlemektedirler. Gerici DGB aygıtından, daha doğrusu sendika yönetiminin ihanetinden söz etmemek — ki bu, bir kaç kişinin düşüncesi olsa bile — büyük bir hatadır. "Gerçek olan, işyeri işçi temsilcilerine ve sendika temsilcilerine kadar uzanan böyle gerici bir sendika aygıtının varlığıdır. Böyle olmasaydı, DGB sendika ağaları işçi düşmanı ihanet politikasını, işletmelerde hayata geçiremezlerdi."

Thomas Scheffer konuşmasına şöyle devam ediyordu:

"RGO içinde şunu kesin olarak kavramamız gerekiyor: Bugün DGB sendikaları içinde taban ile yönetim arasında süren mücadele, sınıf mücadelesinin önemli bir parçasıdır. RGO'nun kurulmasını gerektiren durumda zaten budur. Eğer DGB içindeki çeşitli muhalefet grupların ve akımların düşündüğü gibi, DGB içindeki mücadeleyi, çeşitli kanatlar arasındaki görüş ayrılıkları olarak değerlendirmiş olsaydık, o zaman RGO gibi merkezi bir örgütü oluşturmamıza hiç gerek yoktu. Bundan ötürü, sendika tabanındaki işçileri birleştirip, sınıf mücadeleci bir biçimde seferber edeceklerine, bu gruplar sadece yönetim organlarındaki çalışmalarla ilgilenmektedirler." (...)

RGO, DGB sendikaları içinde işçilerin birliği için mi mücadele ediyor? Evet, ama sendika ağaları Veter ve Loderer'in düşündükleri farklı bir birlik! Bu mücadele DGB sendikaları için mi verilecek? Evet, biz DGB içinde tabanın sınıf mücadelesi birliği için mücadele ediyoruz.

İki yıllık mücadele tecrübeleri

Kongre, önemli birçok güncel olayları ve sorunları da ele aldı. Bunlardan birisi, bugün Türkiye'de hüküm süren askeri faşist rejim idi. Kongre, askeri faşist cuntaya karşı verdiği mücadelede Türkiye işçi sınıfı ve emekçi halkı ile dayanışma içinde olduğunu belirtti ve faşist cunta protesto edildi. Diğer taraftan, İG Druck ve Papier sendikası merkez yönetim kurulu tarafından KBW üyesi olduğundan ötürü Harald Schöpfer'in sendikadan atılması bir açıklamayla protesto edildi.

Kadınlar ve gençlik içinde RGO'nun çalışmalarının düzeltilmesi ve güçlendirilmesi için hazırlık komisyonlarının kongreye sunduğu öneriler delegeler tarafından ilgiyle karşılandı ve onaylandılar. Aynı şekilde Batı Almanya ve Batı Berlin'de çalışan yabancı işçiler içinde de, RGO'nun çalışmalarının ilerletilmesi için delegeler görüş birliğindeydi.

Eylem programının önemine de değinen delegeler, güncel politik gelişmeler ve sınıf mücadelesinin aldığı boyutlar göz önüne alınarak, RGO'nun eylem programının geliştirilmesi ve aktuelleştirilmesini karara bağladılar. Özellikle anti-faşist mücadelenin güçlendirilmesi ve savaş tehlikesi sorununun detaylı bir biçimde ele alınması vurgulandı.

Ayrıca eğitim çalışmalarının düzeltilmesi; RGO yerel grupları arasında olduğu gibi, tek tek sanayı kollarında ve meslek dallarında RGO grupları arasındaki ortak çalışmanın ilerletilmesi için önlemler alınması gerektiği kongrede karara bağlandı.

Bütün delegeler, DGB sendikaları içindeki diğer muhalefet güçlerle somut hedefler ve görevler doğrultusunda birleşilmesi için görüş birliğindeydiler. Bütün bu sorunların çözümü ve RGO'nun her yönüyle güçlendirilmesi için, kongreye katılan delegeler iki yıllık mücadele tecrübelerinden yararlanarak, somut önerilerde bulundular, özellikle mücadele içinde edinmiş olduğu tecrübelerden örnekler verdiler.

KPD Merkez Komitesi, 2. RGO Kongresine gönderdiği bir mesajda, kongreye katılan delegeleri selamladı ve iki yıllık süre içinde RGO'nun elde etmiş olduğu başarıları kutladı.

Proletarya Enternasyonalizmi

Kongrenin çalışmalarına misafir olarak katılmak için yurtdışından üç dost sendika örgütünün delagasyonları geldi. Bunlar, Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti Sendikalar Birliği delagasyonu, ABD'den Sendikal Mücadele Birliği (TUAL) delagasyonu ve Danimarka'dan Devrimci Sendika Muhalefeti (RFO) delegasyonu idi. Delagasyonlar, delegeler tarafından büyük bir enternasyonal coşkuyla karşılandılar. Ayrıca, İsyanya'dan devrimci sendika "AOA"nın ve Kanada'dan devrimci sendikacıların kongreye gönderdiği mesajlar alkışlarla karşılandı.

2. RGO Kongresi, sendikal hareketin temel ilkelerinden birinin proletarya enternasyonalizmi olduğunu, bugün RGO'nun kararlı bir biçimde Alman işçi sınıfı hareketinin bu büyük enternasyonal geleneğine sarıldığını ve onu hayata geçirmek için mücadele ettiğini gösteriyordu.

(Revolutionäre Linie der RGO bekräftigt RM/Nr. 4, S. 4)



Arnavutluk Sendikalar Birliği delagasyonu 2. RGO Kongresi kapanış toplantısında yaptığı konuşma sırasında. Toplantıda İspanya, ABD, Danimarka ve İngiltere'den gelen delagasyonlar da birer konuşma yaptılar.



Almanya'da Türkiyeli Demokratik İşçi dernekleri Federasyonu'nun (DIDF) folklor grubu gösteri sırasında büyük bir ilgi gördü.